

Preußische Allgemeine



75 Jahre

Nr. 31 · 1. August 2025

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €



Das blaue Ärgernis

Der Frust der etablierten Parteien über den Erfolg der AfD und der Unwille, sich mit dessen Ursachen zu befassen Seite 3



75 Jahre Die Charta der Heimatvertriebenen und ihr Recht auf Heimat Seite 11



Alleinstein Heitere Spiele beim Ferienprogramm auf Deutsch Seite 13

BILDER: PICTURE ALLIANCE/CHRIS EMIL JANSSEN; PICTURE ALLIANCE/DPA; BK

VON JENS EICHLER

REFORMDRUCK

Die Mutlosigkeit von Merz bedroht Deutschlands Zukunft

Wirtschaftsministerin Katherina Reiche hat die Notwendigkeit zum Handeln erkannt – und geliefert. Doch der Kanzler duckt sich lieber weg

Die Rentenfrage wird zunehmend zur sozial-politischen Schicksalsfrage Deutschlands. Angesichts der demographischen Alterung, des stagnierenden Arbeitsmarktes und der sich zuspitzenden Haushaltslage rückt die extreme Notwendigkeit struktureller Reformen in den Mittelpunkt. Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche hat vor wenigen Tagen einen Vorschlag gemacht, der das bisherige Umlageverfahren um kapitalgedeckte Elemente ergänzen und die Lebensarbeitszeit schrittweise flexibilisieren soll. Während Experten wie beispielsweise Prof. Bernd Raffelhüschen von der Universität Freiburg sowie Wirtschaftsverbände dem Vorschlag durchaus positiv gegenüberstehen und ihn begrüßen, sahen Grün, Rot und Knallrot natürlich schon wieder die Welt untergehen. Noch fataler: Bundeskanzler Friedrich Merz ist ebenso auf Distanz zur ebenso klugen wie notwendigen Reformidee gegangen. Eine strategische Fehlentscheidung, die nicht nur ökonomisch problematisch ist, sondern auch politisch brisant.

Realistisch, gerecht, finanzierbar

Ministerin Reiche hat ein Modell erarbeitet, das sich eng an bewährten Prinzipien skandinavischer Rentensysteme orientiert: Da wäre zum einen die Einführung eines verpflichtenden Kapitalstocks, ähnlich dem schwedischen Pensionsfonds, der frei vom Umlageverfahren zusätzlich die Altersvorsorge sichert. Weiter die dringend nötige Anpassung der Lebensarbeitszeit an die Lebenserwartung, wobei der Eintritt in den Ruhestand nicht starr an ein Alter gebunden sein muss, sondern durch flexible Rentenfenster mit Anreizen für längeres Arbeiten ergänzt wird. Zu guter Letzt wäre eine stärkere Eigenverantwortung ein Faktor, um die eigene Rente aufzubauen und die öffentliche Kasse zu entlasten.

Die Logik hinter diesem Konzept ist bestechend: Das deutsche Rentensystem basiert bislang fast ausschließlich auf Basis der Generationsumlage – Beiträge der Erwerbstätigen finanzieren die Renten der Älteren. Doch das Verhältnis von Beitragszahlern zu Rentenempfängern verschlechtert sich dramatisch. Bereits 2035 wird laut Statistischem Bundesamt auf zwei Erwerbstätige rechnerisch ein Rentner kommen. Ohne Reformen drohen entweder massive Beitragserhöhungen, drastische Rentenkürzungen oder Steuermehrzuschüsse in dreistelliger Milliardenhöhe – politisch und wirtschaftlich desaströs.

Reiches Vorschlag erkennt diese Realität an und setzt auf einen Dreiklang: Demographiefestigkeit, individuelle Wahlfreiheit und gesamtwirtschaftliche Effizienz. Sie denkt dabei endlich einmal in Generationen, nicht in Legislaturperioden.

Und was sagt Merz dazu? Der müsste eigentlich vor Glück strahlen, dass eine Ministerin aus seinem Kabinett die Zeichen der Zeit erkannt hat und den Mut aufbringt, ein extrem heißes Politeisen anzufassen. Denn beim Thema Rente befinden wir uns in einem Teufelskreis der Nein-Sager. Was auch als Lösung gedacht wird – aus irgendeiner Ecke erschallt immer ein Nein, aber niemals ein kluger Gegenvorstoß. Warum auch, so ziemlich alle wollen ein „Weiter so“. Doch damit ist es vorbei. Weiter so ist eine Katastrophe mit Ansage. Umso bedauerlicher, dass

auch der Kanzler kurzsichtig Reiches sinnigen Vorschlag mit der lapidaren Bemerkung abtut, er übersteige die „gesellschaftliche Zumutbarkeit“. Die tatsächlich politische Logik dahinter: mit unpopulären Maßnahmen Wähler zu verlieren.

Das aber lähmt jede Reformkraft. Dabei erwartet gerade die Mehrheit der Wählerschaft – und die ist klar konservativ-bürgerlich – ehrliche Antworten auf strukturelle Herausforderungen. Stattdessen wird Grünen, Linken und Extrem-Linken ein Raum geöffnet, sich als Anwälte der „kleinen Leute“ zu inszenieren. Mit Getöse, viel Moral und Ideologie, aber ohne Konzept. Fest steht somit: Wer Rentenreformen vertagt, handelt nicht sozial – sondern verantwortungslos.

Reform als Überlebensfrage

In der Berliner Politarena ist der Streit um die Rente mehr als ein Konflikt – er ist ein Lackmустest für die Reformfähigkeit demokratischer Kräfte. In Zeiten wachsender Polarisierung hängt die Stabilität der politischen Mitte davon ab, ob sie den Eindruck erweckt, konkrete Lösungen anbieten zu können. Wer sich – wie Merz – vor grundlegenden Weichenstellungen drückt, überlässt das politische Feld jenen, die keine Verantwortung tragen und keine Fakten anerkennen müssen.

Auch international zeigt sich: Staaten, die demographische Reformen mutig und transparent kommunizieren – etwa die

Niederlande, Dänemark oder Schweden –, genießen hohes Vertrauen in ihre Institutionen. In Deutschland dagegen wird die Rentenfrage zur Projektionsfläche sozialer Ängste. Wenn Reiche mit ökonomischer Rationalität, gesellschaftlichem Augenmaß und strategischem Weitblick einen Lösungsweg aus dem Rentendilemma vorschlägt, verdient sie Rückendeckung – nicht parteipolitische Eifersüchtelei, wie aus dem linken Unionsflügel, der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA).

Die Rente ist keine ideologische, sondern eine mathematische Herausforderung. Wer das begreift, muss handeln. Und Reiche hat gehandelt. Merz hingegen verweigert sich aus taktischem Kalkül der Verantwortung und riskiert damit das Vertrauen in die Reformfähigkeit seiner Regierung. Denn die Rentenfrage entscheidet letztendlich, ob der Sozialstaat auf Dauer tragfähig bleibt – oder zum Sprengsatz des politischen Systems wird.

Die Konsequenz liegt auf der Hand: Nicht Reiche ist das Risiko – sondern die Weigerung des Bundeskanzlers, sie zu unterstützen. Die Bundesregierung darf sich nicht länger durch Reformvermeidung delegitimieren. Wer Zukunft will, braucht Mut. Ministerin Reiche hat ihn gezeigt. Und Kanzler Merz muss ihn endlich mal beweisen, statt permanent linke Wohltat-Reflexe gegenüber dem kleinen Koalitionspartner SPD zu zeigen.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Wie in alten DDR-Zeiten wollen Berliner SPD-Linker Enteignungen per Gesetz Seite 5

Kultur

Vor 150 Jahren starb Dänemarks „Märchenonkel“ Hans-Christian Andersen Seite 9

Die Pommersche Zeitung

Aufregende Geschichten traumhafter Seebrücken in Pommern Seite 19

Heimat

Erinnerungen an einen Klassiker aus Ostpreußen: „Die Reise nach Tilsit“ Seite 18



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Reiche Menschen sind Unternehmer und schaffen Arbeitsplätze – Sie zahlen 80 Prozent des gesamten Einkommensteueraufkommens – Mit Neid, Steuerlasten und Kapitalschikanen werden sie vertrieben

Die dramatische Flucht der Millionäre

Immer mehr Vermögende werden aus Deutschland und der EU vergrault – die Zeche zahlen die Gebliebenen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Sogenannte High Net Worth Individuals (HNWI) mit einem investierbaren Vermögen von mehr als einer Million Euro tragen überproportional zur ökonomischen Entwicklung eines Landes bei. Denn diese Vermögenden gründen oftmals Unternehmen und schaffen somit wertvolle Arbeitsplätze. So erwirtschafteten die knapp 23 Millionen HNWIs rund um die Welt allein im Jahre 2023 über 86 Billionen US-Dollar. Damit wird deutlich, dass es für jeden Staat nachteilig ist, wenn diese Personen auswandern. Doch genau das geschieht gerade in Europa in wachsendem Maße, wie der aktuelle „Henley Private Wealth Migration Report“ verrät.

So werden 2025 alleine 16.500 Millionäre aus Großbritannien ihr Land verlassen, womit das Vereinigte Königreich an der Spitze der Rangliste steht. Zum Vergleich: Die Volksrepublik China, welche die Auswandererstatistik lange anführte, geht nur von 7800 mutmaßlichen HNWI-Emigranten aus. Trotz noch eher geringer Quoten spüren aber auch Frankreich, Spanien und die Bundesrepublik Deutschland den Wegzug reicher Menschen, wo bis Jahresende mit einem Netto-Schwund von 800, 500 und 400 Millionären gerechnet wird. Ähnlich sieht es in Norwegen, Irland und Schweden aus.

Attraktive Ziele für die ausreisewilligen Millionäre gibt es viele. An vorderster Stelle rangieren hier die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) und die USA, die 2025 auf einen Zuzug von 9800 beziehungsweise 7500 vermögenden Immigranten hoffen. Darüber hinaus erwarten Italien, die Schweiz, Portugal und Griechenland zwischen 3600 und 1200 neue Superreiche. Außerdem stehen Montenegro, Malta, Monaco und Lettland sowie einige zentralamerikanische und karibische Staaten auf der Liste der Zielländer.

Wenn die Millionäre gehen, flüchten sie in der Regel aus Hochsteuerländern wie eben Deutschland, wo der „Reichensteuersatz“ von 45 Prozent bereits bei einem Jahreseinkommen von 277.826 Euro fällig wird. Dazu kommen ruinöse Erbschaftssteuern, die unter Umständen die Hälfte des Nachlasses aufzehren, sowie die 25-prozentige Kapitalertragssteuer auf Zinsen, Dividenden und Kursgewinne.

Ein Druckfaktor sind ebenso die schikansen Wegzugssteuern, die bei einer Übersiedlung ins Ausland zu entrichten sind (siehe unten): Vorausschauende Unternehmensgründer vermeiden das Risiko, immense Abgaben auf fiktive Gewinne zahlen zu müssen, wenn es sie irgendwann in die Welt hinauszieht, und setzen sich lieber schon beizeiten ab, bevor der Wert ihrer Firmen spürbar steigt.

Mit linkem Sozialneid vergrault

Ein weiterer Grund für die Reichenflucht ist die wirtschaftliche Unsicherheit in ihren Heimatländern. Die ökonomischen Perspektiven in Großbritannien, Deutschland oder Frankreich sind aktuell wenig rosig, was unter anderem zu einem Rückgang an profitablen Investitionsmöglichkeiten führt. Und dann wäre da noch die sinkende Lebensqualität und steigende Kriminalität aufgrund der Masseneinwanderung. Außerdem spielt die von linker Politik geschürte Sozialneiddebatte eine große Rolle. Niemand will sich für sein mit Fleiß und Mühe erarbeitetes Vermögen rechtfertigen oder gar entschuldigen

müssen. Bei der Emigration europäischer Millionäre in außereuropäische Staaten spielen außerdem die zahlreichen geplanten Zumutungen der EU unter dem Deckmantel der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung eine Rolle. In Dubai und Co. wartet auch künftig keine Anti-Geldwäschebehörde mit abgeschlossenem zentralen Vermögensregister, kein Vermögensverschleierungsbekämpfungsgesetz und keine von oben oktroyierte Digitale Zentralbankwährung, welche die Möglichkeit zur schleichenden Enteignung seiner Bürger bietet.

Die Folgen der Abwanderung von reichen Menschen ins Ausland sind für die betroffenen Staaten allerdings fatal. Sie kassieren zwar die Wegzugssteuer, verlieren dafür aber regelmäßig fließende Steuereinnahmen. Darüber hinaus sinkt durch das Fehlen zahlungskräftiger Personen mit Unternehmergeist die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes, was wiederum die noch verbliebenen einheimischen Investoren abschreckt und ebenfalls zum Weggang animiert. Das trifft derzeit besonders die innovativen Branchen, von

denen eigentlich Zukunftsimpulse ausgehen müssten. Ein dramatischer Kreislauf.

Kein Lerneffekt in Sicht

Aus all diesen Gründen sollten diejenigen europäischen Staaten, welche immer mehr sehr vermögende Frauen und Männer verlieren, die Abwanderung in ihrem ureigensten Interesse stoppen. Dazu gehört aber definitiv mehr als nur die Erhebung von Wegzugssteuern. Hier könnte ein Blick auf den Millionärs-Magneten VAE helfen. Der gehört zu den sichersten Regionen der Welt mit einer extrem geringen Kriminalitätsrate und verlangt keine Steuern auf persönliche Einkommen und Kapitalerträge.

Zudem liegt auch die Körperschaftsteuer vergleichsweise niedrig. Dass die Bundesrepublik dem Beispiel der Emirate in absehbarer Zeit folgen will und kann, ist allerdings illusorisch. Also werden noch deutlich mehr vermögende Menschen auswandern, womit die Steuerlast für den nicht von staatlichen Transferleistungen lebenden Rest der Bevölkerung weiter zunimmt.



Wenn reiche Menschen aus einem Land abwandern, hat das für diese Nation oft dramatische Folgen: Weniger Kaufkraft, weniger Steuereinnahmen, Abbau von Arbeitsplätzen und auch ganze Unternehmensverlagerungen können drohen

PURE SCHIKANE

Extreme Steuerlast soll Auswanderung verhindern

Anstatt sich um die reichen Abgabenhauptzahler zu bemühen, erfindet der Fiskus immer neue Daumenschrauben

Auf den Umstand, dass immer mehr wohlhabende Europäer in Steueroasen abwandern, reagieren EU-Staaten mit der Einführung oder Ausweitung von Wegzugssteuern. Dabei verwenden sie folgendes System, um den Emigranten hohe Kosten aufzuerlegen: Die Finanzämter unterstellen – natürlich auf der Grundlage der geltenden Gesetze – mit der Auswanderung verbundene Verkaufsvorgänge, um dann Steuern auf die „Erlöse“ zu erheben. Das führt dazu, dass ein Deutscher, der ins Ausland übersiedeln will und Unternehmensanteile im Wert von 800.000 Euro besitzt, über 200.000 Euro Steuern darauf zahlen muss – Geld, das er überhaupt nicht hat, wenn er die Anteile behält.

Die 27 Prozent Steuern auf fiktive Gewinne beim Wegzug aus der Bundesrepublik nach Maßgabe des Außensteuergesetzes sind dabei noch nicht das Ende der Fahnenstange. So liegt der entsprechende Steuersatz in Norwegen sogar bei 38 Prozent. Dennoch kehrten inzwischen einige prominente Norweger wie die einstmalige reichste Frau des Königreiches Ninja Tollefsen und der Olympiasieger Bjørn Dæhlie ihrem Land den Rücken.

Ebenso sind in Frankreich und Belgien Wegzugssteuern von 30 beziehungsweise zehn Prozent fällig. Dahingegen gibt es in Großbritannien und den Niederlanden noch keine derartigen Regelungen, wobei die Betonung auf „noch“ liegt, denn das

niederländische Parlament hat bereits eine entsprechende Initiative gestartet, und in London wächst der Druck auf die Regierung, den Exodus der Millionäre zu stoppen, ebenfalls kontinuierlich.

Italien wiederum dürfte wohl auch künftig keine Wegzugssteuer erheben, denn das Land ist für die sogenannten High Net Worth Individuals aktuell noch recht attraktiv, sodass es 2025 wohl einen Nettozuwachs von rund 3600 Millionären erwarten kann.

Der deutsche Fiskus hat zudem neben den Wegzugssteuern für Reiche eine weitere finanzielle Daumenschraube im Repertoire, um auch den Normal- beziehungsweise Geringverdienenden das Aus-

„Die Zahlen sind alarmierend. Den betroffenen Ländern gehen Kaufkraft und Steuerertrag der Vermögenden dauerhaft verloren“

Andrew Amoils
Head of Research
at New World Wealth

wandern gründlich zu vermeiden. Aufgrund einer Änderung des Einkommensteuergesetzes werden die „beschränkt Steuerpflichtigen“ ohne Wohnsitz in der Bundesrepublik, die hierzulande beispielsweise noch Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung erzielen, nun sogar dann zur Kasse gebeten, wenn ihre in Deutschland erzielten Einkünfte den Grundfreibetrag zur Sicherung des Existenzminimums unterschreiten. Hierzu addiert das Finanzamt die Einnahmen einfach mit dem Grundfreibetrag, bevor es dann die fällige Steuer auf den dergestalt berechneten „Gesamtgewinn“ festsetzt. Das geschieht angeblich aus „regelungstechnischen Gründen“. W.K.

STAATLICHE GELDGIER

Wegzug-Steuer – der Wahnsinn begann 1918

Der umfangreiche Paragraph 6 des bundesdeutschen Außensteuergesetzes, welcher die Wegzugsbesteuerung regelt, hat zwei historische Vorbilder.

Das erste war das Gesetz gegen die Steuerflucht aus dem Jahre 1918. Dieses galt bis 1925 und schrieb vor, dass bei einem Wechsel ins Ausland die Einkommensteuerpflicht unverändert fortbesteht. Deswegen musste vor jeder Ausreise eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes eingeholt werden.

Dem folgte dann die Verordnung des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg zur Einführung der Reichsfluchtsteuer vom 8. Dezember 1931, die Teil eines Gesamtpaketes „zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens“ war. Die Weimarer Republik stand damals finanziell mit dem Rücken zur Wand und hatte Devisen-Auslandsschulden im Wert von umgerechnet 24 Milliarden Reichsmark. Deswegen erhöhte sie die Einkommensteuer und erließ Devisenverkehrsbeschränkungen. Das führte nachfolgend zu einer starken Kapitalflucht ins Ausland, die mit der Steuer von 25 Prozent auf alle Vermögenswerte beim Wegzug aus Deutschland bekämpft werden sollte.

Die Nationalsozialisten wiederum erließen am 18. Mai 1934 ein neues Gesetz über die Reichsfluchtsteuer, das die Emigranten regelrecht ausplünderte und dem Fiskus fast eine Milliarde Reichsmark bescherte. Damit sich niemand ohne Entrichtung der Steuer absetzen konnte, schuf die Gestapo ein engmaschiges Überwachungsnetz unter Einbeziehung von Post, Speditionunternehmen und Notaren.

Die Reichsfluchtsteuer war bis Juli 1953 fällig, dann konnten Westdeutsche erstmals seit 1931 ihrem Land den Rücken kehren, ohne dass der Fiskus profitierte. Allerdings trat in der Bundesrepublik 20 Jahre später das Außensteuergesetz in Kraft, das bis heute gilt und erneut eine Reduzierung des inländischen Steueraufkommens durch Emigration verhindern oder zumindest eindämmen soll. W.K.

Töricht weiter auf dem Weg nach unten

Seit Jahren erleben die etablierten Parteien in Form der AfD ihr blaues Wunder. Doch anstatt sich damit zu befassen, warum ihnen die Wähler die Zustimmung verweigern und entsprechend die eigene Politik zu ändern, setzen sie ihren Kurs unbeirrbar fort

VON WERNER J. PATZELT

Was will man machen, wenn ein Trinker nicht von der Flasche lassen mag, obwohl er sich absehbar zugrunderichtet – und man ihm doch nichts Böses will, wenn man vom Fusel abträt? Ungefähr so geht es Leuten, die die etablierten Parteien seit vielen Jahren vor Torheiten beim Umgang mit der AfD warnen.

Töricht war es, Sorgen um finanzielle und wirtschaftliche Verwerfungen innerhalb der Euro-Zone als Gespensteseherei abzutun. Gewiss, Griechenland ist inzwischen wieder auf gutem Kurs. Doch der wurde ihm aufgezungen – gerade von Deutschland, dessen Koalitions- und (!) meisten Oppositionsparteien sich inzwischen daran machen, Griechenlands einstige Fehler zu wiederholen: lustvolle Schuldenmacherei, um nicht dort sparen zu müssen, wo es weh tut. Doch wer könnte Deutschland auf einen vernünftigen Kurs zurückzwingen, wenn seine etablierte Politikerschaft diesen einfach nicht mehr fahren will?

Töricht war es, Warnungen vor den Folgen unkontrollierter Masseneinwanderung nach Deutschland auch dann noch in den Wind zu schlagen, als unübersehbar vor allem junge, niedrig qualifizierte Männer kamen, doch kaum jene Ärzte und Pflegekräfte, die den Wählern doch zur Sanierung unseres Gesundheitssystems in Aussicht gestellt worden waren – und noch weniger von jenen Ingenieuren, die als Gegengewicht zum deutschen Akademikerproletariat unsere Wirtschaftskraft gewährleisten sollten.

Das törichte Ignorieren der Lage

Töricht war es, das bald sich einstellende Empfinden, unsere Sicherheitslage habe sich verschlechtert, auch dann noch als Ausdruck von Rassismus hinzustellen, als Messerstechereien und sexuelle Belästigungen sich sogar in der Polizeistatistik niederschlugen – freilich erst, nachdem man diese um früher unnötige Tatbestände erweitert hatte und sich auftrafte, die Prozentanteile von erst kürzlich zu uns gekommenen Tätern mit denen von „länger schon im Land Lebenden“ zu vergleichen.

Töricht war es, sich nicht öffentlich auf unseren bislang dafür üblichen Debattenforen mit denen inhaltlich auseinanderzusetzen, welche die Sicht-, Denk- und Bewertungsweisen der damaligen Mehrheit im Land bestritten, sondern so zu tun, als verflüchtigte sich die Themen und Positionen von Protestorganisationen wie PEGIDA und AfD, wenn man sie nur lange genug wie näher Beachtung nicht wert behandelte.

Töricht war das Kleinreden dessen, dass die Zuwanderung von Millionen überwiegend in unsere Sozialsysteme erfolgt, die ihrerseits – trotz mancher Integrationserfolge – vor allem von den länger schon im Land Lebenden finanziert werden. Oder dass der allseits gefühlte Mangel an bezahlbarem Wohnraum damit zu tun haben mag, dass nun lange schon jährlich „mehr als eine Großstadt einwandert“, also mehr als – „nur“ – hunderttausend Leute, für welche die erforderliche Infrastruktur erst einmal geschaffen und immer wieder erweitert werden muss. Könnte es gar sein, dass diese Gelder nun für unser Bildungssystem oder sonstige wichtige Staatsaufgaben fehlen? Und dass dies den Leuten auch nicht verborgen bleibt? Und sie deshalb die Vernunft auf ihrer Seite fühlen, wenn sie die für solche Politik verantwortlichen Parteien abwählen?

Töricht waren auch Warnungen dahingehend, man dürfe niemals Diagnosen der AfD übernehmen, sondern müsse ihnen alternative Deutungen entgegensetzen. Doch es hängt



Verzweiflung eines scheiternden politischen Milieus: Die Rufe nach einem Verbot der AfD

der Wert einer Diagnose nicht davon ab, ob sie einem gefällt, sondern allein davon, ob sie zutrifft und womöglich sogar zielführende Therapien anleiten kann. Wenn also die AfD erklärt, Deutschlands Energiewende gefährde die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes als Wirtschaftsstandort: Ist es dann wirklich die klügste Reaktion, noch mehr Windräder aufzustellen oder durch teure Subventionspolitik dasjenige auszugleichen, was man durch fehlerhafte Sachpolitik überhaupt erst zum Problem gemacht hat?

Der Ausweg der Wähler

Und töricht ist es erst recht, den Leuten im Land einreden zu wollen, das alles sei ganz einfach so gekommen und lasse sich jetzt auch nicht mehr ändern. So gut wie alles, was sich wirkungsvoll unternehmen ließe, wäre entweder mit der deutschen oder der europäischen Rechtslage unvereinbar; und ihrerseits die Rechtslage ändern zu wollen, widerspräche schlicht europäischen Werten oder den Geboten der Menschlichkeit. Ganz ernsthaft mutet ein Großteil unserer Politikerschaft den Leuten im Land als lächerliche Kindereinsicht zu: Recht geschieht uns, wenn wir frieren – denn niemand gibt uns Handschuhe.

Irgendwann liegt dann der Entschluss nahe, sich selbst nach welchen umzusehen. In einer auf Parteienkonkurrenz gegründeten Demokratie meint das: Man sucht sich neue Parteien, die den etablierten Parteien ihr gewohntes Spiel verderben. Gerade so entstand vor über einem Jahrzehnt die AfD, und gerade so wächst sie seither von Jahr zu Jahr – abgesehen von kleineren Dellen demoskopisch gemessener Unterstützung, wie sie innerparteiliche Führungskonflikte stets nach sich ziehen. Inzwischen hat die AfD im Osten der Republik jede andere Partei weit überholt und geht in dortigen Landtagen auf absolute Mehrheiten zu. Bundesweit liegt sie immerhin gleichauf mit der Union.

Nimmt in den etablierten Parteien wohl allmählich die Einsicht zu, dass eben die eigene Politik während des letzten Jahrzehnts die

AfD großgemacht hat? Dass man es vielleicht besser unterlassen hätte, an so vielen – und auch unüberhörbar lauten – Willensbekundungen aus den Reihen der Bevölkerung schlicht vorbeizuregieren? Und dass es besonders töricht war, einen Großteil der alltäglichen Leistungsträger lustvoll immer weiter zu provozieren, nämlich nach dem Muster: „Wenn ihr dies und das nicht wollt, dann machen wir es erst recht – bis ihr euch dem von uns bestimmten Schicksal ergebt!“ Also: bis ihr endlich eine bunte Gesellschaft seid, in der so etwas wie eine deutsche Kultur – nach Ansicht von Linksgreenen ohnehin nicht vorhanden – keine Rolle mehr spielt.

Wie herrlich schön dieses Land dann werden wird, das erleben Lehrerinnen und Lehrer jetzt schon täglich an ihren Schulen. Und was im Land der Shoah möglich wird, wenn eine Mehrheit sich nicht mehr der Pflicht von Deutschen stellt, jeglicher Form von Judenhass als wahrscheinlicher Wegweisung hin zum Holocaust entgegenzutreten, das führen die längst regelmäßigen Anti-Israel-Demonstrationen vor Augen, desgleichen der sich human dünkende „Antizionismus“ an deutschen Universitäten.

Das „Haltung zeigen“ der Verkniffenen und Vernagelten

Und was fällt der Speerspitze unserer ewig Guten und stets „anständig Gebliebenen“ im Lande dazu ein? Also den Grünen und Linken? Sie hoffen auf das Verschwinden unserer Kulturkämpfe und innenpolitischen Polarisierung dank eines Verbots der AfD! Natürlich muss man dazu erst einmal die Richterschaft am Bundesverfassungsgericht hin zu einer „richtigen“ Mehrheit verändern – also in etwa so, wie man bereits die Ämter für Verfassungsschutz „auf Linie gebracht“ hat. Die nämlich scheinen sich weniger für den Schutz unserer Verfassung gegen eine Re-Autoritarisierung des Staats im Dienst von Gutmenschen einzusetzen als vielmehr für die Bekämpfung unangenehmer politischer Rivalen. Wie töricht muss man auch sein, um nur

Wie töricht muss man auch sein, um nur eine Minute lang zu glauben, die revolutions- erfahrene Bevölkerung Ostdeutschlands würde es tatenlos hinnehmen, wenn nach der politisch gewollten Entziehung der AfD-Mandate in fast allen deutschen Parlamenten Rot-Grün die absolute Mehrheit hätte!

eine Minute lang zu glauben, die revolutions- erfahrene Bevölkerung Ostdeutschlands würde es tatenlos hinnehmen, wenn nach der politisch gewollten Entziehung der AfD-Mandate in fast allen deutschen Parlamenten Rot-Grün die absolute Mehrheit hätte! Und wie unverzeihlich dumm ist es, seine Verbotsforderungen nicht erst einmal bis zu diesem Ende zu durchdenken – wenn es einem schon egal ist, dass auch das jüngste „tausendseitige Gutachten“ des Verfassungsschutzes durchaus nicht nachgewiesen hat, es gehe die AfD auf die Beseitigung unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung aus.

Oder kommt es unserer Politikerschaft, die in manchen politischen Spektren großenteils aus Leuten mit abgebrochenem Studium oder gar keiner Ausbildung besteht, ohnehin nicht darauf an, was wirklich der Fall ist? Und welche Wirkungszusammenhänge tatsächlich bestehen? Die zwar Angst hegen vor einem Klimawandel, der den Deutschen auch zu Hause solche Temperaturen beschert, deretwegen sie jahrzehntelang zum Urlaub „in den Süden“ führen, doch die keinerlei Sorgen darüber hinnehmen wollen, wie viel gesellschaftlichen und kulturellen Wandel unsere Gesellschaft ohne große Begleitschäden aushalten kann – und ab welchem Grad an Gängelung, Bürokratiepflichten und Besteuerung wir unsere Wirtschaft ruinieren. Denen es anscheinend auch weniger darauf ankommt, ihre Ziele – etwa: eine friedliche, freundliche, froh feiernde Gesellschaft – wirklich zu erreichen, als unbedingt „Haltung zeigen“ zu wollen. Leider ist das meist die Haltung von Verkniffenen und Vernagelten, von Arroganten und von Aggressiven.

Solche Leute werden eine Demokratie ganz gewiss nicht retten können, in der die Mehrheit der Bürger sich sachlich fehlerhaft regiert empfindet und das Land samt seinen Leuten in eine Richtung getrieben fühlt, die Widerwillen auslöst. Wem nützt es eigentlich, dass Homosexuelle nicht nur – wie es sich gehört – geachtet und mit Freundschaft bedacht werden, sondern wenn man obendrein glauben soll, dass es ohnehin keine anderen als rein willkürlich fabrizierte Unterschiede zwischen Männern und Frauen gibt? Oder dass Europas Christentum außer Scheiterhaufen, der Unterdrückung von Frauen und dem Missbrauch von Jugendlichen durch Priester gar nichts geleistet habe? Dass unser Land gar besser werde, wenn Muslime ihren Glauben hier nicht nur praktizierten, sondern mit ihm auch die Öffentlichkeit so prägen könnten wie einst das Christentum?

Was wirklich helfen würde

Verlieren wir uns da wohl in Nebensächlichkeiten? Wer das glaubt, der soll das Gespräch mit „Woken“ suchen oder deren Meinungsbekundungen einfach zuhören. Und anschließend sich die Frage stellen: Mit welchen Parteien geht Deutschland weiterhin den Weg in eine genau solche kulturelle und gesellschaftliche, auch wirtschaftliche und politische Zukunft? Natürlich darf jeder seine eigene Antwort haben. Doch klar ist: Den Aufstieg der AfD versteht nur, wer sich die Größe jenes Personenkreises klarmacht, der die umrissenen Sorgen und die beschriebene Empörung teilt. Und Gutes für unser Land tut anschließend nur, wer die Ursachen jener Sorgen und Empörungsbereitschaft endlich kleinarbeitet, anstatt sie immer nur kleinzureden.

● Prof. Dr. Werner J. Patzelt war von 1991 bis 2019 Inhaber des Lehrstuhls für Politische Systeme und Systemvergleich an der TU Dresden und ist derzeit Forschungsdirektor des Mathias Corvinus Collegiums in Brüssel. Zu seinen Werken gehören „Ungarn verstehen“ (2023) und – soeben erschienen – „Deutschlands blaues Wunder. Die AfD und der Populismus“ (beide Langen Müller). www.wjpatzelt.de

BILD: PICTURE ALLIANCE/DPA | FABIAN SOMMER

MELDUNGEN

Mohrenstraße ist nicht mehr

Berlin – Die Mohrenstraße in Berlin-Mitte hat nach 318 Jahren ihren Namen verloren. Nachdem die Klagen von Anwohnern vor dem Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg erfolglos geblieben waren, trägt die Straße seit dem 18. Juli 2025 nun den offiziellen Namen Anton-Wilhelm-Amo-Straße. Der neue Name nimmt Bezug auf den afrikanischen Gelehrten Anton Wilhelm Amo, der im 18. Jahrhundert in Berlin wirkte. Auf Antrag von SPD und Grünen und mit Unterstützung der Linkspartei hatte die Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Mitte im Jahr 2020 die Umbenennung der Mohrenstraße aus rein ideologischen Gründen gefordert. Mehrere Initiativen hatten sich schon länger für eine Umbenennung eingesetzt, da sie den bisherigen Straßennamen als vermeintlich problematisch oder gar rassistisch empfanden. Gegen die Umbenennung waren beim grün-geführten Bezirksamt Berlin-Mitte mehr als 1000 Widersprüche eingegangen. Die Mohrenstraße hatte selbst zu DDR-Zeiten ihren Namen behalten. *H.M.*

Keinen Pass für Israelhasser

Potsdam – Im Bundesland Brandenburg wird der Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft künftig an ein Bekenntnis zum Existenzrecht des Staates Israels geknüpft. Innenminister René Wilke begründete das mit dem Schutz jüdischen Lebens. Berlins Bürgermeister Kai Wegner (CDU) kann sich das für die Hauptstadt auch vorstellen. Einfach dürfte dies angesichts der fast täglichen antisemitischen Vorfälle in Berlin aber nicht werden. Brandenburg ist nach Sachsen-Anhalt das zweite Bundesland, das nun so verfährt. Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD): „Das Existenzrecht des Staates Israel ist für uns nicht verhandelbar!“ Die BSW-Landesvorsitzende Friederike Benda kritisierte hingegen: „Das ist der Weg in den Gesinnungsstaat ... und ein Schlag ins Gesicht der Demokratie“, so die Ex-Linke und jetzige BSWlerin. *F.B.*

CDU verliert Fraktionsstatus

Velten – In der brandenburgischen Industriestadt Velten, die nördlich von Berlin gelegen ist, ist ein Stadtverordneter von der CDU zur AfD übergetreten, die damit künftig über sieben Mandate verfügt, während die CDU nun mit zwei Mandaten den Fraktionsstatus verliert. Die Stadtverordnetenversammlung umfasst 22 Mandate. Die SPD stellt genau wie die Initiative Pro Velten fünf Sitze. Die Linkspartei und die Heimat (Ex-NPD) entsenden jeweils einen Vertreter. Im September wählen die Menschen in Velten einen neuen Bürgermeister. Die SPD will auf eine Kandidatur verzichten. Neben der CDU und einem parteilosen Bewerber werden den Kandidaten von Pro Velten und der AfD die besten Aussichten eingeräumt. Das neue Stadtoberhaupt wird für kommende acht Jahre gewählt. Der AfD-Landesvorsitzende Rene Springer ist optimistisch: „Dies ist erst der Anfang. Die AfD ist die gestaltende Kraft der Zukunft.“ *F.B.*



Schlangestehen: Bedürftige wie Rentner und Einkommenschwache holen sich Lebensmittel für wenig Geld bei der Tafel Troisdorf

EINE FRAGE DES EINKOMMENS

Reicht es später für die Rente?

Ohne nötige Reformen werden viele Menschen in bitterer Altersarmut enden

VON PETER ENTINGER

Viele Beschäftigte in Deutschland fragen sich immer öfter, ob ihr Einkommen hoch genug ist, um im Alter eine halbwegs ausreichende Rente zu erhalten. Neue Zahlen der Bundesregierung geben nun Aufschluss darüber, wie viel man im deutschen Vergleich verdient. Und das Bild, das sich daraus ergibt, ist durchaus alarmierend. Rund 4,6 Millionen Menschen, also jede fünfte Vollzeitkraft, verdienen weniger als 2750 Euro brutto im Monat. 40 Prozent der Vollzeitbeschäftigten – das entspricht etwa 9,2 Millionen Personen – liegen unter 3300 Euro Monatsbrutto. Das sind angesichts hoher Miet- und Energiekosten wahrlich keine üppigen Gehälter.

Niedrige Einkommen heute bedeuten geringe Renten in der Zukunft. Genau diejenigen, die wenig verdienen, werden somit die Armutsrentner von morgen sein. Den Berechnungen zufolge ist aber ein Bruttogehalt von mindestens 3300 Euro

im Monat – das entspricht rund 20 Euro Stundenlohn – notwendig, um im Alter überhaupt eine gesetzliche Rente oberhalb der Armutsgefährdungsschwelle annähernd zu erreichen.

Armut trotz Arbeit

Als armutsgefährdet gilt, wer weniger als 1378 Euro netto im Monat zur Verfügung hat – rund 15,5 Prozent der Bevölkerung, bei den Ruheständlern sogar 19 Prozent. Die neuen Zahlen lassen erahnen, was das für die Zukunft bedeutet. Löhne unter 3500 Euro sind faktisch eine Garantie für Renten auf Armutsniveau. Tatsächlich bezieht schon heute mehr als ein Viertel der langjährig Versicherten – also mit mindestens 45 Beitragsjahren – weniger als 1300 Euro Rente im Monat. Allerdings ist die gesetzliche Rente oft nicht die einzige Einkommensquelle im Alter, so deckt sie im Schnitt nur rund 53 Prozent des Einkommens der über-65-Jährigen. Den Rest müssen Betriebsrenten, private Vorsorge, Weiterarbeit oder staatliche Unterstützungen ausgleichen.

Die neuen Zahlen der Regierung zeigen zudem deutliche regionale Lohnunterschiede. In den meisten Bundesländern verdienen etwa 60 Prozent der Vollzeitbeschäftigten weniger als 3500 Euro im Monat. Fast jeder Dritte kommt dort nicht einmal auf 2750 Euro brutto. In Westdeutschland sind die Löhne höher: In Baden-Württemberg etwa liegt der Anteil an Beschäftigten mit unter 3500 Euro bei nur 33 Prozent. Ein Länder-Gefälle gibt es ebenfalls: In Hamburg liegt der Anteil der Vollzeitbeschäftigten unter 2750 Euro bei nur 15 Prozent, während er in Mecklenburg-Vorpommern bei 36 Prozent liegt – bundesweiter Höchstwert.

Auch der Einkommensvergleich über alle Gehaltsklassen hinweg verdeutlicht die Spreizung: Zu den obersten 20 Prozent der Gehälter zählt bereits, wer rund 77.000 Euro brutto im Jahr verdient, während die unteren zehn Prozent mit 32.500 Euro Jahresbrutto oder weniger auskommen müssen. Ein Jahresgehalt von 42.000 Euro reicht aktuell nur für einen Platz im unteren Drittel der Gehaltsskala – etwa

30 Prozent der Vollzeitbeschäftigten verdienen gleich viel oder weniger. Wer 66.000 Euro brutto im Jahr verdient, gehört dagegen schon zu den Top-30 Prozent der Beschäftigten. Ein Prozent der Vollzeitkräfte erzielt sogar über 213.000 Euro im Jahr. Diese Kluft bei den Einkommen spiegelt sich langfristig auch in der Rentenhöhe wider – geringe Verdienste bedeuten weniger Rentenpunkte, während Top-Verdiener deutlich höhere Alterseinkünfte erzielen, auch wenn die gesetzliche Rente gedeckelt ist.

Angesichts dieser Befunde stellt sich die Frage, was getan werden muss, damit ein Durchschnittsverdienst wieder für eine auskömmliche Rente reicht. Eine ernsthafte Lohnoffensive gilt dabei als zentrales Element. Mit anderen Worten: Die Löhne – insbesondere im unteren und mittleren Segment – müssen deutlich steigen. Dazu gehört auch ein höherer Mindestlohn. Die Bundesregierung hat zwar eine Erhöhung auf 14,60 Euro bis 2027 beschlossen, doch Kritiker halten das für unzureichend, um das Lohnniveau insgesamt anzuheben. Auf der anderen Seite argumentieren die Arbeitgeber zu Recht, dass die Lohnkosten in Deutschland dadurch noch weiter steigen würden. Deutschland gilt derzeit nicht gerade als wirtschaftsfreundliches Land.

Finanzieller Teufelskreislauf

Höhere Löhne allein werden das strukturelle Problem der Alterssicherung ohnehin nicht lösen. Die Regierung hat deshalb versprochen, das Rentenniveau bis 2031 nicht unter 48 Prozent fallen zu lassen. Dieses Ziel soll mit steigenden Steuerzuschüssen aus dem Bundeshaushalt und bei Bedarf höheren Rentenbeiträgen erreicht werden. Darüber hinaus berät eine Rentenkommission über langfristige Reformen. Dabei stehen durchaus unbequeme Optionen im Raum – etwa ein höheres Rentenalter oder ein größerer Bundeszuschuss –, die entweder die jüngere Generation oder den Staatshaushalt noch stärker belasten würden.

Auch alternative Ansätze werden diskutiert. So wurde nun ein „Boomer-Soli“ vorgeschlagen: Besserverdienende Rentner sollen einen Teil ihrer Einkünfte abgeben, um ärmere Senioren zu unterstützen. Dieser Vorschlag stößt parteiübergreifend auf extreme Skepsis. Arbeitgeberverbände ebenso wie Gewerkschaften lehnen ihn strikt ab. Der Deutsche Gewerkschaftsbund plädiert stattdessen dafür, die Rentenkasse durch höhere Steuern auf sehr hohe Einkommen und Vermögen zu stützen, um Beitragszahler zu entlasten. Zusammenfassend wird klar: Ohne Änderungen werden viele Durchschnittsverdiener von heute im Alter nur eine knappe Rente erhalten.

GERINGES BUDGET

Ist deutsches Kulturerbe im Osten bald vergessen?

Was unter der Ampel vernachlässigt wurde, soll nun wieder eine „besondere Bedeutung“ erhalten

Über Sonderprogramme hat der Bund in den letzten 15 Jahren deutschlandweit die Restaurierung von über 3000 „national bedeutsamen Kulturdenkmälern“ finanziert. Die Bestandspflege deutschen Kulturguts im Ausland scheint im Vergleich dazu in den letzten Jahren eher ein Schattendasein gefristet zu haben.

Allein schon in finanzieller Hinsicht ist die Pflege deutscher Kulturgüter außerhalb der Bundesrepublik in den letzten Jahren ins Abseits geraten. Wie aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage mehrerer Abgeordneter der AfD-Bundestagsfraktion hervorgeht, verharren die Hilfen des Bundes zur Erhaltung deutschen Kulturguts in Osteuropa in den letzten zehn Jahren auf einem erstaunlich niedrigen Niveau. Demnach beliefen sich die jährlichen Mittel beim Haushaltsposten

„Hilfen zur Sicherung und Erhaltung deutschen Kulturgutes der historischen Siedlungsgebiete im östlichen Europa“ zwischen 2015 und 2024 konstant auf 496.000 Euro. Lediglich 2020 bildete mit 996.000 Euro eine Ausnahme. In diesem Jahr flossen zusätzliche Mittel für den Erhalt der Kirchenburgenlandschaft in Siebenbürgen.

Faktisch eine Kürzung der Mittel

Einer der Mitinitiatoren der parlamentarischen Anfrage, der Bundestagsabgeordnete Götz Frömming (AfD), bewertet die vom Bund geförderten Projekte zur Sicherung und zum Erhalt deutschen Kulturguts im Ausland als „durchweg positiv“. Er betont jedoch mit Blick auf den Erhalt von Kulturgütern in Osteuropa: „Kritisch zu betrachten ist jedoch die stagnierende

Haushaltslage: Seit 2015 liegt das Budget für diesen Bereich – mit einer einzigen Ausnahme – konstant bei 496.000 Euro.“ Der Abgeordnete weiter: „Angesichts der Inflation bedeutet dies de facto eine jährliche Kürzung der verfügbaren Mittel.“

Osteuropa jetzt im Regierungsfokus

Trotz der Knappheit der Mittel haben in den letzten zehn Jahren viele Projekte von den Geldern des Bundes profitiert: Immer wieder ging es um Restaurierungsarbeiten an Kirchen. 2017 flossen zum Beispiel 15.000 Euro in die Sanierung des Holzfußbodens der evangelischen Kirche im ostpreußischen Lötzen. Auch Restaurierungsarbeiten an der Markthalle in Breslau hat der Bund mehrfach unterstützt. Seit 2020 fließen erhebliche Mittel zur Notsicherung der Bausubstanz von

Schloss Steinort im nördlichen Masuren. Der betreffende Haushaltsposten zum Erhalt deutschen Kulturerbes in Osteuropa lag während der Regierungszeit der Ampel-Koalition im Geschäftsbereich von Claudia Roth (Grüne), der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien. Seit wenigen Monaten hat unter der neuen Bundesregierung Wolfram Weimer nun den Posten des Kulturstaatsministers übernommen. Ihm fiel es in dieser Funktion auch zu, die Kleine Anfrage zur Bilanz der letzten zehn Jahre zu beantworten. In seiner Antwort betonte er deutlich: „Die Bundesregierung misst der Förderung von Projekten zur Sicherung und zum Erhalt deutscher Bau- und Kulturdenkmale im östlichen Europa eine besondere Bedeutung zu.“ Diese Aussage lässt zumindest hoffen. *Hagen Ritter*

HAUPTSTADT

Berliner SPD mit Enteignungsphantasien

Die Regierungskoalition streitet um das linke Vergesellschaftungsgesetz mit kräftigem „DDR-Anstrich“

VON HERMANN MÜLLER

Bricht die schwarz-rote Koalition nicht vorzeitig auseinander, dann werden die Berliner im September 2026 ein neues Landesparlament wählen. Offenbar inspiriert von den guten Umfragewerten, die die Linkspartei in der Hauptstadt erreicht, scheint die Berliner SPD mit ebenso ultralinken wie überholten Ideen aus längst vergangenen Zeiten in den Wahlkampf ziehen zu wollen. Anlass für diesen Verdacht ist ein Gesetzentwurf zu einem Vergesellschaftungsgesetz, den die SPD im Berliner Abgeordnetenhaus erarbeitet hat.

Als Reaktion auf den erfolgreichen Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ von 2021 hatten sich Christdemokraten und SPD in ihrem Koalitionsvertrag auf ein solches Gesetz geeinigt. Die SPD-Genossen haben dies aber offenbar als ihre große Chance begriffen, sehr weitreichende Enteignungsmöglichkeiten zu schaffen. Der SPD-Abgeordnete Sebastian Schlüsselburg, einer der Autoren des Entwurfs, sprach mit Blick auf die Vergesellschaftungsmöglichkeit in Artikel 15 des Grundgesetzes sogar von einem „schlafenden Riesen“, den man jetzt endlich einmal wecken wolle.

Fehlt nur noch ein Fünfjahresplan

Wie die „Bild“ berichtet, ist in dem Gesetzentwurf für die Vergesellschaftung von Immobilien oder Produktionsmitteln eine „Vergesellschaftungsbehörde“ vorgesehen. Die Entschädigung für die betroffenen Eigentümer soll außerdem niedriger ausfallen können als der Verkehrswert. Der Gesetzentwurf im „roten DDR-Anstrich“ soll bis Mitte Dezember ins Berliner Abgeordnetenhaus eingebracht werden, bis spätestens Mai kommenden Jahres soll das Landesparlament dann das Gesetz beschließen.

Voraussehbar ist, dass gleich nach der parlamentarischen Sommerpause ein veritabler Streit zwischen den Regierungspartnern CDU und SPD ausbrechen wird, denn der ist fast unumgänglich.

Kai Wegner, Berliner CDU-Chef und Regierender Bürgermeister, reagierte auf die bekannt gewordenen Enteignungsvorstellungen des Koalitionspartners schon jetzt mit einer klaren Ansage: „Mit mir



Die beiden Linksaußen der Berliner SPD, die sich mit kruden Enteignungsideen geradezu überschlagen: Fraktionschef Raed Saleh und Sozialsenatorin Cansel Kiziltepe, die beide Aussicht haben, als SPD-Spitzenkandidaten in den Berliner Wahlkampf zu ziehen

wird es keine Enteignungen geben.“ Zudem erklärte Wegner auf der Plattform „X“: „Die Enteignungsdebatte schadet Berlin. Sie verunsichert Investoren, untergräbt Vertrauen in den Standort und gefährdet Arbeitsplätze.“

Der Gesetzentwurf der Berliner Sozialdemokraten atmet so sehr den Geist des gescheiterten SED-Sozialismus, dass ein Kommentator des „Handelsblatts“ bereits ironisch feststellte: „Fehlt eigentlich nur noch die Einführung des Fünfjahresplans.“ SPD-Fraktionschef Raed Saleh lobte dagegen fast überschwänglich, eine Vergesellschaftung ermögliche den Bundesländern eine soziale Marktregulierung auch ohne Enteignungen.

Marktwirtschaft wird ausgehebelt

Die Berliner Sozialdemokraten haben in ihren Gesetzentwurf tatsächlich ein ganzes Bündel von Ideen gepackt, um die Marktwirtschaft auch ohne Enteignung aushebeln zu können. Etikettiert als „mildere Mittel“ im Vergleich zu Enteignungen soll der Gesetzgeber zum Beispiel

Wohnungskonzerne dazu verpflichten können, Ausschüttungen an Aktionäre zu begrenzen oder in sogenannte gemeinwirtschaftliche Zwecke zu investieren. Genannt wird aber auch die Möglichkeit, Vermietungsunternehmen zum Einfrieren von Mieten verdonnern zu können. Einige Kritiker sehen den Gesetzentwurf der Genossen denn auch bereits als neuen Anlauf, in Berlin einen Mietendeckel durchzusetzen.

Linker Flirt mit Linksaußen

Einen ersten Versuch der damaligen rotgrün-roten Koalition zu einem Mietendeckel hatte 2021 das Bundesverfassungsgericht wieder einkassiert. Mit ihrem Gesetzentwurf hat die Berliner SPD faktisch sehr frühzeitig den Wahlkampf eröffnet. Regulär sollen die Berliner Wähler im September 2026 über ein neues Landesparlament abstimmen. Ein Schwerpunkt des anstehenden Wahlkampfes dürfte erneut die Berliner Wohnungskrise sein. Der Gesetzentwurf der SPD zielt mutmaßlich nicht nur darauf ab, gegenüber

der CDU Profil zu zeigen. Mit Blick auf die Wahl im nächsten Jahr geht es vor allem um die Frage, welche Partei links der Mitte stärkste Kraft wird, wer den nächsten Berliner Regierungschef stellt. Aktuelle Umfragen sehen die Linkspartei mit 19 Prozent im linken Lager klar an der Spitze. SPD und Grüne können derzeit nur mit 14 und 15 Prozent rechnen.

Der Entwurf für das „Vergesellschaftungsgesetz“ deutet darauf hin, dass in der Berliner SPD derzeit diejenigen das Sagen haben, die Wahlchancen nicht in der politischen Mitte, sondern bei ausgesprochen linksorientierten Wählerschichten sehen.

Als mögliche Spitzenkandidaten für die Berlin-Wahl gelten SPD-Fraktionschef Saleh oder Sozialsenatorin Cansel Kiziltepe. Beide werden dem linken SPD-Flügel zugerechnet. Unlängst dementierte aber auch Wirtschaftsministerin und Ex-Parteichefin Franziska Giffey Gerüchte, denen zufolge sie als Nachfolgerin von Ministerpräsident Woidke nach Brandenburg wechseln wolle.

ZU KOMPLEX

Berlins Nahverkehr droht der totale Kollaps

Was einst ein weltweites Vorbild war, wird nun zunehmend zum absoluten Problemfall

Mit der bereits von der preussischen Eisenbahnverwaltung in Auftrag gegebenen Ringbahn und dem Bau des Nord-Süd-Tunnels in den 1930er Jahren galt Berlins S-Bahn früher als das Vorbild schlechthin für effizienten, durchdachten Nahverkehr. Inzwischen ist Berlins Nahverkehrssystem für Berliner und Hauptstadtbesucher immer öfter die Ursache für blank liegende Nerven, Frustration und Verspätungen. Die Tageszeitung „B.Z.“ stellte unlängst sogar die Frage: „Steht Berlins Nahverkehr vor dem Kollaps?“

Und diese Frage ist mehr als berechtigt. Tatsächlich scheint das System von Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) und Berliner S-Bahn in der Millionenstadt mittlerweile einen Grad an Komplexität erreicht zu haben, der es extrem störanfällig macht. Berufspendler sind inzwischen fast regelmäßig mit Phänomenen

wie Signalstörungen, defekten Fahrzeugen oder Zugausfällen aufgrund von Personalmangel konfrontiert.

Auch Polizeieinsätze und Einsätze von Rettungssanitätern in Zügen oder auf Bahnhöfen sind keine Seltenheit. Die regelmäßige Folge ist, dass der Zugverkehr auf den betroffenen S-Bahn-Strecken zum Erliegen kommt. Bis der reguläre Betrieb wieder in Gang kommt, verlassen S-Bahnen die Bahnhöfe nicht oder bleiben mitten auf der Strecke stehen. Geduld ist auch gefragt, wenn vom Zugpersonal Durchsagen wie „Gegenstände auf dem Gleis“ oder „Der Zugverkehr ist wegen Personen im Gleisbereich zeitweise unterbrochen“ kommen.

Selbst für Vielnutzer der S-Bahn hatte die Begründung Neuheitswert, die ihnen für den massiv eingeschränkten S-Bahnverkehr im Berliner Südosten am Wo-

chenende des 19. und 20. Juli geliefert wurde. Wie die S-Bahn auf ihrer Internetseite mitteilte, konnte das Stellwerk Schönebeide am Sonnabend und Sonntag aufgrund eines kurzfristigen, krankheitsbedingten Personalausfalls nicht besetzt werden.

Ersatzverkehr mit Frustration

Ergänzend klärte die Deutsche Bahn die ahnungslosen Fahrgäste noch auf: „Zugverkehrssteuerer benötigen spezifische Technik- und Streckenkenntnisse, weshalb ein Ersatz nicht so einfach möglich ist.“ Durch das unbesetzte Stellwerk verkehrten fünf S-Bahn-Linien nur noch verkürzt, die S85 stellte den Betrieb sogar ganz ein. Fahrgäste mussten teilweise auf einen Ersatzverkehr mit Bussen sowie einen Pendelverkehr im 20-Minuten-Takt ausweichen.

Während der Berliner Sommerferien hat die S-Bahn nun umfangreiche Bauarbeiten angekündigt – auch hier ist schon reichlich Frustration programmiert. Und der angebotene Ersatzverkehr mit Bussen ist erfahrungsgemäß oft mit langen Umwegen, mitunter aber auch mit völlig überfüllten Fahrzeugen und nicht selten mit einer kryptischen Kommunikation seitens der überforderten scheinenden Berliner S-Bahn verbunden.

Die störanfällige S-Bahn ist zudem nur ein Teil des Berliner Nahverkehrssystems. Auch die U-Bahnen und die BVG-Straßenbahnen sorgen immer wieder für zeitraubende Verkehrsstörungen, Ausfälle oder wochenlange Streckensperrungen durch Bauarbeiten. Mit etwas Pech geraten Fahrgäste bei einer Fahrt durch das Stadtgebiet so mitunter von einem Ausnahmezustand in den nächsten. H.M.

KOLUMNE

Vollversagen

VON VERA LENGSELD

Die Hassparolen, die seit dem 7. Oktober 2023 fast täglich auf den Berliner Straßen gebrüllt werden, haben Zuwachs bekommen. Vor Berlins Rotem Rathaus, wo der Regierende Bürgermeister Kai Wegner gern die Regenbogenflagge aufziehen lässt, fand eine Demo von syrischen „Schutzsuchenden“ statt, die ihrer Freude über die Massaker an Kurden und Drusen in as-Suwaida, dem Siedlungsgebiet der syrischen Drusen, laut und gewalttätig Ausdruck gaben.

Eine Million Syrer leben in Deutschland. Die meisten kamen als Verfolgte des Assad-Regimes. Sie feierten den Sieg über Assad auf unseren Straßen, sahen dann aber keinen Grund zur Rückkehr in die Heimat. Deutsche Politiker wiederum sahen keinen Grund, sie zur Rückkehr zu bewegen. Nach der abstoßenden Machtdemonstration vor dem Roten Rathaus war die Politik gezwungen, Stellung zu nehmen. Man sei entsetzt und werde das Feiern von Massakern nicht dulden, ließ sich sogar ein SPD-Politiker vernehmen. Aber Maßnahmen gegen die auf Videos gut zu erkennenden Demonstranten sind offenbar nicht ergriffen worden. Die Berliner Polizei, die sehr effektiv Hausbesuche bei Menschen durchführt, von denen sie annimmt, dass sie die Regierung kritisieren könnten, wofür sie aber dann erst die Beweise suchen muss, ist weniger erfolgreich bei der Bekämpfung des offenen Hasses auf der Straße.

Kurz nach der Demo unter Wegners Fenstern gab es eine gewaltsame pro-palästinensische Demonstration am Checkpoint Charly. Als die von der Polizei aufgelöst werden sollte, gingen die Demonstranten einfach zu einer Sitzblockade über. Die Polizei wird nicht mehr ernst genommen. Am Ende des Happenings gab es neun verletzte Polizisten und 20 festgenommene Aktivisten. Letztere waren aber schon wieder auf freien Fuß, bevor der letzte Polizist behandelt war.

MELDUNG

Wo schick auf schlampig trifft

Berlin – Sieben Designer haben im Rahmen der Sommeredition der Berlin Fashion Week den Nachwuchspreis der Modebranche, den European Fashion Award FASH, erhalten. Die Berlin Fashion Week findet bereits seit 2007 zweimal im Jahr statt. Der Hauptstadt ist es mit der Veranstaltung gelungen, ein Treffpunkt der internationalen Modeszene zu werden. Ungeachtet dessen erweckt Berlin hingegen auf viele Nicht-Berliner eher den Eindruck einer fortgeschrittenen modischen Verwahrlosung. Unter der Überschrift „Modischer Kollaps im Fußraum: Hauschuhe erobern Berliner Bürgersteige“ berichtete die „Berliner Zeitung“ über den neuen Trend: Nach dem „Regiment der Jogginghosen“ gewinnen nun ganz gewöhnliche Filzpantoffel im öffentlichen Raum der Hauptstadt zunehmend an Präsenz. Die Träger der Puschen hätten dabei nicht selten „sogar noch Chipstüte oder Bierflasche in der Hand“. Und auch sonst lässt die modische Optik in Berlin sehr zu wünschen übrig. Denn Schlapperlook schlägt hier in der Masse die schicke Optik. H.M.

MELDUNGEN

Kein Boykott von US-Marken

Berlin – Obwohl viele Verbraucher hierzulande angekündigt hatten, wegen der Wahl und der Zollpolitik von US-Präsident Donald Trump künftig auf den Kauf von Produkten aus den Vereinigten Staaten zu verzichten, gab es bislang keine messbaren Veränderungen im Konsumverhalten der Deutschen. So lautet das Ergebnis einer Untersuchung des US-Marktforschungsunternehmens NIQ, in deren Verlauf die Verkaufszahlen bei 25 Warengruppen analysiert wurden. Noch im März sagten 52 Prozent der Teilnehmer an einer YouGov-Umfrage in Deutschland, sie würden Erzeugnisse aus den USA nun „bestimmt“ oder „wahrscheinlich“ boykottieren. Der NIQ-Experte David Georgi führt die Stabilität des Kaufverhaltens auch darauf zurück, dass die meisten Verbraucher gar nicht genau wüssten, welche Produkte eigentlich aus den Vereinigten Staaten stammen. Im Übrigen werde alles gekauft, was irgendwie preisgünstig erscheine. W.K.

Vertreibung mit Waldbränden

Damaskus – Die sunnitischen Islamisten in Syrien vertreiben ethnisch-religiöse Minderheiten im Lande jetzt sogar durch gezielt gelegte Waldbrände. Nur Wochen nach dem Anschlag auf die Mar-Elias-Kirche in Damaskus mit 25 Toten bekannte sich die von der neuen syrischen Regierung gedeckte oder sogar beauftragte Dschihadisten-Miliz Saraya Ansar al-Sunna auch zu vorsätzlichen Brandstiftungen im bewaldeten Norden des Gouvernements Latakia. Dort leben viele friedliche Alawiten, die als „Ungläubige“ gelten und sich nun auf der Flucht befinden, sofern sie nicht in den Flammen ums Leben gekommen sind. Trotz der Selbstbezeichnung der Saraya Ansar al-Sunna behauptete der neue syrische Innenminister Anas Khattab bei einem Lokaltermin im Katastrophengebiet, es gebe keine Belege für eine Brandstiftung. Khattab hatte lange Zeit Führungspositionen in den islamischen Terrorgruppen Dschabhat an-Nusra und al-Kaida inne. W.K.

Warschau ruft Polen zurück

Warschau – Polens Außenministerium warnt seine Bürger vor Reisen nach Russland und ruft alle Polen auf, die sich auf dem Boden der Russischen Föderation befinden, in die Heimat zurückzukehren, außer sie seien familiär oder beruflich in Russland gebunden. Landsleute mit russischem Pass warnt man, dass diese mit allen Konsequenzen russische Staatsbürger geworden seien. Als Gründe für den Appell nennt das Ministerium den Krieg in der Ukraine und die Schließung mehrerer polnischer Generalkonsulate in Russland sowie der damit verbundenen Reduktion des konsularischen Personals. Russland und Polen haben sich einen Schlagabtausch mit der gegenseitigen Schließung diplomatischer Vertretungen geliefert. Davon betroffen ist auch das polnische Generalkonsulat in Königsberg. Bürger, die Visa oder sonstige offizielle Dokumente benötigen, müssen mit Unannehmlichkeiten rechnen. MRK



Chips und Daten als Rohstoff des 21. Jahrhunderts

Bild: wccftech.com

DEUTSCHLAND ALS VERLIERER

Neuer Nvidia-Chip-Deal mit weitreichenden Folgen

Chips gegen Rohstoffe – die USA geben die strategische Technologiekontrolle ab und gewähren China mehr temporären Entwicklungsspielraum

VON CHRISTIAN RUDNITZKI

Die US-Regierung hat entschieden, dem Tech-Konzern Nvidia erneut den Export spezieller KI-Chips des Typs H20 nach China zu erlauben. Diese Chips sind abgeschwächte, aber weiterhin leistungsfähige Varianten von Hochleistungsprozessoren, die für Anwendungen im Bereich Künstlicher Intelligenz (KI) entscheidend sind. Im Gegenzug sichert China der US-Seite erneut die Lieferung seltener Erden zu – kritische Rohstoffe, die für Hightech-Produkte wie Chips, Sensoren und Batterien unverzichtbar sind.

Was wie ein pragmatischer Handelsaustausch erscheint, ist in Wahrheit ein geopolitischer Wendepunkt: Die USA geben ein Stück strategische Kontrolle ab. Und für Europa offenbart sich in diesem

Moment die eigene technologische Ohnmacht, was nicht so sein müsste.

Ungleiche Systemlogiken

Nvidia, einst ein Nischenhersteller für Grafikkarten, ist heute zentraler Akteur der Chipindustrie und gilt als das Rückgrat der globalen KI-Infrastruktur. An der Spitze steht Jensen Huang – Mitgründer, CEO und gebürtiger Taiwanese. Symbolhaft steht er im Technologiekrieg zwischen den Blöcken. Mit dem Deal verlieren die USA nämlich die Technologiekontrolle, China dagegen gewinnt Entwicklungsspielraum. Der Deal ist also kein fairer Austausch, sondern ein Tausch zwischen ungleichen Systemlogiken: auf der einen Seite Marktpragmatismus und kurzfristige Lieferinteressen, auf der anderen strategische Staatsplanung mit langfristigem Machtanspruch. Die Folgen

reichen womöglich weiter, als viele in Deutschland oder Europa derzeit wahrnehmen.

Die USA haben mit dieser Entscheidung ein neues Kapitel in der geopolitischen Ordnung aufgeschlagen. Während Nvidia wirtschaftlich profitiert und China technologisch partiell wieder Zugriff erhält, wird deutlich: Technologie ist verhandelbar geworden – gegen Rohstoffe, gegen Einfluss, gegen Zeit. Dies bestätigt auch die These, dass „Chips und Daten der Rohstoff des 21. Jahrhunderts“ sind.

Einst waren die US-Chip-Exportkontrollen als sicherheitspolitisches Instrument gedacht – um Chinas militärischen und autoritären Machtaufbau mit westlicher Hochtechnologie zu verlangsamen. Nun aber wird dieses Instrument preisgegeben. Nicht vollständig, aber spürbar. Und damit geht ein Teil jenes strategi-

schon Druckpotentials verloren, das der Westen bislang im Systemwettbewerb gegen China aufbauen konnte.

Natürlich lässt sich argumentieren, dass der H20-Chip eine abgeschwächte Version leistungstärkerer Modelle darstellt, dass die USA also noch immer die Zügel in der Hand halten. Doch darin wohnt ein gefährlicher Irrtum inne: Wer sich auf technologische Abstufungen verlässt, verlässt sich auf einen Gegner namens KP China, der Nachahmung zur Staatsdoktrin gemacht hat.

Was aber hat das mit Deutschland zu tun? Europa verfügt in der entscheidenden Technologiefrage – Künstliche Intelligenz und Hochleistungs-Chips – über keine eigene Chipproduktion, noch über eigene GPU-Architekturen, noch über relevante KI-Plattformen. Der einzige geopolitisch wirksame Akteur Europas in diesem Feld heißt ASML – und auch dieses Unternehmen ist tief in globale Abhängigkeiten eingebunden. ASML ist weltweit der einzige Hersteller von EUV-Lithographiemaschinen, die für die Produktion modernster Halbleiter unverzichtbar sind. Ohne diese Technologie wären weder Hochleistungsprozessoren noch aktuelle KI-Beschleuniger überhaupt herstellbar – nicht in Taiwan, nicht in Südkorea und auch nicht in den USA.

Dennoch kann Europa in dieser Frage keinen Einfluss nehmen. Es ist sowohl bei KI-Hardware als auch bei Seltenen Erden auf das „Wohlwollen“ und die strategischen Ziele anderer Mächte angewiesen. Europa kann nur bitten und hoffen. Ein blinder Fleck – riesig, folgenreich und bis heute unbegriffen.

EU als Zuschauer ohne Plan

Dadurch wird die EU zunehmend zum Objekt eines strategischen Spiels, dessen Regeln andere schreiben. Der Deal zwischen den USA und China ist ein Signal: Technologische Souveränität ist keine Selbstverständlichkeit mehr – sie ist zur Verhandlungssache geworden. Wer mitspielen will, muss etwas zu bieten haben.

Dabei könnte Europa – bei kluger politischer Führung – gerade in dieser Spannung seine eigene Rolle finden. Im klassischen Sinne des Sprichworts: Wenn zwei sich streiten, freut sich der Dritte. Doch statt eigene Standards zu setzen, strategische Allianzen zu schmieden und eine digitale Außenpolitik zu entwickeln, wirkt Europa wie ein Zuschauer ohne Plan – während auf der Bühne Weltgeschichte verhandelt wird. Genau dieser Eindruck wurde durch die ergebnislosen EU-China-Verhandlungen in Peking auf erschreckende Weise erneut bestätigt.

RUSSLAND

Grenzenlose Kontrolle über das Internet

Mit einer Gesetzesänderung wird die Suche nach „extremistischen“ Begriffen unter Strafe gestellt

Umgerechnet zwischen 30 und 50 Euro Strafe sollen russische Internetnutzer zahlen, wenn sie bei der Suche nach „extremistischen“ Inhalten im Internet erwischt werden. Das sieht eine Gesetzesänderung vor, welche die Duma verabschiedet hat. Sie soll am 1. September in Kraft treten.

Die Ankündigung der Gesetzesänderung hat für Unmut in Russland gesorgt, nicht nur in der Zivilgesellschaft, sondern auch bei Duma-Abgeordneten, Medienfachleuten, IT-Spezialisten und Journalisten, denn schon harmlose Sucheangaben wie „Grundlagen des Islam“, „Der Weg zum Glauben“ oder „Republik“ könnten Internet-Nutzern zum Verhängnis werden.

Kaum, dass das Thema in der Öffentlichkeit für Aufregung sorgte, versuchten Duma-Abgeordnete, die besorgten Kritiker mit der Aussicht auf Änderungen in der

Formulierung zu beruhigen. Von der Regierungspartei Einiges Russland hieß es, dass es in dem Gesetz lediglich um die gezielte Suche nach extremistischem Material im Internet gehe. Jemand, der zufällig auf solches stoße, haben nichts zu befürchten. Weiter hieß es, dass die Nutzung von VPN-Kanälen nicht verboten sei und dass man auch die in Russland verbotenen Social-Media-Plattformen Instagram und X nutzen könne, da die Überwachung des Browsers nur mit richterlichem Beschluss und einem Verfahren erlaubt sei.

Diese Erklärungen verfehlen jedoch ihre Wirkung. Allgemein wird beklagt, mit welcher Schnelligkeit das Gesetz durchgewinkt wurde, dass die Öffentlichkeit von jeder Diskussion darüber ausgeschlossen war, und dass der Staat die totale Kontrolle über das Internet wolle. Die oppositionelle

Journalistin Xenia Sobtschak wirft den Parlamentariern vor, heimlich Änderungen an der Gesetzgebung vorzunehmen.

Die Leiterin der „Liga für sicheres Internet“, Jekaterina Misulina, sieht in der Verschärfung Willkür, da niemand mehr überblicken könne, was gerade erlaubt oder verboten sei. Alexej Kurinnij, Duma-Abgeordneter der Kommunistischen Partei, stimmte gegen das Gesetz. Er kritisiert, dass zahlreiche Kleinunternehmer, die auch über VPN-Kanäle ihre Waren und Dienstleistungen anbieten, um ihren Lebensunterhalt gebracht werden könnten, wenn man sie ständig mit Strafen überziehe. Eva Merkatschewa, Mitglied des Menschenrechtsrats der Russischen Föderation, sieht in dem Gesetz einen klaren Verstoß gegen die Menschenrechte. Täglich gelangten neue Begriffe auf die

Verbotsliste. Das sei Irrsinn. Wer morgens etwas im Netz suche, könne mittags schon nicht mehr sicher sein, ob er sich nicht strafbar gemacht habe. Das erschwere Wissenschaftlern, Rechtsanwälten und Journalisten ihre Arbeit.

Selbst die Kreml-treue Propagandistin des Fernsehsenders „Russia Today“ (RT), Margarita Simonjan, hofft auf eine Korrektur, da es mit der Gesetzesänderung unmöglich werde, „verschiedene extremistische Antikorruptionsstiftungen zu stigmatisieren“. Damit führt die feurige Anhängerin des Putin-Regimes die Absurdität des Vorhabens deutlich vor Augen: Ein Gesetz, das jede Opposition im Keim ersticken soll, führt am Ende dazu, dass Gegner nicht mehr so leicht öffentlich angeprangert werden können.

Manuela Rosenthal-Kappi

VON HAGEN RITTER

Noch zum Jahresanfang hat die EU-Kommission ein vehementes Vorgehen gegen die Bürokratie angekündigt. Dessen ungeachtet produziert Brüssel speziell für den Automarkt aber immer neue Ideen für zusätzliche meist völlig abstruse Vorschriften. Ziel ist es offenbar, den Verkauf von Neuwagen anzukurbeln.

Seinerzeit noch weitgehend von der Öffentlichkeit unbemerkt, hatte die EU-Kommission bereits im Juli 2023 einen Regelungsvorschlag vorgelegt, der tiefgreifende Änderungen für den Gebrauchtwagenmarkt und das Recycling von Altfahrzeugen vorsieht. Am 17. Juni 2025 haben nun auch die EU-Umweltminister eine gemeinsame Position zur Altfahrzeugverordnung beschlossen. Laut der neuen EU-Richtlinie sollen Verkäufer bereits ab 2026 einen Nachweis erbringen, dass ihr zum Verkauf angebotenes Fahrzeug kein „Altauto“ ist. Der Nachweis soll nach den Vorstellungen der EU-Umweltminister durch eine Bescheinigung der Hauptuntersuchung oder durch ein Gutachten eines unabhängigen Kfz-Sachverständigen erfolgen. Ohne den Nachweis soll künftig weder eine Ummeldung noch ein Export von Gebrauchtwagen möglich sein. Ausgenommen sind angeblich nur rein private Verkäufe, die ohne Nutzung von Online-Marktplätzen zustande kommen.

Offiziell begründet wird das Vorhaben von der EU mit der Absicht, illegale Fahrzeugexporte zu unterbinden, das Materialrecycling zu stärken und die Verantwortung der Hersteller auszuweiten. Sehr kritische Töne dazu kommen von Bayerns Verkehrsminister Christian Bernreiter (CSU): „Eine Nachweispflicht würde neue Kosten für die Bürger und mehr Aufwand für die Behörden bedeuten, aber keinerlei Mehrwert schaffen. Es reicht! Brüssel sollte beim Abbau von Bürokratie Vollgas geben und bei Eingriffen in die Eigentumsrechte auf die Bremse treten!“

Nur noch E-Autos kaufen

Ebenfalls auf den Gebrauchtwagenmarkt zielt eine Idee der EU-Kommission ab, die im Mai bekannt wurde. Dabei geht es um die Einführung einer jährlichen Pflichtinspektion für Autos, die älter als zehn Jahre sind. In Deutschland sind dies laut ADAC mehr als 23,4 Millionen Pkw. Nach Angaben des Automobilclubs liegt der Anteil solcher Autos bei 47,1 Prozent. Offiziell begründet die EU-Kommission ihren Vorstoß mit dem Ziel, die Zahl der Verkehrsunfälle und der Unfallopfer zu senken. Aus Sicht des ADAC würde eine jährliche Hauptuntersuchung jedoch einen hohen Aufwand bedeuten, ohne dass ein relevanter Sicherheitsgewinn nachweisbar wäre.



Auch wenn die Verbraucher es nicht wollen: Die EU drängt auf die E-Mobilität trotz extrem zu wenig Ladestationen

UMKÄMPFTER MARKT

Noch mehr Bürokratie statt versprochener Entlastung

Neben neuen Vorschriften und bürokratischen Regelungen zwingt Brüssel Firmen und Verbraucher zunehmend zum Kauf von E-Autos

Nach Angaben des Clubs verursachen technische Mängel weniger als ein Prozent der tödlichen Unfälle.

Jetzt aber wurde bekannt, dass die EU-Kommission ein Vorziehen des Verbrennerverbots für Dienstwagen und Leihautos vorbereitet. Demnach sollen Mietwagenanbieter und Firmen aus „Klimaschutzgründen“ verpflichtet werden, bereits ab 2030 nur noch E-Autos zu kaufen. Von der Maßnahme wären 60 Prozent des Neuwagengeschäfts betroffen.

Nico Gabriel, Vorstandsmitglied beim Mietwagenanbieter Sixt, warnt: „Urlauber werden kaum noch Mietwagen nutzen, Verbraucher werden praktisch keine Fahrzeuge mehr leasen können.“ Grund: die immer noch sehr niedrige Zahl von Ladestationen in Europa. „Die Kommissionsbeamten sollten Brüssel mal verlassen

und Urlaub in Kroatien, Bulgarien oder Griechenland machen – dort gibt es im ganzen Land so viele Lademöglichkeiten wie in einer deutschen Großstadt“, so der Sixt-Vorstand.

Luxusautos in Chinas Steuervision

Auch die Präsidentin des Verbands der deutschen Automobilindustrie, Hildegard Müller, wies darauf hin, dass fast 60 Prozent aller Ladepunkte in der EU auf nur drei Länder entfallen: Deutschland, Frankreich und die Niederlande. Hamburg habe beispielsweise mehr Ladepunkte als die Slowakei oder Bulgarien.

Derweil spitzt sich die Lage der europäischen Autobauer zu: Der von der EU vorgeschriebene Umstieg auf E-Mobilität erfordert gewaltige Investitionen. Gleichzeitig brechen die Verkaufszahlen und da-

mit die Gewinne weg. Auf fast allen großen europäischen Automärkten ist der Absatz 2024 gesunken. Zusätzlich sorgt die Zollpolitik von US-Präsident Trump für Belastungen. Auch Chinas Finanzministerium hat vor Kurzem eine Änderung der Steuerregelung für Luxusautos mitgeteilt. Mit der Neuregelung wurde die Grenze, ab der die Luxussteuer fällig wird, von bisher 1,3 Millionen Yuan (etwa 154.000 Euro) auf 900.000 Yuan (etwa 107.000 Euro) herabgesetzt.

Autoexperte Ferdinand Dudenhöffer prognostiziert, dass die Regelung an deutschen Herstellern von Premiumfahrzeugen nicht spurlos vorbeigehen wird. Betroffen sind nämlich mit den großmotorisierten Verbrennern genau die Fahrzeuge, bei denen die deutschen Anbieter in China bislang noch immer die Nase vorn haben.

BETRIEBSKLIMA

Generationenkonflikt am Arbeitsplatz

Eine neue Studie der DAK macht deutlich: Es kann nur gemeinsam gehen

Während Digitalisierung und Fachkräftemangel in aller Munde sind, wächst an anderer Stelle ein unterschätzter Konflikt: der zwischen den Generationen. Jüngere Arbeitnehmer, insbesondere die unter 30-Jährigen, berichten zunehmend von einem angespannten Verhältnis zu älteren Kollegen. Der aktuelle DAK-Gesundheitsreport 2025 zeigt: Die Kluft zwischen den Generationen wird zum Belastungsfaktor – nicht nur für das Betriebsklima, sondern für den gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt.

Jeder vierte Berufstätige in Deutschland erlebt regelmäßig Konflikte zwischen den Altersgruppen. Bei den unter 30-Jährigen liegt dieser Anteil sogar noch höher. Besonders dann, wenn junge Menschen in Teams mit deutlich älteren Kollegen arbeiten, nehmen die Spannungen zu. Fast

die Hälfte der jungen Arbeitnehmer klagt über Missverständnisse, mangelnde Wertschätzung oder subtile Ablehnung. Aus Reibereien werden schnell strukturelle Probleme, die sich auf Motivation, Loyalität und Gesundheit auswirken.

„Die Arbeitszufriedenheit junger Beschäftigter ist deutlich gesunken“, heißt es im Report der gesetzlichen Krankenkasse. Gerade bei der Generation Z führe das als dauerhaft empfundene Missverhältnis von Anspruch und Wirklichkeit zunehmend zu Frust. Während viele junge Arbeitnehmer auf Flexibilität, Sinnorientierung und persönliche Entwicklung setzen, treffen sie in den Betrieben häufig auf starre Strukturen und Misstrauen gegenüber neuen Arbeitsmodellen.

Was steckt hinter diesem Konflikt? Es ist ein Zusammenspiel aus unterschiedli-

chen Werten, Gewohnheiten und Erwartungen. Ältere Mitarbeiter, geprägt von jahrzehntelanger Präsenzkultur und hierarchischem Denken, begegnen dem selbstbewussten Auftreten der Generation Z oft mit Unverständnis. Diese wiederum pocht auf eine oft übertriebene Balance zwischen Leben und Arbeit – und empfindet traditionelle Arbeitsweisen als autoritär. Und beide Seiten sehen sich im Recht. „Nicht das Alter ist entscheidend, sondern die jeweilige Lebensphase“, betont Studienautor Volker Nürnberg. Der Konflikt sei nicht biologisch bedingt, sondern gesellschaftlich erlernt – und damit auch gestaltbar. Die DAK empfiehlt daher generationenübergreifende Teams, offene Dialogformate und gezielte Mentorings, um etwaigen Missverständnissen präventiv vorzubeugen.

In vielen Unternehmen fehlt jedoch ein strukturiertes Konzept für den Umgang mit diesen Spannungen. Stattdessen dominieren Stereotype: Die Jungen gelten als illoyal, die Alten als stur. Führungskräfte tun sich schwer, Brücken zu bauen. Dabei wäre es notwendig, gemeinsame Perspektiven zu schaffen – nicht nur, um die Stimmung im Betrieb zu heben, sondern auch, um der drohenden Spaltung in der Arbeitswelt entgegenzuwirken.

„Wir müssen in den Unternehmen an einer Generationenbrücke arbeiten“, fordert DAK-Vorstand Andreas Storm. Die Potentiale jeder Altersgruppe müssten als komplementär begriffen werden – nicht als Gegensätze. Denn die Herausforderung der Zukunft werde nicht lauten: Alt oder Jung, sondern gemeinsam oder gar nicht. *Peter Entinger*

MELDUNGEN

Gold überholt den Euro

Frankfurt am Main – Infolge der massiven Goldkäufe vieler Zentralbanken rund um die Welt hat das Edelmetall den Euro als zweitwichtigste Reservewährung nach dem US-Dollar mittlerweile abgelöst. Der Anteil des Dollars an den globalen Währungsreserven liegt derzeit bei 46 Prozent. Danach rangiert nun Gold mit 20 Prozent, während der Euro mit 16 Prozent auf Platz drei liegt. Anschließend kommen alle anderen wichtigen Währungen wie das Britische Pfund, der Schweizer Franken, der Japanische Yen und der Chinesische Yuan mit zusammen gerade einmal 18 Prozent. Vor dem Hintergrund der beschleunigten „Entdollarisierung“ erwarten Finanzexperten ein weiteres Absinken des Dollar-Anteils bei den Währungsreserven um rund zehn Prozent. Dagegen könnte der Goldanteil auf 30 Prozent steigen – nicht zuletzt auch aufgrund der Explosion des Goldpreises, durch den die Goldreserven selbst dann an Wert gewinnen, wenn die Zahl der Barren konstant bleibt. *W.K.*

Drei Milliarden zu viel gezahlt

Berlin – Die Bürgergeldempfänger in Deutschland schulden der Bundesagentur für Arbeit (BA) mittlerweile rund 3,25 Milliarden Euro. Der Hauptgrund dafür ist eine systemimmanente Problematik: Bürgergeld wird grundsätzlich am Monatsanfang im Voraus gezahlt. Nimmt dann jemand im laufenden Monat eine Tätigkeit an oder muss Geld zurückzahlen, weil er Einkommen verschwiegen hat oder bei der Schwarzarbeit erwischt wurde, dann entstehen automatisch Forderungen seitens der BA. Dass in solchen Fällen meist keine Rückzahlung erfolgt, resultiert daraus, dass die Schuldner weiterhin Bürgergeld erhalten oder ein Einkommen unter der Pfändungsfreigrenze erzielen, womit der BA die Hände gebunden sind. Dadurch liegt die Tilgungsquote bei den zahlungsgestörten Forderungen gegenüber Bürgergeldempfängern gerade einmal bei 0,96 Prozent. Heißt, die BA erhält von 100 ausstehenden Euro weniger als einen Euro zurück. *W.K.*

E-Akte bleibt ungenutzt

Köln – Die elektronische Patientenakte (ePA) findet Monate nach ihrer Einführung kaum Anwendung. Trotz Millionen angelegter Akten nutzen nur wenige Versicherte das digitale Angebot. Bei der Techniker Krankenkasse sind es nur 750.000 von elf Millionen, bei der AOK 200.000 von 25,8 Millionen. Der Hausärzterverband zeigt sich enttäuscht und macht die Krankenkassen verantwortlich. „Die ePA droht zur Bruchlandung zu werden“, warnte Verbandschef Markus Beier. Die Kassen hätten es versäumt, Versicherte umfassend aufzuklären. Beier kritisierte zudem die aufwendige Registrierung und die fehleranfällige Technik. In den Praxen gebe es viele Probleme beim Zugriff. Die ePA sei in ihrer jetzigen Form „nicht alltagstauglich“. Ohne grundlegende Verbesserungen werde eines der wichtigsten Digitalisierungsprojekte im Gesundheitswesen scheitern. *P.E.*

KOMMENTAR

Wie neutral ist Iustitia in Deutschland?

Anmerkungen zum Aufregertema des Sommers

BURGHARD GIESELER

Dike war in der griechischen Mythologie die Göttin des Rechtes. Sie war eine Tochter des Göttervaters Zeus und der Themis, die ihrerseits die göttliche Weltordnung verkörperte. Die Schwestern der Dike waren Eirene, der Friede, und Eunomia, die gute Rechtsordnung. Allein diese Genealogie sagt schon viel darüber aus, welchen Stellenwert die Griechen dem Recht beimaßen.

Die römische Entsprechung der Dike war die Göttin Iustitia, die seit der Antike – vorzugsweise an Gerichtsbauten – mit einem Schwert in der einen Hand, einer Waage in der anderen und mit verbundenen Augen dargestellt wird. Die Waage und die verbundenen Augen sollen zum Ausdruck bringen, dass die Justiz unvoreingenommen und unbefangen an die ihr vorgelegten Streitfragen herangeht, das heißt die Richter keine vorgefasste Meinung haben, sondern die Argumente der am Prozess beteiligten Parteien nüchtern gegeneinander abwägen und dann auf der Grundlage der bestehenden Gesetze zu einem unabhängigen Urteil kommen.

Gefährdete Unbefangenheit

In dem gegenwärtigen Streit um die Neubesetzung von drei Richterstellen am Bundesverfassungsgericht kann man über die inhaltlichen Positionen der beiden von der SPD nominierten Kandidatinnen Frauke Brosius-Gersdorf und Ann-Katrin Kaufhold gewiss unterschiedlicher Meinung sein. Nicht unterschiedlicher Meinung kann man hingegen darüber sein, dass Richter – vom Amtsrichter in der Provinz bis hin zum Richter am Bundesverfassungsgericht – unbefangen sein müssen.

Indessen haben sich beide Kandidatinnen der SPD zu Fragen, über die sie im Zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichtes maßgeblich mitzentscheiden haben würden, bereits in der Öffentlichkeit klar positioniert. Dies betrifft vor allem das von der SPD angestrebte Verbot der AfD. So hat sich Frau Brosius-Gersdorf am 25. Juli 2025 in der Fernsehsendung „Markus Lanz“ für ein

Verbotsverfahren ausgesprochen („Weil das ein ganz starkes Signal unserer wehrhaften Demokratie ist, dass sie sich gegen Verfassungsfeinde wehrt“). Und nicht minder entschieden tat dies am 18. Juni 2024 Frau Kaufhold in einer Diskussionsrunde im Münchner „Salon Liutpold“. Man muss kein Jurist sein, um erkennen zu können, dass beide SPD-Kandidatinnen in einer zentralen Frage befangen und deshalb für das höchste Richteramt ungeeignet sind.

Zu einem Verbot der AfD kann man so oder so stehen. Eines ist aber in jedem Fall zwingend: dass die Durchführung des Verfahrens über jeden rechtsstaatlichen Zweifel erhaben sein müsste und dass alle Mitglieder des Zweiten Senates, der über den Verbandsantrag zu entscheiden hätte, unbefangen sein müssten. Das alles weiß natürlich auch die SPD. Weshalb also hält sie an ihren Kandidatinnen fest?

Welches Kalkül steckt dahinter?

An dieser Stelle drängt sich ein böser Verdacht auf. Da die SPD, die nach übereinstimmenden Wahlanalysen ihre frühere Stammwählerschaft – die Arbeiterschaft – zu großen Teilen an die AfD verloren hat, auf ihrem letzten Bundesparteitag einstimmig beschlossen hat, ein Verbandsverfahren gegen die AfD anzustreben, und kurz danach für das Bundesverfassungsgericht Kandidatinnen nominierte, die genau ein solches Ansinnen befürworten, liegt der Verdacht nahe, dass die SPD auf diese Weise einen unliebsamen Konkurrenten aus dem Wege räumen will.

Wenn dies zuträfe, handelte es sich um einen schweren Anschlag auf den demokratischen Rechtsstaat. Und wie so oft in der neueren Geschichte käme ein solcher Angriff auf die Demokratie dann von denjenigen, die vorgeben, die Demokratie retten zu wollen.

● **Burghard Gieseler** war von 2004 bis 2015 Landesvorsitzender des Niedersächsischen Altphilologenverbandes sowie von 2016 bis 2024 Vorsitzender der Kreisgemeinschaft Osterode Ostpreußen e.V.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,
Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Juli 2024:

Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 4,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konto: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADE33XXX

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Büro: info@ostpreussen.de



Es wird eng für die Automobilindustrie, die zunehmend personell zum Kanonenfutter der Rüstungsindustrie wird

KOLUMNE

Vom Motor zum Marsch

CHRISTIAN RUDNITZKI

Was war zuerst da – die Henne oder das Ei? Übertragen auf die deutsche Wirtschaft heute stellt sich die Frage: Was kam zuerst – der Niedergang der Autoindustrie oder die Wiederbelebung der Rüstungsindustrie? Seit dem russischen Überfall auf die Ukraine im Februar 2022 hat sich Europas sicherheitspolitische Lage grundlegend verändert. Sicherheit, Abschreckung und militärische Schlagkraft bestimmen die Agenda. Bundeskanzler Friedrich Merz formulierte kürzlich das Ziel: Deutschland solle „die stärkste konventionelle Armee Europas“ stellen. Parallel dazu gerät die Autoindustrie – einst das Rückgrat des deutschen Wohlstands – zunehmend ins Hintertreffen. Der Übergang zur Elektromobilität, internationale Konkurrenz, Lieferprobleme und ein dichtes Netz an Regulierungen setzen die Branche seit Jahren unter übermäßigen Druck.

In diesem Spannungsfeld lässt sich ein stiller, aber bedeutsamer Trend beobachten: Immer mehr Führungs- und Fachkräfte wechseln von der Automobil- in die Rüstungsindustrie. Auf Karrierenetzwerken wie LinkedIn tauchen Namen von Spitzenmanagern aus der Automobilbranche bei Rheinmetall, KNDS Deutschland oder Diehl Defence auf. Auch bei der RENK Group AG, einem führenden Anbieter militärischer Antriebssysteme, zeigt sich dies: So wurde im Frühjahr 2024 Emmerich Schiller von Mercedes-Benz in den Vorstand berufen. Auf Anfrage des Senders ntv lässt man verlauten: „Gerade mit Blick auf die Skalierung von Produktionskapazitäten setzt Renk auch auf Know-how aus dem Automobilsektor.“

Mit kluger Rekrutierungsstrategie

Und der Cross-over zur Kriegswirtschaft lässt sich weiter belegen: Der Rüstungselektronik-Hersteller Hensoldt hat begonnen, hochqualifizierte Mitarbeiter aus der Autozulieferbranche einzustellen. Personalvorstand Lars Immisch, bestätigte in einem „Table Media“-Interview zu Beginn des Jahres, dass bis zu 200 Fachkräfte von Continental und Bosch übernommen werden sollen. Er erklärte: „Seit Ausbruch des Kriegs in der Ukraine haben wir unsere Belegschaft pro Jahr in einem vierstelligen Bereich gesteigert.“ CEO Oliver Dörre äußerte sich gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters klipp und klar: „Wir profitieren von den Schwierig-

keiten der Autoindustrie“ – und führt nach eigenen Angaben bereits Gespräche über weitere Übernahmen ganzer Zulieferstrukturen. Auch Rheinmetall verfolgt eine Rekrutierungsstrategie: Dem defizitären Conti-Bremsenwerk in Gifhorn wurde angeboten, rund 100 Beschäftigte in die Munitionsproduktion zu übernehmen. Der Rüstungskonzern geht noch weiter: In Neuss wird ein ehemals ziviles Automobilwerk für die Fertigung von militärischen Satellitenkomponenten genutzt – in Kooperation mit dem finnischen New-Space-Anbieter ICEYE. Parallel wird die Nutzung des VW-Werks in

nahezu perfekt übertragen. Die zentralen Akteure dieser Bewegung – allen voran die Rüstungskonzerne – profitieren nicht nur von der Krise der Autoindustrie, sondern auch von den massiven staatlichen Investitionen in den Verteidigungssektor. Die Signale sind klar: Der wirtschaftliche Strukturwandel ist in vollem Gange – jedoch nicht primär in Richtung Klimaneutralität oder Digitalisierung, wie politisch oft behauptet, sondern hin zu einer neuen militärisch-industriellen Normalität.

Diese Entwicklung ließe sich als pragmatische Reaktion auf eine veränderte geopolitische Lage deuten – und das ist sie auch, zumindest in weiten Teilen. Doch unbequeme Fragen bleiben: Warum gibt es keine gleichwertige Anstrengung zur Revitalisierung der zivilen Industrie? Ist es wirklich sinnvoll, Talente und Ressourcen stillschweigend von einer Branche in die andere zu verlagern – weg vom freien Markt, hin zu einem staatlich oder gar überstaatlich (EU) gesteuerten, auf Rüstungsaufträge fokussierten Sektor? Warum werden nicht beide Bereiche gleichermaßen gestärkt?

„Wir profitieren von den Schwierigkeiten der Automobilindustrie“

Oliver Dörre
CEO Hensoldt

In eine Richtung gedrängt

Neben dem Automobilsektor geraten zunehmend auch der Maschinenbau, die Pharmaindustrie und die Bauwirtschaft unter strukturellen Druck – vor allem infolge strategischer Versäumnisse in der deutschen Industrie- und Wirtschaftspolitik. All dies vollzieht sich scheinbar alternativlos. Doch es handelt sich nicht um eine bloße Verschiebung von Prioritäten, sondern um eine gefährliche Verengung auf den militärischen Bereich. Und solche Verengungen führen in komplexen Gesellschaften – wenn sie nicht bewusst ausgeglichen werden – historisch oftmals in die Eskalation.

Der US-Schriftsteller Philip K. Dick beantwortete die Frage „Henne oder Ei?“ einst mit dem Satz: „Das Potentielle vor dem Tatsächlichen.“ Und er meinte das nicht nur biologisch, sondern metaphysisch. Die deutsche Industrie steht im Jahr 2025 genau an dieser Schwelle: im Übergang vom Potentiellen zum Tatsächlichen. Nicht weil sie von sich aus Krieg spielen will – sondern weil die politischen Rahmenbedingungen sie darauf festlegen. Das geistige Vakuum, das diese Unentschiedenheit hinterlässt, wird vom Logiksystem der Rüstung gefüllt. Wer glaubt, mit diesem dicken Ei einfach weitermachen zu können wie bisher, hat nicht verstanden, was darin heranwachsen kann.

Dänischer Märchenonkel

Vor 150 Jahren starb Hans-Christian Andersen – Odense feiert den Dichter mit einem über drei Monate andauernden Fest

VON ANDREAS GUBALLA

Odense ist mit rund 180.000 Einwohnern die drittgrößte Stadt Dänemarks und für viele Reisende vor allem durch eine Persönlichkeit bekannt: Hans Christian Andersen (1805–1875), der mit Märchen wie „Die kleine Meerjungfrau“, „Des Kaisers neue Kleider“ oder „Das hässliche Entlein“ weltberühmt wurde.

2025 steht die Stadt ganz im Zeichen ihres bekanntesten Sohnes. Unter dem programmatischen Titel „Andersen Forever“ verwandelt sich die Heimatstadt Andersens in ein kulturelles Gesamtkunstwerk. Besucher erwartet ein dichter Veranstaltungsreigen aus Theater, Musik, Performances, Ausstellungen, Podcastreihen, Straßentheater und urbanem Blumenzauber. Dieses Feuerwerk kreativer Fantasie soll das Vermächtnis des Dichters lebendig halten.

Wer heute durch Odense schlendert, begegnet Andersen nicht nur als Statue oder Museumsfigur – er ist Teil des kollektiven Gedächtnisses der Stadt. Es ist Grund genug, einen genaueren Blick auf das Leben des Schriftstellers zu werfen, der wie kaum ein anderer Dänemark literarisch geprägt hat.

Andersen wurde am 2. April 1805 in Odense als Sohn eines Schuhmachers und einer Wäscherin geboren. Früh entwickelte er eine lebhaft Phantasie, inspiriert von Theaterbesuchen und Volksmärchen. Seine Kindheit war von Armut und Unsicherheit geprägt – Erfahrungen, die viele seiner Figuren, etwa das hässliche Entlein oder die kleine Meerjungfrau, symbolisch verarbeiten.

Mit 14 Jahren zog er nach Kopenhagen, versuchte sich zunächst als Sänger und Schauspieler, bevor ihn Förderer wie der Direktor des Kopenhagener Königlichen Theaters, Jonas Collin, unterstützten. Ein königliches Stipendium ermöglichte Andersen den Weg zur Bildung. 1835



Schmilzt vor sich dahin: Eine der vielen Andersen-Statuen in Odense

Bild: imago/Depositphotos

erschien seine erste Märchensammlung, mit der sein literarischer Aufstieg begann. Es folgten über 150 Märchen, Romane und Reiseberichte – heute Teil des internationalen Kulturerbes.

Zwischen 1830 und 1873 reiste Andersen durch ganz Europa, traf Persönlichkeiten wie Charles Dickens oder Victor Hugo und wurde an vielen Fürstenthöfen empfangen. Trotz weltweiter Anerkennung empfand er sich oft als Außenseiter – sensibel, unverheiratet, innerlich zerrissen. Auch das Verhältnis zu Dänemark war ambivalent.

Andersen starb am 4. August 1875 in Kopenhagen. Auf seinem Grabstein steht: „Der Name des Dichters lebt in seinen

Werken.“ In Odense würdigt man ihn heute nicht nur als Literaten, sondern auch als komplexe Persönlichkeit – im Zentrum des Jubiläumjahres 2025 steht nicht der Mythos, sondern der Mensch Andersen.

Den Einstieg, diesen Menschen kennenzulernen, bietet das H.C.-Andersen-Hus, ein mehrfach ausgezeichnetes Museum, das Andersens Leben und Werk auf moderne Weise interpretiert. Statt klassischer Vitrinen setzen die Kuratoren auf eine immersive Erlebniswelt, in der Architektur, Licht, Klang und interaktive Medien zusammenspielen. Der japanische Architekt Kengo Kuma hat das Gebäude mit organisch geschwungenen Linien und

Gartenanlagen entworfen. Das Museum ist nicht nur ein Ort der Biographievermittlung, sondern auch ein Raum für Fragen nach Vorstellungskraft, Sprache und Identität – alles zentrale Themen in Andersens Werk.

Gleich nebenan liegt das Kindheitshaus des Dichters, in dem Andersen ab dem zweiten Lebensjahr mit seiner Mutter lebte. Die schlichte Einrichtung, die engen Gassen der Altstadt und die Nähe zur früheren Gerberei vermitteln einen authentischen Eindruck vom sozialen Umfeld des Dichters. Ein lohnenswerter Spaziergang führt von hier durch die restaurierte Altstadt bis zur St.-Knudskathedrale, in deren Nähe der junge An-

dersen seine ersten literarischen Träume entwickelte. Auf dem Weg dorthin kann man einem sogenannten Audiowalk oder einem Street-Art-Intermezzo begegnen. Sie sind Teil eines Stadtlabors, das Geschichten Andersens kreativ in den urbanen Raum verwebt.

Das Herzstück des Gedenkjahres aber ist die Veranstaltungsreihe „Andersen Forever“, die noch bis zum 30. September läuft. Ziel ist es laut Veranstalter, das Erbe Andersens nicht museal, sondern lebendig zu vermitteln. Das Programm setzt auf künstlerische Vielfalt und die Verbindung von Literatur, Stadtleben und Gegenwartskunst. Es richtet sich gleichermaßen an Familien, Kulturinteressierte und internationale Besucher.

Höhepunkt ist das Freilufttheaterstück „The Phoenix“, eine Produktion der niederländischen Gruppe Close-Act Theatre. Das Stück bringt mit Musik, Tanz und artistischer Luftakrobatik Andersens Erzählung vom Phönix auf die Straße.

Mehrere Plätze in der Innenstadt werden am Abend durch Lichtinstallationen und Projektionen bespielt. Auch kleinere Konzerte – etwa im Innenhof des Museums oder auf temporären Bühnen – gehören zum Programm.

Zum 25. Jubiläum des Odense Flower Festivals werden Blumenarrangements in der gesamten Innenstadt mit Motiven aus Andersens Märchen kombiniert. Diese Verbindung von urbaner Gestaltung und Literatur gehört zu den Besonderheiten des Programms.

Lesungen, Schreibkurse, offene Bühnenformate und Begegnungen mit Künstlern vor Ort laden zum Dialog ein. Für viele Teilnehmer könnte damit ein (Andersen-)Märchen wahr werden.

● Viele Programmpunkte sind kostenlos zugänglich. Für den Besuch der Hauptveranstaltungen empfiehlt sich eine Voranmeldung. Infos unter der deutschsprachigen Internetseite: www.visitodense.de

AUSSTELLUNG

Ein Fest der Farben und Emotionen

Publikumsliebbling Marc Chagall in der Kunstsammlung NRW-K20

Schwebende Liebespaare, farbige Kühe und immer wieder Fiedler – in zahlreichen Gemälden sind sie das Marken- oder Erkennungszeichen des Künstlers Marc Chagall (1887–1985).

Seine Gemälde sind farbenfroh, bisweilen auch grell-bunt, zeigen phantastische, ja surreale Bilderwelten. Viele Betrachter bezeichnen die Chagallschen Werke als Traumwelten, manche sehen in ihnen aber auch eine besonders gelungene Art von Kitsch.

Beliebt ist der russisch-französische Künstler allemal. Kunstdrucke seiner Werke hängen als Poster in vielen Privatwohnungen. Auch in öffentlichen Gebäuden, in Opernhäusern, Kirchen und Synagogen hat Chagall Bühnenbilder, Glasfenster oder Deckengemälde gestaltet. Den Maler könnte man heute, 40 Jahre nach seinem Tod, als „Everybody's darling“ (Liebling aller) in der Kunstwelt bezeichnen. Das belegen die 500.000 Besucher der Chagall-Ausstellung in der Albertina in Wien. In Düsseldorf wurde vier Wochen vor Ende einer Chagall-Schau die 100.000er-Marke überschritten.

Wer ist dieser Marc Chagall, der 1985 im Alter von beinahe 98 Jahren starb? Und was macht seine Kunst so faszinierend, dass er als das „Wunderkind der Moderne“ bejubelt wurde – und weiterhin wird?

In Düsseldorf werden rund 120 Werke Chagalls gezeigt. Der Schwerpunkt liegt auf den frühen Jahren seines Schaffens in der Zeit von 1910 bis 1923.

Als Moische Chagall kam der Künstler am 6. Juli 1887 in Witebsk (heute Weißrussland) im damaligen Kaiserreich Russland zur Welt. Er war das älteste von neun Kindern einer jüdisch-orthodoxen Familie. Chagall sprach Jiddisch, erst in der Schule lernte er Russisch. 1906 kam er nach St. Petersburg, der Hauptstadt des Zarenreichs. Dort lernte er Künstler, Kunstsammler und Mäzene kennen. Und auch seine spätere Frau Bella (Rosenfeld), die er 1915 heiratete und der er zahlreiche seiner Gemälde widmen wird.

Der Umzug nach Paris, der „Welthauptstadt der Künste“, im Jahr 1911 markiert den bedeutendsten Wendepunkt in Chagalls Leben. Aus „Moische“ wird „Marc“, und der Kontakt zu den einfluss-

reichen Künstlern und Kunstrichtungen jener Zeit lässt ihn an seinem Stil experimentieren. Wie die Fauvisten (die „brutalen Wilden“) greift Chagall zu grellen Farben. Der Kubismus beeinflusst seine Malweise zeitweilig. Wie die Surrealisten verband er Realität und Traumhaftes, malte

Mischwesen, ließ Menschen und Tiere schweben und entthob sie so der Erdschwere. Chagalls Kompositionen, schwärmte der Schriftsteller Guillaume Apollinaire, seien „surnatural“ (übernatürlich). Die immer wieder auftauchenden Figuren – Liebespaare, Tiere, Fiedler, ein Kirchturm – sind allerdings reale Erinnerungsrelikte aus seiner jüdisch geprägten Heimatstadt Witebsk.

1913 stellte er im „Salon der Unabhängigen“ erstmals drei Werke aus. Der Berliner Galerist Herwarth Walden brachte Chagall-Bilder im selben Jahr nach Berlin und präsentierte im April 1914, also rund sechs Monate vor Beginn des Ersten Weltkriegs, die erste Einzelausstellung des jungen Künstlers mit 40 Gemälden und 160 Zeichnungen.

Von Berlin aus reiste Chagall weiter nach Witebsk. Aus dem geplanten Kurzbesuch in der Heimat wurde wegen Weltkrieg und Oktoberrevolution ein acht Jahre dauernder Aufenthalt. Er nutzte die Zeit: 1915 Heirat, 1916 wurde seine Tochter Ida geboren, 1918 wurde er Kunstkommissar der Region in der von Revolutionä-

ren regierten Sowjetrepublik Russland. Ab 1919 leitete er die neue Kunsthochschule Witebsk, wo es aber zu Zerwürfnissen mit anderen Künstlern kam.

Nach der Ausreise 1922 landete Chagall zunächst wieder in Berlin. Der Verkaufserlös seiner Bilder in der Walden-Galerie war jedoch durch die Inflation inzwischen zunichte gemacht. Im Spätsommer 1923 kehrte die Familie Chagall zurück nach Paris.

Als bekannter Künstler erhielt Chagall zahlreiche Aufträge und 1937 auch die französische Staatsbürgerschaft. Wegen der Besetzung Frankreichs durch die Nationalsozialisten flüchtete die Familie Chagall 1941 in die USA. 1948 Rückkehr nach Frankreich. 37 Jahre blieben Chagall noch bis zum Tod am 28. März 1985.

Siegfried Schmidtke

● „Chagall“, bis 10. August in der Kunstsammlung NRW / K20, Grabbeplatz 5 in Düsseldorf, geöffnet täglich außer montags von 11 bis 18 Uhr, Eintritt: 16 Euro. Der Katalog kostet 39,90 Euro www.kunstsammlung.de



Traumhaft entschwebt: Chagalls „Liebespaar mit rotem Hahn“, 1956–1965

BILD: PHOTOMONTAGE COURTESY SAMUEL BOURGAINTE GALERIE, © VG BILD-KUNST/BONN 1024

PREUSSEN

Grablege von Königshefrau wiederentdeckt

Bei Sanierungsarbeiten in der Schlosskirche Berlin-Buch haben Archäologen möglicherweise das Grab von Julie von Voß, der zweiten Ehefrau des Preußenkönigs Friedrich Wilhelm II., entdeckt. Bislang war unbekannt, wo genau sich die letzte Ruhestätte der am 25. März 1789 verstorbenen Adligen befindet. Durch schriftliche Quellen war allerdings überliefert worden, dass sie den Wunsch geäußert hatte, in einer Einzelgruft in der Schlosskirche Buch bestattet zu werden.

Bereits am 8. Juli haben Mitarbeiter des Berliner Landesdenkmalamtes in der Schlosskirche Reste eines Prunksargs aus dem späten 18. Jahrhundert freigelegt. „In der rechteckigen, gemauerten und mit Erde verfüllten Gruft fand sich der gut erhaltene, mit zahlreichen vergoldeten Leisten und Medaillons verzierte Holzarg“, so die Beschreibung von Sebastian Heber, Abteilungsleiter beim Landesdenkmalamt Berlin. Die Behörde stuft den Fund als außergewöhnlich ein. Der gefundene Sarg liefert aus Sicht der Denkmal-schützer und Archäologen wertvolle Einblicke in eine herausragende Frauenbestattung am Ende des 18. Jahrhunderts. Das Grab und die Gruft sollen durch Archäologen nach ihrer Erfassung und Dokumentation gesichert, wieder verschlossen und am Originalstandort erhalten werden. Wie das Landesdenkmalamt mitteilte, ist das Grab nicht markiert oder mit einem Grabstein versehen worden. Eine Sprecherin des Landesdenkmalamtes erklärte: „Um absolut sicher zu sein, müsste der Sarg geöffnet und DNA-



Grablege der Juli von Voß

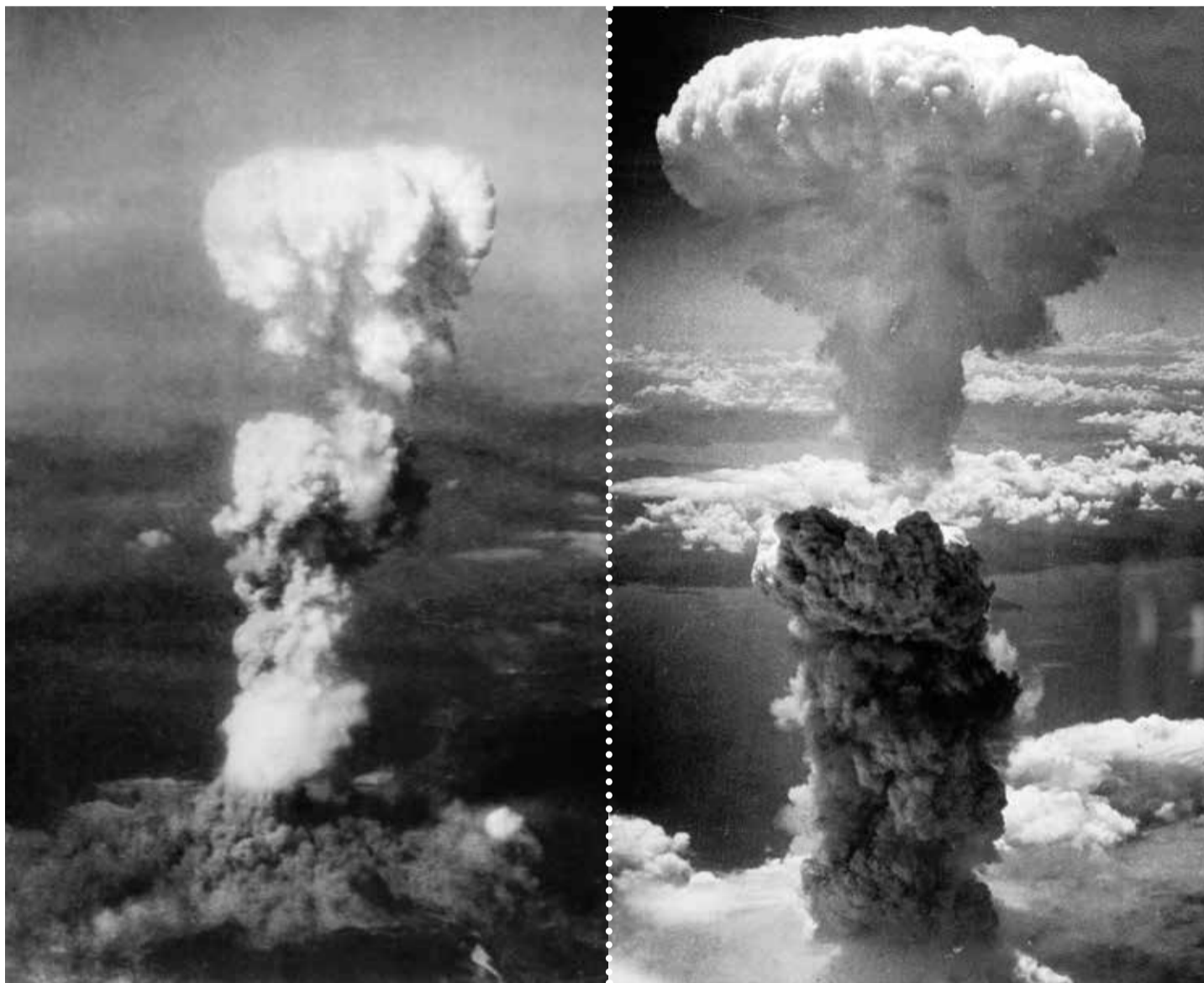
Untersuchungen am Skelett vorgenommen werden.“ Um die Grablege nicht zu stören und weitere Beschädigungen am fragilen Sarg zu vermeiden, ist allerdings die Entscheidung getroffen worden, auf eine DNA-Untersuchung zu verzichten. Art und Lage der Grablege passen jedoch zu den bekannten schriftlichen Quellen. Auch die Verzierung im klassizistischen Stil am Prunksarg deutet auf die Grablege einer wichtigen Persönlichkeit hin.

Julie von Voß wurde 1766 im Schloss Buch geboren. Nachdem sie 1783 Hofdame am Hof von Königin Elisabeth Christine von Preußen geworden war, lernte sie den späteren preußischen König Friedrich Wilhelm II. kennen. Dieser heiratete sie nach Abstimmung mit seiner Ehefrau, Königin Friederike Luise, im Jahre 1787 „in Zweitehe“. Noch im selben Jahr ernannte Friedrich Wilhelm II. seine Ehefrau zur „linken Hand“ zur Gräfin von Ingenheim. Sie starb an den Folgen einer Lungentuberkulose nur zwei Jahre nach der Hochzeit. H.M.

ZWEITER WELTKRIEG

Doppelter Zivilisationsbruch

Warum der Abwurf der US-amerikanischen Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki moralisch nicht zu rechtfertigen ist



Vor 80 Jahren: Die beiden Atompilze von „Little Boy“ über Hiroshima am 6. August 1945 und von „Fat Man“ über Nagasaki drei Tage später (v.l.)

Bilder (2): National Archives and Records Administration

VON BJÖRN SCHUMACHER

Kompromissloser als in Europa setzten die Heeresluftstreitkräfte der USA (USAAF) im Pazifikkrieg auf strategische Flächenangriffe mit Spreng- und Brandbomben. Anfang 1945 zerstörten sie Tokio, Nagoya, Yokohama, Kobe und Osaka. Allein in Tokio starben nach offiziellen Zählungen 83.000, möglicherweise aber bis zu 150.000 Zivilisten. Am 6. und 9. August 1945 folgten zwei Atombombenabwürfe, die bis Ende 1945 in Hiroshima zirka 150.000 und in Nagasaki rund 80.000 Menschen töteten. Unter den Opfern von Nagasaki befanden sich über 8000 koreanische Zwangsarbeiter.

Dass die japanische Kapitulation vom 14. August 1945 mit den Atombombenabwürfen nicht nur zeitlich, sondern auch kausal verknüpft ist, liegt auf Anhieb nahe. Als eigentliche Ursachen seiner militärischen Niederlage gelten aber die Abschnürung Japans von Rohstoffquellen und Nahrungsmittelzufuhr sowie die Dezimierung seiner Seeflotte. Selbst „Area Bombing“-Befürworter Winston Churchill kommt in seinen Memoiren zu keiner anderen Einschätzung: „Die Annahme, Japans Schicksal sei durch die Atombombe besiegelt worden, ist falsch. Die Niederlage war als Folge der überwältigenden maritimen Macht seiner Gegner schon vor dem Abwurf der ersten dieser Bomben eine Gewissheit.“

Haben Hiroshima und Nagasaki den Pazifikkrieg zumindest verkürzt und den USA eine verlustreiche Bodeninvasion der japanischen Hauptinseln erspart? Die Frage lässt sich nicht losgelöst von Josef Stalins Rolle beantworten. Dieser kündigte am 9. August 1945 den japanisch-sowjetischen Neutralitätspakt und ließ die Rote Armee in die seit 1932 von Japan besetzte Mandchurei einmarschieren. Das

musste den Inselstaat umso stärker erschüttern, als Kaiser Hirohito auf eine Vermittlerrolle Stalins gesetzt hatte.

Plausibel erscheint daher eine Kriegsverkürzungsthese mit zwei Kausalfaktoren, von denen jeder einzelne eine notwendige Teilsache der Kapitulation bildet. Historiker Tsuyoshi Hasegawa beschrieb das wie folgt: „Die japanischen Führer wussten, dass Japan den Krieg verlieren würde. Aber Niederlage und Kapitulation sind nicht das Gleiche. Die Kapitulation ist ein politischer Akt. Ohne den Zwillingschock der Atombomben und des sowjetischen Kriegseintritts hätten die Japaner im August 1945 niemals die Kapitulation akzeptiert.“

Was folgt daraus für die brennende Frage nach der moralischen Rechtfertigung des Atomwaffeneinsatzes? Sie muss von vornherein verneinen, wer a) die gezielte Tötung Unschuldiger entweder grundsätzlich für verboten hält oder b) die gezielte Tötung Unschuldiger dann für verboten hält, wenn sie lediglich der Verkürzung eines de facto bereits entschiedenen Krieges dient, oder c) den Einsatz atomarer Waffen grundsätzlich für verboten hält, weil er die Bedingungen der Existenz menschlicher Zivilisation gefährdet.

Stimmt die Kriegsverkürzungsthese?

Jeder andere Moralphilosoph und Völkerrechtler müsste sich fragen, ob die Atombombenabwürfe geeignet, erforderlich und alles in allem verhältnismäßig waren, den Krieg sofort zu beenden und eine größere Zahl anderer Menschen, insbesondere kämpfender Soldaten (auf beiden Seiten), vor dem Tod zu bewahren. Im Kern geht es hier um die Erforderlichkeit beziehungsweise militärische Notwendigkeit. Es hätte aus der Sicht der Amerikaner keine per Saldo Menschenleben schonende Alternative zur Vernich-

tung Hiroshimas und Nagasakis geben dürfen. An dieser Voraussetzung fehlt es aber aus drei Gründen.

Erstens haben die Amerikaner nicht die Bedingungen eines fairen Verhandlungsfriedens ausgelotet, obwohl sie „als ein liberales demokratisches Volk“ den Japanern ein solches Angebot schuldeten (John Rawls, politischer Philosoph und US-Marinesoldat im Pazifikkrieg). Mitte Juli 1945 erwähnte ihr neuer Präsident Harry Truman in seinem Tagebuch ein „Telegramm vom Japenkaiser mit der Bitte um Frieden“. Statt auf diplomatischen Kanälen darüber zu verhandeln, verlangten die Amerikaner am 26. Juli 1945 die bedingungslose Kapitulation und eine das japanische Volk aufwühlende Abdankung des Tenno (zu der es später dann doch nicht kam). Der amerikanische Präsident, so scheint es, wollte im Sommer 1945 keinen Verhandlungsfrieden.

Zweitens hätte Truman den sich anbahnenden Kriegseintritt der Sowjetunion gegen Japan abwarten können. Zahlreiche Experten gingen davon aus, dass eine massive sowjetische Invasion in Japan den Krieg rasch beenden würde. Pikanterweise soll der US-Präsident vor allem deshalb zur Konferenz der Siegermächte Anfang August 1945 nach Potsdam gereist sein, um Josef Stalin zur Kriegserklärung zu bewegen. Nach dessen Zustimmung schrieb Truman euphorisch in sein Tagebuch: „Ab 15. August macht er im Krieg gegen die Japsen mit. Dann sind die Japsen perdu.“

Drittens wurde nicht versucht, die atomare Apokalypse Hiroshimas und Nagasakis durch moralisch unbedenkliche Luftschläge zu vermeiden. Weder haben die USA eine Sprengbombenoffensive gegen militärische Ziele gestartet, deren Vernichtung ebenfalls zu einer raschen Kapitulation hätte führen oder eine viel-

leicht unvermeidbare Invasion zumindest hätte erleichtern können, noch haben sie das Zerstörungspotential der Atombombe über militärischen Zielen fernab von Zivilisten demonstriert. Truman folgte seinem Außenminister James F. Byrnes, der gegen die Empfehlungen fast aller Präsidentenberater den Einsatz der Horrorwaffen gegen unschuldige Menschen durchsetzte.

Warum gleich zwei Abwürfe?

Mindestens ebenso verwerflich wie der Abwurf der Uranbombe „Little Boy“ auf Hiroshima war die Auslöschung Nagasakis mit der Plutoniumbombe „Fat Man“. Warum wurde Japan nach dem ersten Atomschlag keine angemessene Bedenkzeit zur Annahme der Kapitulationsforderung eingeräumt? Die ebenso banale wie beunruhigende Antwort: „Um Stalin und der Welt zu zeigen, dass die erste Bombe nicht die einzige war“ (Florian Coulmas, deutscher Japanologe). Immanuel Kants kategorischer Imperativ: „Handle so, dass du die Menschheit, sowohl in deiner Person als auch in der Person eines jeden anderen, jederzeit zugleich als Zweck, niemals bloß als Mittel brauchst“, wurde in Hiroshima und Nagasaki wie kurz zuvor in Dresden, Pforzheim und Würzburg von einer grauenhaften Instrumentalisierung des Menschen verdrängt. Ein Zivilisationsbruch folgte dem nächsten.

Warum waren Truman und Byrnes auf die atomare Luftkriegsstrategie fixiert? Das Argument, die „Logik des Krieges“ erzwingen den Einsatz verfügbarer Waffensysteme, verfängt schon deshalb nicht, weil US-Militärs, nicht nur innerhalb der USAAF, die Abwürfe von „Little Boy“ und „Fat Man“ strikt abgelehnt hatten. Empört schrieb Admiral William D. Leahy, Vorsitzender der Vereinigten Stabschefs der US-Streitkräfte (JCS): „Der Einsatz dieser barbarischen Waffe in Hiroshima und Nagasaki brachte in unserem Krieg gegen Japan keine materielle Unterstützung. Dadurch, dass wir sie als erste benutzten, machten wir uns den ethischen Maßstab zu eigen, der den Barbaren des finsternen Mittelalters gemein war. Man hat mir nicht beigebracht, Krieg auf diese Weise zu führen; und Kriege kann man nicht dadurch gewinnen, dass man Frauen und Kinder vernichtet.“

Motiviert von einem Atomtest in der Wüste von Nevada am 16. Juli 1945, wollte der US-Präsident die „Kriegsbeute“ Japan im letzten Moment wohl doch nicht mit Stalin teilen. Unterstellen wir zu seinen Gunsten, dass er sich auch als Vertreter von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Pflicht sah. Nach den schlechten Erfahrungen Frankreichs und Großbritanniens mit einer Appeasement-Politik gegenüber Adolf Hitler wollte Truman vielleicht alles aus seiner Sicht Erforderliche tun, um stalinistischen Terror in einem sowjetisch besetzten Japan und eine weitere kommunistische Nachkriegsdiktatur zu verhindern.

Rechtfertigen kann das die Atombombenabwürfe nicht. Weltweit wurden sie als Zäsur empfunden – als Einstieg in den Albtraum von Massentötungen mit den Mitteln der Hochtechnologie. Der Präsident einer den Menschenrechten verpflichteten Demokratie missachtete das Leben unschuldiger Japaner, die er spätestens seit dem Überfall auf die US-Kriegsmarine in Pearl Harbor für „Wilde“ hielt.

Nach dem Krieg versuchte Truman mehrfach, sich als Wohltäter zu inszenieren und mit wilden Spekulationen über die Zahl verschonter US-Soldaten zu rechtfertigen. Am 28. April 1959 behauptete er in einer Rede vor Studenten der Columbia University: „Der Abwurf der Bomben hat den Krieg beendet, Millionen von Leben gerettet.“ Plausible moralische oder kriegsrechtliche Wertungen mit konkreten Folgeabschätzungen, in die auch die vorhersehbare Zahl japanischer Atombombenopfer hätte einfließen müssen, blieb Truman aber schuldig.

VON MANFRED KITTEL

Am 5. August 1950 gaben sich die „erwählten Vertreter von Millionen Heimatvertriebenen“ aus den deutschen Staats- und Siedlungsgebieten im östlichen Europa zu Stuttgart eine „Charta“. Anlass war der fünfte Jahrestag der Potsdamer Konferenz der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges. Dort hatten wenige Monate nach der Kapitulation der NS-Diktatur die führenden Politiker der UdSSR, der USA und Großbritanniens im Artikel XIII eines „Protokolls“ (vom 2. August 1945) die Vertreibung besiegelt und zugleich versucht, dem Vorgang auch noch einen regelbasierten Anschein zu geben. „Ordentlich und human“, wie angekündigt, konnte der Exodus der Deutschen aus dem Osten aber schon wegen seines beispiellosen Umfangs nicht ablaufen. In erster Linie hatte ihn Josef Stalin in Gestalt der „Westverschiebung“ Polens durchgesetzt, um auf den Trümmern von Adolf Hitlers Vernichtungskrieg gegen mehrere östliche Nachbarvölker das (so-wjet-)russische Imperium noch weiter auszudehnen.

Bezieht man in die Bundesarchiv-Zahlen von 1974 die Russlanddeutschen mit ein, hatten im Kontext von Flucht und Vertreibung etwa eine Dreiviertelmillion Menschen allein im Zuge von Gewaltverbrechen ihr Leben verloren. Dennoch stellten die Verfasser der Stuttgarter Charta den Verzicht auf Rache und Vergeltung gleich an den Anfang ihrer prägnanten Botschaft. Hinzu kam das Ziel eines geeinten Europas und die Beteiligung am Wiederaufbau Deutschlands und des Abendlandes. Als weiterer Kernpunkt folgten Sätze, die vor allem eines verdeutlichen: Die Mitarbeit an diesem Wiederaufbau sollte zumindest mittel- oder längerfristig am besten nach Rückkehr in die angestammte Heimat, also von dort aus erfolgen. Das „Recht auf die Heimat“ müsse als „eines der von Gott geschenkten Grundrechte der Menschheit anerkannt und verwirklicht“ werden.

„Logos“ des Gesamtdokuments

Im Unterschied aber zum Ostgrenzen-Revisionismus nach den Gebietsverlusten von 1919 wurde Gewalt aufgrund der Erfahrungen der NS-Zeit als Mittel der Politik nunmehr ausdrücklich ausgeschlossen. Hierin liegt der für den weiteren Gang der Vertriebenenpolitik in der Bundesrepublik über die folgenden Jahrzehnte entscheidende, aus den Kernpunkten der Charta folgende „Logos“ des Gesamtdokuments: Die Spirale nationalistischer Gewalt, die von einem schrecklichen Ersten zu einem noch schrecklicheren Zweiten Weltkrieg geführt hatte, durfte sich nicht fortsetzen.

Um die Bedeutung dieses politischen Bekenntnisses nachvollziehen zu können, muss man sich seinen historischen Kontext immer wieder vergegenwärtigen. Die wirtschaftlich-soziale Lage der bald acht Millionen in den westlichen Zonen gestrandeten Ostvertriebenen war nach wie vor prekär. Von ihnen hauste die Hälfte in Lagern und waren 40 Prozent arbeitslos. „Die Verzweiflung der Vertriebenen“, so kommentierte es eine Schweizer Zeitung, sei gepaart mit einer aus Hoffnungslosigkeit geborenen Apathie.

Wie lange diese anhalten würde, schien allerdings fraglich. Das jahrelang über die Vertriebenen verhängte „Koalitionsverbot“ war erst Anfang 1950 ganz aufgehoben worden. Sofort hatte sich daraufhin der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) gegründet und war bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein im Juli 1950 aus dem Stand auf 23,4 Prozent der Stimmen gekommen. Wenige Monate vorher war ein Entwurf der ersten Bundesregierung für ein Lastenausgleichsgesetz hinter höher gesteckten Erwartungen zurückgeblieben.

Sämtliche Zutaten für eine politische Radikalisierung der Vertriebenen stan-



Vor 75 Jahren vor dem Neuen Schloss in Stuttgart: Der oberschlesische Vertriebene Manuel Jordan verkündet die Charta der deutschen Heimatvertriebenen

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Fünf Jahre nach den Potsdamer Vertreibungsbeschlüssen

Die deutschen Heimatvertriebenen gaben sich vor 75 Jahren ein „Charta“ genanntes Grundgesetz. Darin verzichteten sie auf Gewalt, Rache und Vergeltung, aber nicht auf das Menschenrecht auf Heimat

den im Sommer 1950 mithin bereit. Umso mehr als sich noch vor dem BHE im vopolitischen Raum gleich zwei organisatorische Repräsentanten der Vertriebeneninteressen gebildet hatten, die bald heftig um die Führungsrolle rangen: Der Zentralverband vertriebener Deutscher (ZvD), der fast gewerkschaftsähnlich vor allem die sozialpolitischen Anliegen betonte, und die Vereinigten Ostdeutschen Landsmannschaften (VOL), denen heimat- und ostpolitische Ziele wichtiger waren.

Die Stuttgarter Charta gehört mitten hinein in die frühe Geschichte dieser Konkurrenzbeziehung. Sie war auch ein Versuch beider Strömungen, in Grundsatzzfragen der Vertriebenenpolitik einen gemeinsamen Nenner zu finden. Die Charta wandte sich also nicht nur nach außen an die Adresse der westdeutschen Altbevölkerung und der Weltöffentlichkeit, sondern auch nach innen, als Beitrag zur Befriedung des Verhältnisses beider Bruderverbände. Bei der Charta-Verabschiedung ergriffen führende Vertreter sowohl des ZvD wie der VOL das Wort.

Auf der folgenden Großkundgebung vor den Ruinen des Stuttgarter Schlosses war auch die CDU-geführte Bundesregierung mit Vizekanzler Franz Blücher (FDP) und Vertriebenenminister Hans Lukaschek (CDU) hochrangig vertreten, was diesem Akt einen gleichsam offiziellen Charakter verlieh. Später haben sich Bundeskanzler und -minister ebenso wie Ministerpräsidenten unterschiedlicher politischer Farbe immer wieder positiv auf die Stuttgarter Charta bezogen. Daneben bildete sich aber seit Ende der 1980er Jahre auch eine äußerst kritische Sicht auf das Dokument heraus.

Ralph Giordano warf ihm 1987 vor, die nationalsozialistische Vorgeschichte der Vertreibung verschwiegen zu haben. Der

Publizist erklärte die Heftigkeit seines Angriffs selbst damit, dass er den Bund der Vertriebenen wie eh und je auf den Irrwegen von Revisionismus und Revanchismus wandeln sah. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, die in der Zeit vor dem Beitritt der DDR-Länder zur Bundesrepublik staatsrechtlich nach wie vor von einem Deutschland in den Grenzen von 1937 ausging, ignorierte der Schriftsteller dabei ebenso wie die grenzüberschreitende Versöhnungsarbeit gerade auch vieler Ostvertriebenen.

Kritik seit Ende der 1980er Jahre

Kritik kam aber seitdem immer wieder einmal hoch, zum Beispiel 2011, als linke Zeithistoriker eine Charta-freundliche Erklärung der schwarz-gelben Regierungsparteien im Bundestag attackierten. Einer ihrer Hauptvorwürfe lautete: Ein Drittel der Erstunterzeichner hätten der NSDAP angehört, einige sich auch noch tiefer in das Unrechtssystem verstrickt. Gegen diese Argumentation erhob sich aber auch Widerspruch. Mitarbeiter mit NS-Vergangenheit seien doch in nahezu allen Institutionen der frühen Bundesrepublik, ja sogar in dezidiert progressiv auftretenden Medien wie dem „Spiegel“ zu finden gewesen.

Tatsächlich stellt sich die Frage, wie man einen mehr oder weniger höheren Prozentanteil von „Ehemaligen“ in den ersten Reihen der Vertriebenenverbände zu bewerten hat. Bekanntlich war in den Heimatgebieten der Grenz- und Auslandsdeutschen nach den aufgezwungenen Pariser Friedensverträgen von 1919 auch die Instrumentalisierbarkeit des Nationalbewusstseins überdurchschnittlich hoch gewesen. Andererseits ist zu sehen, dass gerade einige der prominentesten Charta-Unterzeichner beachtliche „Resistenz“ gegenüber dem NS-Regime

gezeigt hatten, man denke nur an den überzeugten ostpreußischen Katholiken, ZvD-Vorsitzenden und CDU-Bundestagsabgeordneten Linus Kather. Darüber hinaus lässt sich fragen, ob die Zustimmung zu einem Dokument wie der Charta nicht auch bei früheren „Parteigenossen“, soweit sie nicht an Gewalttaten beteiligt gewesen waren, im Sinne politischer Läuterung und Resozialisierung positiv gedeutet werden sollte.

Aus heutiger Sicht wirkt es befremdlich, wenn Überlebende sich in der Charta angesichts von Millionen Toten in den NS-Vernichtungslagern als die „vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen“ zeichneten. Doch die Überzeugung, selbst vor allem Opfer geworden zu sein, war damals alles andere als eine Besonderheit der Deutschen aus dem Osten. Die Konkurrenz mit anderen Opfergruppen innerhalb der Bundesrepublik von den Ausgebombten bis zu den „Besatzungsgeschädigten“ auch im Blick auf den bevorstehenden Lastenausgleich waren enorm. Obendrein waren die Schrecken der NS-Zeit Anfang der 1950er Jahre wohl noch zu nah, um sich so intensiv und kritisch damit auseinandersetzen zu können wie heute. Deshalb sollte der Schlusssatz der Charta, wo eben nicht nur von „Unglück“ und „Leid“, sondern ebenso schon von „Schuld“ die Rede ist, nicht einfach übersehen werden.

Der entscheidende Punkt der Charta ist und bleibt der Gewaltverzicht in einem neuen europäischen Geist. In der Folge konnte sich im In- und Ausland von den stets demokratisch orientierten Vertriebenenorganisationen eigentlich nur noch bedroht fühlen, wer sich aus ideologischen Motiven auch partout bedroht fühlen wollte. Selbst in der Hitze der Ostvertragsdebatten Anfang der 1970er Jahre haben die Vertriebenen, anders als kurz

zuvor noch Pflastersteine werfende „68er“, die Schwelle zur Gewalt nie auch nur ansatzweise überschritten.

Bedeutung für die Gegenwart

Kaum je in der Weltgeschichte ist ein Gebietsverlust noch dazu dieser Größenordnung friedlicher und demokratischer bewältigt worden als der des deutschen Ostens durch die Bundesrepublik nach 1949. Dabei zeigte schon der Blick auf die verfeindeten Nachfolgestaaten Britisch-Indiens oder die palästinensischen Terroristen bis heute, welche Richtungen ein ungelöstes Flüchtlingsproblem eben auch nehmen kann, wenn es an der Bereitschaft zum Gewaltverzicht mangelt.

Aber was war mit der Kernforderung der Charta? Dem Recht, nach einer „ethnischen Säuberung“ wieder in die Heimat zurückkehren zu können, das „natürlich ohne neue Vertreibung [...] für jeden und für alle [gilt]: für Palästinenser, Israelis, Ukrainer – und auch für Deutsche“ (Reinhard Müller). Im Falle der Vertreibung der Deutschen erwies sich dieses Ziel nach dem allzu späten Ende des Kalten Krieges 1990 als nicht mehr erreichbar. Das ist und bleibt eine der großen Narben in der Geschichte des Völkerrechts. Denn schon die Haager Landkriegsordnung von 1907 hatte die Kollektivbestrafung ganzer Bevölkerungsgruppen klipp und klar verboten. Doch der Einsatz für ein Menschenrecht auf die Heimat im Geiste der Stuttgarter Charta war langfristig nicht völlig vergebens: Mit Hilfe der USA konnte in Dayton am Ende des Bosnienkrieges 1995 die Rückkehr von Vertriebenen erstmals vertraglich verankert werden. Viel zu viele „ethnische Säuberungen“ danach, jüngst die Berg-Karabachs von den Armeniern, zeigen aber auch, wie notwendig es ist, für die Werte der Charta weiter zu kämpfen.

VON WOLFGANG KAUFMANN

In seiner Grundsatzrede anlässlich des einhundertjährigen Bestehens des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) beklagte der Berliner Virologe Christian Drosten kürzlich den mangelnden Respekt vor der Wissenschaft und den Fachleuten. Dabei haben nicht nur die Fehlleistungen von Drosten selbst dafür gesorgt, dass die Skepsis der Allgemeinheit mit ihrem „Alltagsverständnis“ gegenüber Experten tiefe Wurzeln schlagen konnte. Spektakuläre Fehlleistungen akademischer Forscher oder ausgewiesener Experten auf ihren Gebieten sind kein neues Phänomen. Schon in der Vergangenheit irrten Fachleute auf haarsträubende Weise.

So schrieb der irische Mathematiker, Physiker und Naturphilosoph Dionysius Lardner im Jahre 1830, also fünf Jahre nach der Eröffnung der ersten Eisenbahnlinie zwischen den englischen Ortschaften Stockton and Darlington: „Zugfahrten mit einer erhöhten Geschwindigkeit sind ein Ding der Unmöglichkeit. Denn die Menschen könnten dabei gar nicht atmen und müssten ersticken.“ Ebenso errechnete der Professor am University College London 1835, dass Dampfschiffe niemals größere Entfernungen als 2500 Seemeilen zu bewältigen vermögen, weil es absolut unmöglich sei, genügend Kohle für längere Reisen mitzuführen. Dies wurde schon drei Jahre später durch die Fahrt des von dem Ingenieur Isambard Kingdom Brunel konstruierten Raddampfers „Great Western“ von Bristol ins 3314 Seemeilen entfernte New York widerlegt.

Neben der Eisenbahn rief auch das Telefon sogleich Skeptiker auf den Plan. Zu diesen zählte der Chefingenieur des British General Post Office, Sir William Henry Preece, welcher 1876 sagte: „Die Amerikaner haben Bedarf für das Telefon, wir haben ihn nicht. Denn wir verfügen über genügend Laufburschen.“

„Wer will sprechende Schauspieler?“

1880 wiederum wettete der Chemieprofessor Henry Morton: „Jeder, der dieses Ding schon einmal gesehen hat, merkt sofort, dass es ein offensichtlicher Misserfolg ist.“ Damit meinte der Gründungspräsident des Stevens Institute of Technology, einer der ältesten und renommiertesten technischen Hochschulen der Vereinigten Staaten, die eben gerade von Thomas Alva Edison zum Patent angemeldete Glühbirne. Jedoch wurden bis zum Ende des 19. Jahrhunderts weltweit mehrere Millionen solcher Leuchtkörper hergestellt.

Und 1902 gab der kanadische Astronom Simon Newcomb, welcher Ehrenmitglied von acht Akademien der Wissenschaften rund um die Welt und Präsident der American Mathematical Society war, die folgende Stellungnahme ab: „Mit Maschinen fliegen zu wollen, die schwerer



Bill Gates hielt es 1993 für eine kurzzeitige Modeerscheinung: Das Internet, heute Rückgrat der globalen Massenkommunikation

Bild: pixabay.com/Gerd Altmann

FALSCH PROGNOSTIZIERT

Unsere Skepsis gegenüber Experten ist historisch wohlbegründet

Die Glühbirne sei ein „offensichtlicher Misserfolg“, das Fernsehen werde „nicht lange überleben“ und das Internet bleibe ein kurzer „Hype“: Wie sich Fachleute über die Zukunft geirrt haben

als Luft sind, ist ein äußerst unpraktisches und unbedeutendes Vorhaben. Ja, wenn nicht gar ein unmögliches.“ Genau 18 Monate später hob der Doppeldecker der Brüder Wilbur und Orville Wright zum ersten bemannten Motorflug der Geschichte ab. Allerdings zählte auch Wilbur Wright selbst noch 1901 zu den Pessimisten: „Es wird wohl 50 Jahre dauern, bis der Mensch fliegt.“

Die nächste Fehlprognose eines Fachmanns stammt aus dem Jahre 1911. Damals behauptete kein Geringerer als der Elektroingenieur und Erfinder Edison: „Das Haus des kommenden Jahrhunderts wird vom Keller bis zum Dachboden mit Stahl ausgestattet sein. Das Baby des 21. Jahrhunderts wird in einer Stahlwiege geschaukelt; sein Vater wird auf einem Stahlstuhl am stählernen Esstisch sitzen, und das Boudoir seiner Mutter wird üppig mit Stahlmöbeln bestückt sein. Diese werden dann vielleicht durch raffinierte Technik den Anschein erwe-

cken, aus edlem Holz zu sein.“ 1927 stellte der erfolgreiche Filmproduzent und Präsident der Firma Warner Bros. Pictures, Harold Warner alias Hirsch Moses Wonsal, eine aus heutiger Sicht absolut kurz-sichtige Frage, die da lautete: „Wer zur Hölle will schon sprechende Schauspieler?“ Eine erste Antwort hierauf gab der kommerzielle Erfolg des von Warner schließlich doch trotz aller Zweifel aus finanziellen Erwägungen produzierten ersten Tonfilms der Geschichte „The Jazz Singer“.

Ein Computer zu Hause? Niemals!

Nur 19 Jahre später lag dann der nächste Hollywood-Mogul meilenweit daneben. 1946 prophezeite der Vizepräsident von 20th Century Fox und Oscar-Preisträger Darryl F. Zanuck: „Das Fernsehen wird nicht lange überleben. Die Leute werden es früh genug satt haben, jeden Abend in eine Sperrholz-Kiste zu glotzen.“ Im Dezember 1950 verfasste die Associated-

Press-Journalistin Dorothy Roe einen Artikel mit dem Titel „Was Experten denken, wie wir im Jahr 2000 leben werden“, in dem sie Aussagen von Wissenschaftlern über die durchschnittliche Weiblichkeit der Zukunft zusammenfasste: „Die Frau des Jahres 2000 wird mehr als 1,83 Meter groß sein, sie wird mindestens die Schuhgröße 43 tragen, sie wird Schultern wie ein Wrestler und Muskeln wie ein Lastwagenchauffeur haben.“

Und auch was Computer betraf, lagen selbst die Insider falsch: 1977 meinte Kenneth Harry Olsen, der Präsident der Digital Equipment Corporation, welche dann in den 1980er Jahren zum zweitgrößten Computerhersteller nach IBM avancierte: „Es gibt keinen Grund dafür, dass jemals jemand einen Computer bei sich zu Hause haben will.“ Im Gegensatz dazu sagte der Gründer des Microsoft-Konzerns Bill Gates 1993 voraus, dass 2010 in jedem Haushalt ein Computer stehen werde. Gleichzeitig hielt er aber das Internet, das

damals lediglich 130 Seiten zu bieten hatte, für einen „Hype“ ohne Zukunft. Deshalb ermahnte er seine Mitarbeiter, sich auf „wichtigere Dinge“ zu konzentrieren. Genauso wenig visionär reagierte der langjährige Vorstandsvorsitzende von Microsoft, Steven Ballmer, als Apple-Chef Steven Jobs im Januar 2007 mit dem iPhone 1 das erste massentaugliche Smartphone vorstellte. Damals mäkelte Ballmer: „Das ist das teuerste Telefon der Welt, und es spricht Business-Nutzer überhaupt nicht an, weil es keine Tastatur hat.“

Die Liste solcher Fehleinschätzungen aus eigentlich berufenem Munde ließe sich noch um einiges verlängern. Dabei täte es gut, sie der Öffentlichkeit in regelmäßigen Abständen zu präsentieren, um ein Gegengewicht zu den teilweise schon an Größenwahn grenzenden Aussagen mancher Fachleute zu schaffen. Denn wie man unschwer erkennen kann, sind Wissenschaftler und Experten alles andere als unfehlbar!

KLIMA

Die drohende Kälteperiode, die kaum jemand ahnt

Forscher warnen: Veränderungen auf der Sonne könnten Europa in eine langjährige Phase eisiger Temperaturen stürzen

Neben den großen Eiszeiten, die oft mehr als einhunderttausend Jahre dauerten, gab es in der Vergangenheit immer wieder auch kürzere Abkühlungsereignisse. Die letzte dieser Kleinen Eiszeiten währte von etwa 1300 bis 1900, wobei die Jahre zwischen 1420 und 1570, 1645 und 1715 sowie 1790 und 1830 am kältesten ausfielen.

Das resultierte aus der Abnahme der Strahlungsintensität der Sonne, welche sich durch einen deutlichen Rückgang der Sonnenflecken bemerkbar machte. Während des sogenannten Maunder-Minimums zur Mitte der Kleinen Eiszeit, als die Winter besonders lang und streng und die Sommer zumeist kühl und nass

waren, was zu etlichen Hungersnöten führte, traten zeitweise überhaupt keine Sonnenflecken auf.

Wenn die Strahlungsintensität unseres Zentralgestirns zurückgeht und die Sonnenflecken schwinden, schwächt sich auch das weitreichende Magnetfeld der Sonne ab. Dadurch gelangen mehr Partikel aus dem All in die obersten Schichten der Erdatmosphäre, wo sie als Kristallisationskerne dienen und die Bildung von Wolken fördern. Diese wiederum führen zu einem Temperaturrückgang aufgrund geringerer Sonneneinstrahlung. Gleichzeitig existiert offenbar ein Zusammenhang zwischen der Stärke des solaren Ma-

gnetfeldes und der vulkanischen Aktivität auf der Erde: Weniger Sonnenflecken bedeuten also auch mehr Vulkanausbrüche. Und durch die dabei ausgestoßene Asche wird die Klimaabkühlung dann noch weiter verstärkt.

Insofern ist es wichtig, das Wechselspiel der Sonnenflecken zu beobachten, wie dies beispielsweise das US-amerikanische Space Weather Prediction Center (SWPC) in Boulder (Colorado) tut. Und dessen Daten sind eindeutig: Die Zahl der Sonnenflecken nimmt ungeachtet aller kurzfristigen Schwankungen seit einigen Jahrzehnten kontinuierlich ab. Den Prognosen des SWPC zufolge soll sie Ende

2030 lediglich noch bei 8,5 pro Monat und in den 2040er Jahren bei Null liegen, während es im Mai dieses Jahres noch 82 waren. Zum Vergleich: Zur Zeit des Maximums von 1957 bis 1959 betrug die Zahl der Sonnenflecken bis zu 285 pro Monat.

Die Vorhersagen des SWPC wurden auf der jüngsten Generalversammlung der Europäischen Geophysikalischen Union von der Astrophysikerin Valentina Zharkova von der britischen Northumbria University bestätigt. Diese geht zugleich davon aus, dass das Sonnenfleckenminimum und die damit einhergehende Kleine Eiszeit mindestens bis 2053 andauern. Das Gleiche gilt für die verstärkte vulka-

nische Aktivität, welche die Temperaturen weiter absenkt.

Vor diesem Hintergrund könnte der flächendeckende Umstieg auf „erneuerbare Energien“ dramatische Folgen haben. Wenn ständig Schnee fällt, liefern die Sonnenkollektoren wenig Strom, und durch Vereisung streiken dann auch die Rotoren der Windkraftanlagen. Darüber hinaus sinkt die Leistung von Wärmepumpen bei Minusgraden. Somit drohen in den kommenden drei Jahrzehnten womöglich kältebedingte Probleme, die infolge der vorherrschenden Debatte über eine drohende massive Erwärmung kaum jemand auf dem Schirm hat. W.K.

ALLENSTEIN

Spiele mit der deutschen Sprache

Ein abwechslungsreiches Programm – Die AGDM lud Kinder zum traditionellen Ferienprogramm ein

VON DAWID KAZANSKI

In der ersten Woche der Sommerferien fanden erneut „Sommerspiele mit der deutschen Sprache“ der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit (AGDM) statt. Die Initiative, die bereits seit 2014 regelmäßig organisiert wird, richtet sich an Kinder im Alter von sechs bis zwölf Jahren und verfolgt das Ziel, ihnen spielerisch die deutsche Sprache näherzubringen, ihre Kreativität zu fördern und das kulturelle Bewusstsein zu stärken.

Eine Woche lang traf sich eine Gruppe von Kindern täglich im Haus Kopernikus, begleitet von zwei engagierten Deutschlehrkräften, die ein abwechslungsreiches Programm vorbereitet hatten. Im Mittelpunkt standen Lern- und Bewegungsspiele, die auf natürliche Weise die Sprachkompetenz der Kinder stärkten. Neben klassischen Arbeitsblättern und Zuordnungsaufgaben kamen auch viele interaktive Methoden zum Einsatz.

Besonders beliebt waren Sprachspiele mit dem bunten Animationstuch sowie das digitale Bildungsspiel „Superhelden-Campus“ des Goethe-Instituts, bei dem die Kinder in die Rolle von Superhelden schlüpfen und gemeinsam eine abenteuerliche Mission gegen den bösen Skorpion bestehen müssen. Dabei erweitern sie spielerisch ihren Wortschatz und lernen, komplexe Aufgabenstellungen in der Fremdsprache zu bewältigen.

Ein weiterer Programmpunkt war eine Bastel-Arbeitsgruppe, in der die Kinder zum Thema „Zimmer und Räume“ ihre eigenen Häuser aus Karton gestalteten, sie bemalten und mit deutschen Begriffen beschrifteten. Die Teamarbeit fördert nicht nur sprachliche, sondern auch soziale Kompetenzen.

Ein besonderes Augenmerk legt das Projekt auf die regionale Identität und Geschichte. Während eines Stadtspaziergangs begaben sich die Kinder auf Spurensuche der deutschen Vergangenheit Allensteins. Sie besichtigten unter anderem Teile des alten Abwassersystems, ein historisches Metzgereigebäude und lernten



Ob drinnen im Kopernikus-Haus oder draußen bei Exkursionen. Spielerisch lässt sich eine Sprache am besten erlernen: Das Ausmalen der thematischen Arbeitsblätter war bei den jungen Teilnehmern der von der AGDM ausgerichteten Sommerspiele besonders beliebt

Bild: D.K.

Interessantes über die Stadtentwicklung zur Zeit des Bürgermeisters Oskar Belian und des Stadtrats Karl Roensch.

Auf den Spuren der Geschichte

Die Kinder erfuhren, dass sich Allenstein um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert rasant entwickelt hatte: Es entstanden Kasernen, Eisenbahnlinien, neue Schulen, Kirchen, das Gaswerk, ein modernes Wasser- und Abwassersystem sowie ein eigenes Wasserkraftwerk, das unter anderem die städtische Straßenbahn versorgte.

Ein Abenteuer war der Ganztagesausflug ins historische Töpferdorf in Königlich Steinau bei Neidenburg. Dort erhielten die Kinder faszinierende Einblicke in alte Handwerksberufe. In liebevoll re-

konstruierten Werkstätten konnten sie sehen, wie Töpfer und Schmiede früher gearbeitet haben. Anschließend versuchten sie selbst, Tongefäße zu fertigen. Die Jüngsten besuchten eine Töpferei, ein Herbarium, eine masurische Schmiede, eine historische Scheune mit traditionellen Haushalts- und Landwirtschaftsgeräten sowie das Museum „Schätze der Erde“, das eine beeindruckende Sammlung von Fossilien und Mineralien präsentiert. Der Tag endete mit einem spannenden Geländespiel im „Garten Eden“, einem botanischen Areal mit mehreren tausend Pflanzenarten.

Ein weiterer Höhepunkt war der Besuch beim regionalen Fernsehsender, bei dem die Kinder die Gelegenheit hatten, ihr Projekt vorzustellen. Die Reporter führten

Interviews mit den Betreuern und den Kindern, um zu erfahren, wie das Programm abläuft und wie auf spielerische Weise Deutsch vermittelt wird. Aus dem Besuch entstand ein Videobeitrag für die regionale Nachrichtensendung, der bei den Familien große Begeisterung auslöste und dem Projekt zusätzliche Aufmerksamkeit schenkte.

Die „Sommerspiele mit der deutschen Sprache“ wären ohne die langjährige Unterstützung des polnischen Innenministeriums, des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales sowie des Deutschen Generalkonsulats in Danzig nicht möglich. Dank dieser verlässlichen Förderung kann die AGDM jedes Jahr eine erlebnisreiche, pädagogisch wertvolle Ferienwoche gestalten.

KÖNIGSBERG

„Gemeinsame Erinnerung“ ohne deutsche Beteiligung

In der Albertina fand ein internationaler Wettbewerb für Erzählungen über den Zweiten Weltkrieg statt

Das Königsberger Gelände der Albertina, die heutige Baltische Föderale Immanuel-Kant-Universität, und das Königsberger Museum für Geschichte und Kunst waren Schauplatz einer Veranstaltung mit Beigeschmack. Ende Juni fand dort die zweite Etappe eines internationalen Wettbewerbs statt. Der Titel lautete: „Gemeinsames Erinnern. Völkermord am sowjetischen Volk während des Zweiten Weltkrieges“. Veranstalter war das Nationale Zentrum für historisches Gedenken der Russischen Föderation gemeinsam mit dem Wissenschaftlichen Zentrum für Probleme der Stärkung von Recht und Ordnung der Republik Belarus.

Königsberg wurde für die Finalisten zur Schule des historischen Gedächtnisses, in der junge Leute aus verschiedenen Regionen Russlands, Weißrusslands und anderer Länder in ein reichhaltiges Kultur- und Bildungsprogramm eintauchten.

Die Teilnehmer präsentierten Familiengeschichten über den „Völkermord an der Zivilbevölkerung durch die NS-Besat-

zer und ihre Komplizen“ während des Zweiten Weltkrieges. Mehr als 400 Schüler der Klassen 8 bis 11 aus allgemeinbil-

denden Schulen der Russischen Föderation, allgemeinbildenden Schulen Weißrusslands und der Republiken Bosnien und Herzegowina, Moldau sowie Kasachstan nahmen an der ersten, außerschulischen Phase teil.

Die Gewinner konnten Ferien in einem Sommercamp gewinnen, während die Zweitplatzierten die Möglichkeit hatten, an Programmen und Aktivitäten des Nationalen Zentrums für historisches Gedenken in der Russischen Föderation teilzunehmen. Im Rahmen der zweiten Phase des Wettbewerbs fand ein Rundtischgespräch statt: „Ohne Verjährung: Der Völkermord am sowjetischen Volk während des Zweiten Weltkrieges in Bildungs- und Aufklärungsprogrammen“.

In Königsberg gab es parallel eine Filmvorführung des Spielfilms „Walzer mit dem Tod“, der den Einwohnern und

Gästen Königsbergs im Regionalmuseum für Geschichte und Kunst, im Kinosaal und im Varietétheater Jantar gezeigt wurde. Dieser abendfüllende Film ist ein Projekt eines Kreativteams aus Omsk, das die Geschichte einer jungen Ballerina erzählt, die sich während des Zweiten Weltkriegs in einem deutschen Konzentrationslager wiederfindet.

Es war kein Zufall, dass die Vorführungen im Königsberger Gebiet stattfanden, da die Dreharbeiten und auch ein Teil der Filmhandlung dort spielen. Der Film handelt vom „Todesmarsch der Häftlinge des Lagers Stutthof“ – aus der Nähe von Danzig nach Ostpreußen. Von Tausenden Häftlingen, unter denen sich vor allem Frauen und Kinder befanden, überlebten nur 15. Diese Tragödie diente als Grundlage für einige Szenen des Films „Walzer mit dem Tod“.

Bodo Bost



Veranstaltung in der Albertina: Vortrag zum Wettbewerb „Gemeinsames Erinnern“

MELDUNGEN

Keine rosigen Aussichten

Deutsch-Eylau – Über acht Stunden dauerte in Deutsch Eylau die Sitzung des Stadtrats zur Entlastung des Bürgermeisters für das Vorjahr. Die meiste Zeit nahm die Debatte über den Bericht zum Zustand der Stadt für das letzte Jahr ein. Letzten Endes erteilten die Stadträte Bürgermeister Dawid Kopaczewski zwar das Absolutorium für 2024, sprachen ihm aber nicht das Vertrauen aus. Woher diese kuriose Kombination kam, erklärte der Vertreter der Opposition im Stadtrat, Michal Mlotek: „Das Votum ist ein Meinungsbild der Räte zum Wirken des Bürgermeisters und hier war in letzter Zeit große Unzufriedenheit mit der von der Stadt eingeschlagenen Richtung zu hören. Das Absolutorium? Nun, das ist die Bestätigung der rechtmäßigen Finanzwirtschaft.“ Trotz Absolutariums also keine rosigen Aussichten für den parteilosen Bürgermeister. U.H.

Durch die „Bunte Stadt“

Insterburg – Vor Kurzem endete das Programm „Bunte Stadt“, wie die Städter Insterburg nennen. Es handelte sich um einen Zyklus von Spaziergängen, die Bürgern und Gästen der Stadt kostenlos angeboten wurden. Während der Exkursionen konnten sich die Teilnehmer mit der Geschichte, der Kultur, der Architektur und den Gewässern der Stadt vertraut machen. Als bunt wird Insterburg unter anderem deshalb bezeichnet, weil es eine „Regenbogenbrücke“ gibt, die „Bunte Reihe“, in der die gelben und orangen Häuser des berühmten Architekten Hans Scharoun noch erhalten sind, und es einmal beim Schloss eine Gaststätte namens „Grüne Katze“ gab. Die Farbe Blau symbolisieren die beiden Flüsse Angerapp und Inster, die sich bei Insterburg mit dem Pregel vereinigen. Um die „Bunte Stadt“ ranken sich außerdem faszinierende Geschichten, Mythen und Legenden. MRK

Wir gratulieren...



ZUM 103. GEBURTSTAG

Schmitter, Selma, geb. Sucht, aus Stucken, Kreis Elchniederung, am 1. August

ZUM 101. GEBURTSTAG

Willuhn, Elisabeth, geb. Schramma, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 1. August

ZUM 100. GEBURTSTAG

Greiner, Lore, geb. Preuß, aus Lyck, Soldauer Weg 5, am 2. August

ZUM 99. GEBURTSTAG

Michel, Elfriede, geb. Klahr, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 3. August

ZUM 98. GEBURTSTAG

Stolz, Hildegard, aus Dorntal, Kreis Lyck, am 5. August

ZUM 97. GEBURTSTAG

Alexander, Ruth, geb. Weutschat, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 6. August
Kusserow, Hanna, geb. Goetz, aus Ortelsburg, am 6. August
Melchert, Alice, geb. Ohlenholz, aus Mühlenkreuz, Kreis Elchniederung, am 3. August

Raski, Johanna, geb. Rutkowski, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 1. August
Werner, Lore, geb. Sadowsky, aus Soffen, Kreis Lyck, am 1. August

ZUM 96. GEBURTSTAG

Bierfreund, Brunhilde, geb. Bytzeck, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 5. August
Butanowitz, Erna, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 5. August
Kinne, Irmgard, geb. Buddrus, aus Tranatenberg, Kreis Elchniederung, am 5. August

ZUM 95. GEBURTSTAG

Grigat, Heidrun, geb. Paszehr, aus Stampelken, Kreis Wehlau, am 7. August
Lehmer, Gertrud, geb. Moskwa, aus Thalheim, Kreis Neidenburg, am 6. August
Schlennstedt, Annemarie, geb. Müller-Heinemann, aus Lyck, Hindenburgstraße 65, am 7. August
Scholz, Johanna, geb. Ballay, aus Groß Dankheim, Kreis Ortelsburg, am 1. August
Skorczyk, Jürgen, aus Preußisch Eylau, am 3. August

ZUM 94. GEBURTSTAG

Acker, Irmgard, geb. Sdorra, aus Lyck, am 7. August
Boock, Gerda, geb. Aukthun, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 3. August
Karrasch, Erika, geb. Maletzki, aus Erben, Kreis Ortelsburg, am 4. August

Koloska, Elfriede, geb. Westphal, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 4. August
Kostrewa, Lothar, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 7. August
Rosowski, Anneliese, geb. Kompa, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 6. August
Switalski, Johanna, geb. Gertulja, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, am 6. August

ZUM 93. GEBURTSTAG

Huy, Edith, geb. Glowka, aus Schönfelde, Kreis Lötzen, am 7. August
Kanigowski, Irmgard, geb. Wilke, aus Wachteldorf, Kreis Lyck, am 5. August
Omsen, Magarete, geb. Wimmer, aus Hartwich bei Liebstadt, Kreis Mohrunen, am 2. August
Schostag, Gerda, geb. Hoppe, aus Kirpehnen, Kreis Fischhausen, am 3. August
Schwierzke, Gerda, geb. Bahlo, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 1. August
Speicher, Gerhard, aus Lyck, am 6. August
Upadek, Irma, geb. Dzeia, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 5. August
Walter, Irmgard, geb. Becker, aus Langsee, Kreis Lyck, am 2. August
Waschk, Walter, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 3. August

ZUM 92. GEBURTSTAG

Burhenne, Gertrud, geb. Zeier, aus Kinderhausen, Kreis Ebenrode, am 7. August

Ostpreußisches Landesmuseum

Sonntag, 3. August, 14 Uhr, 1,50 Euro zuzüglich Museumseintritt: „Siehe das Wunder!“ – aus der Religionsgeschichte Ostpreußens. Öffentliche Sonntagsführung durch die Dauerausstellung mit Dr. Jörn Barfod. 1525 wurde das Herzogtum Preußen der erste evangelische Staat weltweit. Albrecht von Brandenburg wandelte den Deutschordensstaat in ein weltliches Herzogtum um, als Lehen des polnischen Königs. Zugleich führte er nach Hinweisen Lu-

thers das evangelische Bekenntnis ein. Die Plätze sind begrenzt. Eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de ist erforderlich.

Dienstag, 5. August, 14.30 Uhr, Eintritt: 7,- Euro inklusive Kaffee, Tee und Gebäck: **Thomas Mann in Nidden. Vortrag von Manfred Schekahn in der Reihe „Museum Erleben“.** Thomas Mann – Literaturnobelpreisträger

und Weltbürger – verbrachte zwischen 1930 und 1932 die Sommermonate mit seiner Familie in Nidden. Eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de ist erforderlich.

Mittwoch, 6. August, 14 bis 17 Uhr, Kosten: 8,- Euro inklusive Material: **Künstlerischer Ferientag für Kinder von 8 bis 12 Jahren mit Jenke Eichhorn.** Kinder können jede Menge kreative Schätze entdecken! Über 200 Jahre Kunst – von älteren Gemälden aus der Abteilung Bildende Kunst bis zu zeitgenössischer Kunst aus Estland – werden behandelt und laden zum Staunen ein. In den spannenden Ausstellungen lernen kleine Künstler viele verschiedene Malstile kennen. Danach können sie selbst kreativ werden, malen und sogar eigene Kunstrichtungen erfinden! Jenke Eichhorn ist Studentin der bildenden Kunst an der Hochschule für bildende Künste Braunschweig. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung. Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg



Kinder malen inspiriert durch die Kunstgeschichte von 200 Jahren: Ferienprogramm im Ostpreußischen Landesmuseum Bild: OL

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Landsmannschaft Ostpreußen e.V. Termine 2025

19. bis 21. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
4. bis 5. Oktober: 15. Kommunalpolitischer Kongress (gT) in Allenstein
6. bis 12. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
7. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (gT) in Wuppertal
8. bis 9. November: Ostpreu-

ßische Landesvertretung (gT) in Wuppertal

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo

Zusendungen für die Ausgabe 33/2025

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 33/2025 (Erstverkaufstag 15. August) **bis spätestens Dienstag, den 5. August**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Ulrike Grodeck
Telefon (040) 4140080
E-Mail: grodeck@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Czerwonka, Heinz, aus Thalheim, Kreis Neidenburg, am 7. August
Erleben, Ursula, geb. Rippke, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, am 6. August
Illgen, Elisabeth, geb. Krause, aus Liebnicken, Kreis Preußisch Eylau, am 2. August
Keulers, Hildegard, geb. Murch, aus Sonnenborn, Kreis Mohrunen, am 6. August
Kurras, Irmgard, geb. Magdowski, aus Murawken, Kreis Neidenburg, am 5. August
Lange, Helga, aus Gross Hermenau, Kreis Mohrunen, am 7. August

ZUM 91. GEBURTSTAG

Aschendorf, Christa, geb. Rose, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 2. August
Bolt, Gerda, geb. Schwiderski, aus Gelitten, Kreis Treuburg, am 5. August
Graf, Wilfried, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 1. August
Kersten, Erika, geb. Birken, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 7. August
Kob, Sabine, geb. von Kulesa, aus Kobillinnen, Kreis Lyck, am 7. August
Magdsick, Gisela, geb. Bock, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 5. August
Rehberg, Siegfried, aus Johannsdorf, Kreis Elchniederung, am 7. August
Rentz, Inge, geb. Teichert, aus Keipern, Kreis Lyck, am 1. August
Rieder, Alfred, aus Lötzen, am 5. August
Stejskal, Gerda, geb. Dams, aus Polenzhof, Kreis Elchniederung, am 4. August

Tietz, Ruth, geb. Schneckenburger, aus Wehlau, am 4. August
Warda, Kurt, aus Lyck, am 1. August

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bimte, Ilse, geb. Loch, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 6. August
Busch, Gerhard, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 4. August
Gritzan, Günter, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 1. August
Hammerschlag, Hannelore, geb. Kalweit, aus Damerau, Kreis Ebenrode, am 6. August
Hösel, Uwe, aus Jägersdorf, Kreis Wehlau, am 5. August
Labusch, Gertrud, geb. Waschk, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 6. August
Leitschuh, Ilse, geb. Deggin, aus Rossitten, Kreis Fischhausen, am 2. August
Mattke, Heinz, aus Liebstadt, Kreis Mohrunen, am 2. August
Riemann, Traute, geb. Rautenberg, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 2. August
Schwarz, Irmgard, aus Freiwalde, Kreis Mohrunen, am 5. August
Stolp, Dora, geb. Seidler, aus Weinsdorf, Kreis Mohrunen, am 7. August
Unger, Gisela, geb. Bigalke, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 1. August
Wegner, Helmut, aus Mulden, Kreis Lyck, am 5. August
Woyczieniuk, Waldemar, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 6. August

ZUM 85. GEBURTSTAG

Fritz, Ingeborg, geb. Lezenuk, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 4. August

Hartung, Dieter, aus Lyck, am 4. August
Jaschob, Lore, geb. Schnetka, aus Georgenswalde, Kreis Fischhausen, am 4. August
Kukawka, Karl-Heinz, aus Millau, Kreis Lyck, am 4. August
Leutner, Klaus, aus Königsberg, am 7. August
Licht, Gert, aus Bürgerhuben, Kreis Elchniederung, am 7. August
Samusch, Alfred, aus Willkassen, Kreis Lötzen, am 5. August
Symanski, Dietmar, aus Glauch, Kreis Ortelsburg, am 5. August
Tomoscheid, Klaus, aus Wargenau, Kreis Fischhausen, am 2. August
Wanka, Margot, geb. Krzykowski, aus Krummfuß, Kreis Ortelsburg, am 1. August

ZUM 80. GEBURTSTAG

Döhler-Klicher, Rosemarie, geb. Döhler, aus Griesen, Kreis Treuburg, am 2. August
Lippke, Hedda, geb. Lederer, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 6. August
Scheffler, Günter, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 3. August
Wadowski, Monika, geb. Pertek, aus Ortelsburg, am 5. August

ZUM 75. GEBURTSTAG

Gurthat, Michael, aus Bialutten, Kreis Neidenburg, am 2. August
Heeg, Wolfgang, aus Rothenen, Kreis Fischhausen, am 6. August
Niechciol, Margarete, geb. Kornalewski, aus Gilgenau, Kreis Ortelsburg, am 5. August
Sienkiewicz, Henrik, aus Omulehofen, Kreis Neidenburg, am 7. August

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Baden-Württemberg
Vorsitzender: Dr. Georg Müller, Adolf-Sautter-Straße 41 a, 75181 Pforzheim, Telefon (0178) 1744376, E-Mail: georg.mueller.web@freenet.de

Tag der Heimat

Stuttgart – Sonntag, 14. September, 14 Uhr, 13 Uhr Einlass, Hegelsaal der Liederhalle Stuttgart, Berliner Platz 3, Eintritt 5,- Euro: Festveranstaltung zum Tag der Heimat. Stuttgart-Bad Cannstatt – Sonntag, 14. September, 11 Uhr, Mahnmahl für die Opfer von Flucht und Vertreibung im Kurpark beim Kursaal: Kranzniederlegung. Die Veranstaltung findet unter der Leitung von Helga Ruhnke, Landsmannschaft Ostpreußen, statt. Das Grußwort spricht Bernd-Marcel Löffler, Bezirksvorsteher von Bad Cannstatt.

Unter dem bundesweiten Leiterspruch „80 Jahre: Erinnern – Bewahren – Gestalten“ steht das Gedenken an Flucht und Vertreibung von über 14 Millionen Deutschen am Ende des Zweiten Weltkriegs im Mittelpunkt. Diese Zäsur prägt bis heute viele Familiengeschichten in Baden-Württemberg – und auch das kulturelle Gedächtnis des Landes.

Die Veranstaltung wird eröffnet von der Blaskapelle der Siebenbürger Sachsen aus Stuttgart. Nach der Begrüßung durch den BdV-Landesvorsitzenden Hartmut Liebscher spricht Thomas Strobl, stellvertretender Ministerpräsident und Minister des Innern, die Festansprache. Das Schlusswort hält Pfarrer Franz Pitzal, selbst Zeitzeuge aus dem Sudetenland.

Das kulturelle Rahmenprogramm gestalten Tanz-, Chor- und Musikgruppen aus verschiedenen Vertriebenen-Gemeinschaften – darunter die Jugendtanzgruppe der Siebenbürger Sachsen Ludwigsburg, die Tanzschule „Natalie“ der Deutschen aus Russland, der Chor „Sanktandres“ der Banater

Schwaben, das Ungarndeutsche Folklore-Ensemble Wernau, die Egerländer Familienmusik Hess und viele mehr. *Ines Kohn*



Bayern
Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Prominenter des Monats

Hof – Kulturwart Bernd Hüttner stellte bei der Juli-Veranstaltung als Prominenten Markgraf Albrecht von Brandenburg-Ansbach vor. Sein Lebensweg führte ihn vom Westen in den Osten, wobei er auch in unserer Region tätig war. Geboren wurde er am 17. Mai 1490 in Ansbach als neuntes Kind von insgesamt 18 und als dritter Sohn des fränkischen Markgrafen Friedrich von Brandenburg-Ansbach.

Nach seiner Ausbildung zum Domherrn beim Kurfürsten in Köln erhielt er die niedere Priesterweihe auf der Plassenburg in Kulmbach durch den Bamberger Weihbischof. Mit 17 Jahren wurde er Dekan in Hof. Nach dem Tod des Sachsenherzogs Friedrich ernannte man ihn 1511 im Alter von 21 Jahren zum Hochmeister des Deutschen Ordens. Als Sohn eines regierenden Fürsten und Neffe Sigismund I. schien er für dieses Amt besonders geeignet. Dass er der letzte Hochmeister des Deutschordensstaates sein würde, ahnte damals noch niemand.

Erst eineinhalb Jahre nach seiner Wahl machte er sich auf den Weg über Nürnberg und Berlin nach Königsberg und fand ein verarmtes und politisch akut gefährdetes Land vor. Wie geplant verweigerte er dem polnischen König Sigismund I. den Lehnseid. Dies hatte zur Folge, dass es 1519 zum Reiterkrieg gegen Polen kam, der überraschenderweise trotz der



Markgraf Albrecht von Brandenburg-Ansbach war der Hofer Prominente des Monats: Bildnis des Markgrafen von Lucas Cranach d. Ä., 1528

Übermacht der Angreifer mit einem Waffenstillstand endete. In den Jahren danach verließ Albrecht das Ordensland, um nach Unterstützung zu suchen.

Dabei kam er 1522 während der Religionskämpfe in Nürnberg mit den Gedanken der Reformation in Kontakt und wurde von Andreas Osiander für deren Ideen gewonnen. 1523 traf er sich im März zum ersten Mal mit Martin Luther in Wittenberg. Im November des gleichen Jahres entschied er sich, bestätigt durch den Gesandten des polnischen Königs, das Amt des Hochmeisters niederzulegen, den Deutschordensstaat in ein weltliches Herzogtum umzuwandeln und die Reformation offiziell einzuführen. Bereits am Heiligen Abend 1523 fand die erste evangelische Predigt in Preußen durch Bischof Georg von Polentz im Kö-

schon Querelen. 1568 starb er in Tapiau im Alter von 78 Jahren an der Pest.

Betrachtet man den Lebensweg Albrechts, erkennt man, dass sein Wirken weit über Franken oder das Herzogtum Preußen hinausreichte. Ohne ihn wäre wahrscheinlich Preußen so nicht entstanden, die Reformation im Norden Europas anders verlaufen und die Königsberger Universität vielleicht gar nicht gegründet worden.

Jutta Starosta



Hessen
Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700, E-Mail: gerd-helmut.schaefer@t-online.de

Halbjahresprogramm

Kassel – Donnerstag, 7. August, 15 Uhr, Landhaus Meister, Fuldastraße 140: Treffen der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Kassel, zum Thema „Aus dem Leben eines Schwäbmer Landtierarztes“, Erinnerungen von Dr. W. Weishaar.

Holzhausen – Sonntag, 10. August, 10 Uhr, Gedenkstätte in Holzhausen / Reinhardswald: Erinnerung an Flucht und Vertreibung, Veranstalter: Sudetendeutsche Landsmannschaft unter anderen. Nähere Auskunft erteilt G. Landau unter Telefon (0561) 81696809.

Kassel – Donnerstag, 4. September 15 Uhr, Landhaus Meister, Fuldastraße 140: Treffen der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Kassel, zum Thema „Da schmunzelt die Gemeinde. Humor in der Kirche“, Vortrag von Dorothea Deys.

Kassel – Donnerstag, 2. Oktober, 15 Uhr, Landhaus Meister, Fuldastraße 140: Treffen der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Kassel, zum Thema „Die Oberschlesier und ihre Heimat“. Es berichtet Maria Hora.



Kassel – Donnerstag, 6. November, 15 Uhr, Landhaus Meister, Fuldastraße 140: Treffen der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Kassel, zum Thema „Ein Rückblick auf das Deutsche Kaiserreich“ von G. Landau.

Kassel – Sonntag, 14. Dezember, 15 Uhr, Landhaus Meister, Fuldastraße 140: Advents- und Weihnachtsfeier der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Kassel, unter der Leitung von Dorothea Deys.



Nordrhein-Westfalen
Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzender:** Joachim Mross, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

GHH – Ungleiche Worte

Düsseldorf – Donnerstag, 14. August, 19 Uhr: Veranstaltungsreihe „80 Jahre Kriegsende in Europa“ Ungleiche Worte. Margret Boveri (1900–1975), „Tage des Überlebens. Berlin 1945“ und Margaret Bourke-White (1904–1971), „Deutschland, April 1945“, mit Dr. Katja Schlenker und Prof. Dr. Winfrid Halder. Informationen zu Veranstaltungen der Stiftung

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

- Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die
- Prämie Nr. 1 (Leuchtglobus) oder
 - Prämie Nr. 2 (Renaissanceglobus).

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

- Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
 Buchstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-04-C



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

Prämie 1: Leuchtglobus



Prämie 1: Leuchtglobus

Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefebenen, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schifffahrts- und Eisenbahnlinien.

Prämie 2: Renaissanceglobus

Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfond, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckerrouen von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.



Prämie 2: Renaissanceglobus

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Landesgruppen und Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

Gerhart-Hauptmann-Haus unter Internet: www.g-h-h.de



Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Ernst Wiechert

Dresden – Dienstag, 19. August, 14 Uhr, Büro, Großhainer Straße 96: Ernst Wiechert – ein ostpreußischer Dichter. Edith Wellnitz



Kreisvertreter: Wolfgang Schiemann, GSt.: Meike Dreyer, Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101

Angerburger Tage

Rotenburg (Wümme) – Freitag, 12. bis Sonnabend, 13. September, Hotel Harmonie, Am Pferdemarkt 3: 71. Angerburger Tage mit einem Begrüßungsabend am Freitag, 19 Uhr. Die Mitglieder der Kreisgemeinschaft Angerburg sowie alle Freunde und Bekannten sind herzlich eingeladen.

Am Sonnabend, 13. September, folgt um 10.30 Uhr das Gedenken am Patenschaftsstein an der Angerburger Eiche neben dem Kreishaus des Landkreises Rotenburg (Wümme), Hopfengarten 2. Um 11 Uhr findet die Mitgliederversammlung im Kreishaus statt. Im Anschluss besteht die Gelegenheit zum Mittagessen in der Kantine des Kreishauses. Nach einer Filmvorführung um 14 Uhr klingt der Tag bei gemütlicher Kaffeetafel am späten Nachmittag in geselliger Runde aus.

Verbindliche Anmeldungen, auch für das Abendessen am Freitag sowie eventueller Übernachtungswünsche, werden erbeten an: Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg oder an die Geschäftsstelle der Kreisgemeinschaft, Meike Dreyer, Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme).



Kreisvertreter: Elard von Gottberg, Dorfstraße 10, 39291 Ziepel, E-Mail: Elard.gottberg@gottberg-logistik.de

Heimattreffen

Steimbke – Freitag, 5. September, bis Sonnabend, 6. September, Hotel zur Post, Stöcker Straße 4, 31634 Steimbke, Landkreis Nienburg/Weser, Telefon (05026) 357, E-Mail: info@hotelzurpost-steimbke.de: Treffen der Heimatkreisgemeinschaft Bartenstein.

Wir bitten, diesen Termin vorzumerken.



Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Tel. (0151) 12305377, E-Mail: kreisvertreter@kreis-gerdauen.de, Internet: www.kreis-gerdauen.de

Hauptkreistreffen

Bad Nenndorf – Sonnabend, 4., bis Sonntag, 5. Oktober, Veranstaltungsraum, Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8: Hauptkreistreffen. Alle Landsleute aus dem Kreis Gerdauen sowie alle, die sich dem Heimatkreis verbunden fühlen, sind herzlich willkommen.

Am Sonnabendnachmittag können Sie im Vortragsraum auf eine kleine Bilderreise durch den Kreis Gerdauen gehen. Eine Auswahl von aktuellen Aufnahmen aus den Orten des Heimatkreises wird präsentiert. Schwerpunkt wird die Kreisstadt Gerdauen sein, die sich in den vergangenen Jahren sehr zum Positiven gewandelt hat. Die gezeigten Bilder dokumentieren die erfolgten und laufenden Restaurierungsarbeiten an Gebäuden und Straßen sowie die Schaffung einer touristischen Infrastruktur.

An beiden Tagen haben Sie die Möglichkeit, mit der Familienforschungsgruppe GIRDABE Kontakt aufzunehmen. Am Infotisch stehen die GIRDABE-Mitarbeiter für Anfragen und Recherchen zur eigenen Familienforschung zur Verfügung.

Sollte eine Frage nicht beantwortet werden können, werden die Daten zur Weiterbearbeitung aufgenommen. Bringen Sie bitte auch Ihre alten Dokumente aus der Heimat, Fotos und Familienstammbücher mit. Unsere GIRDABE-Mitarbeiter scannen sie vor Ort ein, sodass sie unserm Archiv zur Verfügung stehen.

Programm

Sonnabend, 4. Oktober, 9 Uhr: Öffnung des Veranstaltungsraumes im Hotel Esplanade, Infotisch mit Heimatbriefen und Büchern; 9.30 bis etwa 11.30 Uhr, Vortragsraum im Keller, Aufzug vorhanden: Kreistagssitzung, Sie sind herzlich eingeladen, daran teilzunehmen und sich über unsere Arbeit zu informieren. Ihre Fragen, Wünsche und Anregungen können Sie in einer Fragestunde loswerden.

Im Laufe des Tages haben Sie Gelegenheit zum Kennenlernen und Wiedersehen von Landsleuten aus dem Heimatkreis und zum direkten Kontakt mit Ihren Kirchspielvertretern (nach der Kreistagssitzung); Infostation unserer Familienforschungsgruppe GIRDABE: Hier können Sie Recherchen in der Datenbank vornehmen lassen, Suchanfragen stellen, Ihre Familiendaten zur Verfügung stellen und mitgebrachte Dokumente und Fotos für unser Archiv scannen lassen.

Das Hotel bietet im Veranstaltungsraum Mittagessen nach Auswahlkarte, Getränke und am Nachmittag Kaffee und Kuchen an.

16 Uhr, Vortragsraum im Keller, Aufzug vorhanden: Fotoschau mit aktuellen Aufnahmen aus Gerdauen sowie dem nördlichen und süd-

lichen Kreisgebiet; 18.30 Uhr: gemeinsames Abendessen; danach Gemütliches Beisammensein mit kleinen Einlagen, gemeinsame Gestaltung, eigene Beiträge der Landsleute sind herzlich willkommen.

Sonntag, 5. Oktober, 9 Uhr: Öffnung des Veranstaltungsraumes im Hotel Esplanade (Infotisch mit Heimatbriefen und Büchern, Infostation von GIRDABE); 10.30 Uhr: Feierstunde im Vortragsraum - Begrüßung durch den Kreisvertreter, Grußworte der Gäste, Ostpreußischer Vortrag, Geistliches Wort und Totengedenken, Schlusswort des Kreisvertreters, Gemeinsamer Gesang des Ostpreußenliedes; anschließend Gelegenheit zum Mittagessen im Veranstaltungsraum, zum gemütlichen Beisammensein und Gesprächen mit den Landsleuten. Programmänderungen sind vorbehalten.

Übernachtungswünsche richten Sie bitte an das Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf, Telefon (05723) 798110, E-Mail: kontakt@hotel-esplanade.de. Bitte reservieren Sie rechtzeitig und geben Sie bei der Buchung das Stichwort Hauptkreistreffen Gerdauen an.

Walter Mogk, Kreisvertreter



Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Hedesheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174)9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de.

Geschäftsstelle: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Hedesheim

75 Jahre Charta

Stuttgart – Dienstag, 5. August, 13 bis 17 Uhr, Weißer Saal, Neues Schloss, Schlossplatz 4: Zentrale Auftaktveranstaltung zum Tag der Heimat am Jubiläumstag mit einem Festakt „75 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen“, Tag der Heimat, mit einer Festrede des Bundeskanzlers Friedrich Merz.

Vor 75 Jahren wurde die Charta der deutschen Heimatvertriebenen, dieses „Grundgesetzes“ der Vertriebenen, am 5. August 1950 in Bad Cannstatt von 30 Vertretern der deutschen Heimatvertriebenen unterzeichnet und öffentlichkeitswirksam am Folgetag in Stuttgart vor den Ruinen des Neuen Schlosses verkündet.

Zu den Unterzeichnern der Charta gehörte auch der Gründer der Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise e.V. (AdM) Dr. Otto-Schreiber, der im Oktober 1948 die Landsmannschaft Ostpreußen gründete und deren erster Sprecher war. Um dies angemessen zu würdigen, wird der Bund der Vertriebenen seine zentrale Auftaktveranstaltung zum Tag der Heimat in diesem Jahr am Jubiläumstag sowie am historischen Ort durchführen.



Rätsel

Large crossword puzzle grid with various clues in German. Includes a small 4x4 Sudoku grid and a 6x6 Diagonal puzzle grid.

Sudoku

9x9 Sudoku grid with some numbers pre-filled.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

6x6 grid for a diagonal puzzle with numbers 1-6 placed along the main diagonal.

Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Verwante.

- 1 Bergstock
2 Fädchen
3 Milchprodukt
4 Palmenfrucht
5 sonnig, wolkenlos und hell
6 Polizeidienststelle

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für mit Nachdruck und bestimmt.

- 1 Baumwollstoff, 2 norddeutsch: kleine Mücke, 3 weiblicher Fisch, 4 einen hell klingenden Ton von sich geben (Mücke), 5 Verlangen, Bitte

Diagram for the 'Kreiskette' puzzle showing a path of arrows around a central grid.

Heimatkreisgemeinschaften

Die Teilnahme am Festakt im Weißen Saal im Neuen Schloss ist nur mit Einlasskarten möglich. Diese sind zu bestellen beim Bund der Vertriebenen, Godesberger Allee 72-74, 53175 Bonn, oder per Mail: info@bdvbund.de. Bereits um 10 Uhr findet eine Kranzniederlegung am Vertriebenen-Kolnmal im Kurpark Bad Cannstatt statt.

Vertretertag

Fürstenau – Dienstag, 12. August, 9 Uhr, Hotel Wilken, Große Straße 7: Vertretertag.

Treffen

Köln – Sonnabend, 2. August, 14 Uhr, Brauhaus Köln-Dellbrück, Dellbrücker Hauptstraße 61: Treffen der Memellandgruppe Köln. Wie immer besteht die Möglichkeit ab 13 Uhr ein Mittagessen einzunehmen.
Ingrid Schröder
1. Vorsitzende Gruppe Köln

Preußisch Eylau

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. **Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatomuseum** im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries

76. Heimatkreistreffen

Verden – Wochenende, 19. bis 21. September, Landhotel Zur Linde, Thedinghauser Straße 16: 76. Heimatkreistreffen. Hierzu sind alle Mitglieder der Kreisgemeinschaft, also alle Kreisblattbezieher, und Familienangehörige sowie Freunde und Bekannte herzlich eingeladen.

Freitag, 19. September, 9.30 bis 11 Uhr, Landkreis Verden, Eingang Ost, Lindhooper Straße 67: Das Heimatmuseum ist für die Delegation aus Ostpreußen und Besucher des Kreistreffens geöffnet. 14.30 Uhr, Kreishaus, Haupteingang, 1. OG, Raum 1099: Gesamtvorstandssitzung der Kreisgemeinschaft Pr. Eylau.

Sonnabend, 20. September, 9.30 Uhr: Abfahrt mit dem Shuttlebus vom Landhotel zum Bürgerpark. 10 Uhr, Bürgerpark: Kranzniederlegung und Ansprache von Pfarrer Hermann. 11 Uhr, Landhotel: offizieller Empfang und Feier-

stunde der Stadt Verden (Aller) und des Landkreises Verden. Im Anschluss, Umtrunk mit original ostpreußischem Pillkaller und der Möglichkeit zur Unterhaltung mit den Gästen und den Partnern aus unserer Heimat. 14 Uhr, Landhotel, Raum 1099: Mitgliederversammlung. 15.30 Uhr: gemeinsames Kaffeetrinken mit typisch ostpreußischem Blechkuchen und genügend Zeit, um sich zu unterhalten, alte Erinnerungen auszutauschen und aufzufrischen. 16.30 Uhr: Der Beauftragte der Kreisgemeinschaft, beantwortet Fragen zur Familienforschung und gibt Einblicke in die Familienforschung. 18 Uhr: Referat von Dietmar Anger „Ännchen von Tharau“, eine Legende aus dem Heimatkreis Pr. Eylau. 18.30 Uhr: gemeinsames Abendessen mit allen Teilnehmern, Gerichte à la carte. 19.30 Uhr: Heimatabend, es wird ein Film über Pr. Eylau gezeigt, gemeinsam gesungen, ein weiterer Film über Ostpreußen gezeigt und danach wird es ein gemütliches Beisammensein geben.

Sonntag, 21. September, 9.30 bis 12 Uhr: Landkreis Verden, Eingang Ost, Lindhooper Straße 67: Das Heimatmuseum ist für die Besucher des Kreistreffens geöffnet. 10 Uhr: gemeinsames zweites Frühstück – Klein Mittag – zum Plachandern mit der Möglichkeit zum Austausch von Erinnerungen und Erlebnissen, denn Ostpreußen sind sehr gesprächig. Außerdem werden Fragen zu den Bildtafeln und Aushängen beantwortet. Vielleicht können Fragen beantwortet werden, die Eltern oder Großeltern nicht mehr beantworten können. Es werden, wie auch in den vergangenen Jahren, zahlreiche Bildtafeln aufgestellt.

Weitere Informationen: Das Landhotel liegt auf der anderen Seite der Aller, etwa 1,4 Kilometer vom Bahnhof entfernt. Bei Bedarf werden Sie gerne vom Bahnhof abgeholt, melden Sie sich bitte unter (0174) 2900486. Das Heimatmuseum der Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau befindet sich im Verdener Kreishaus, Eingang Ost, und ist am Freitag und am Sonntag von 9.30 bis 12 Uhr geöffnet. Der Weg im Kreishaus ist ausgeschildert. Nach vorheriger Anmeldung, spätestens bis zum 15. September, und Nennung des Wunsches per E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de wird die Beauftragte für das Archiv der Kreisgemeinschaft am Freitag im Heimatmuseum/Archiv anwesend sein und Fragen beantworten oder im Archiv in den vorhandenen Unterlagen nachsehen.

Der Bücherstand während des Kreistreffens bietet Ostpreußenliteratur sowie Bücher der Kreisgemeinschaft zu folgenden Zeiten an: Am Sonnabend ab 13 Uhr und am Sonntag ab 10 Uhr.

Es werden traditionelle Spezialitäten aus Ostpreußen wie Marzipan und Spirituosen angeboten.

Rastenburg

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm.

Geschäftsstelle: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950

Hauptkreistreffen

Wesel – Sonnabend, 9. August, bis Sonntag, 10. August, 11.30 Uhr, Gaststätte Bürger-Schützen-Haus zu Wesel, An der Tent 9: Hauptkreistreffen.

Sonnabend, 9. August, 10 Uhr, Friedhof, an der „Trauernden Vesalia“, Caspar-Baur-Straße: Kranzniederlegung. Ab 15 Uhr, Hotel Kaisershof, Kaiserring 1: geselliges Beisammensein.

Sonntag, 10. August, 9.30 Uhr, Gnadenkirche, Wackenbrucher Straße 82: Evangelischer Gottesdienst. 11 Uhr, Bürger-Schützen-Haus zu Wesel, An der Tent 9: Hauptkreistreffen. Es wird Mittagessen geben. 14.30 Uhr: Musikeinführung, Blasmusik Lackhausen, Begrüßung durch Hubertus Hilgendorff, gemeinsames Singen, Ansprachen von Heinrich Friedrich Hesselmann, stellvertretender Landrat des Kreises Wesel, und Ulrike Westkamp, Bürgermeisterin der Stadt Wesel. 16 Uhr: Großer Zapfenstreich, Blasmusik Lackhausen und Tambourcorps Wesel-Fustenberg. 16.30 Uhr: geselliges Beisammensein.

Mitgliederversammlung

Wesel – Sonntag, 10. August, 11.30 Uhr, Gaststätte Bürger-Schützen-Haus zu Wesel, An der Tent 9, unweit des Haupteingangs der Niederrheinhalle, mit folgender Tagesordnung:

1. Begrüßung durch den Kreisvertreter, 2. Feststellung der Anwesenheit und Genehmigung des Protokolls vom Vorjahr, 3. Bericht des Kreisvertreters, 4. Kassen- und Prüfungsbericht, 5. Entlastung des Vorstands und der Kassenführung, 6. Haushaltsplan 2026, 7. Heimatbriefe „Rund um die Rastenburg“, 8. Bildband, 9. Rastenburg-Treffen 2025/26, 10. Verschiedenes.

Anträge beziehungsweise Vorschläge zur Tagesordnung sind bis zum 3. August einzureichen. Autos können auf dem Parkplatz an der Rundsporthalle kostenlos geparkt werden. Fragen beantwortet die Geschäftsstelle Rastenburg telefonisch unter (0281) 26950.

Hubertus Hilgendorff

DOKUMENTATIONSZENTRUM FLUCHT VERBREIBUNG VERSÖHNUNG

Flucht und Ankommen

Erinnerungen bewahren und öffentlich machen. Schon heute nutzen viele Besucher das Angebot im Lesesaal

Den aktuellen Sammlungsauftrag anlässlich 80 Jahre Flucht und Vertreibung startete das Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung am 12. Januar, genau 80 Jahre nachdem im Jahr 1945 die Großoffensive der Roten Armee, die Weichsel-Oder-Operation, begann.

Die Resonanz ist eindrucksvoll. Über 1000 Rückmeldungen sind eingegangen und davon haben das Dokumentationszentrum bis heute 832 Einsendungen mit Fluchtberichten, lebensgeschichtlichen Erinnerungen, Fotos und Dokumenten erreicht. Aktuell werden die persönlichen Berichte und Unterlagen erschlossen, um sie schnellstmöglich zugänglich zu machen. Rund 20 Prozent der Einsendungen, die über die Schrecken von Flucht und Vertreibung aus den preußischen Ostprovinzen zwischen Ostsee und Riesengebirge, aber auch aus den deutschen Siedlungsgebieten im östlichen und südöstlichen Europa berichten sind schon über die Medienstationen im Dokumentationszentrum recherchierbar und zugänglich, wie bereits über 1000 weitere Berichte, die seit 2017 gesammelt wurden. Wie zum Beispiel die Flucht der sechsjährigen

Monika Klingener aus Königsberg, über Rauschen nach Schleswig-Holstein. Sie konnte ein Fotoalbum retten und bekam einen Teddy geschenkt als Ersatz für ihre verlorene Puppe, der noch heute ein Stück Kindheit bewahrt.

Einige Zeitzeugen und Nachkommen entscheiden sich bewusst, die Originale zu behalten und stellen stattdessen Scans zur Verfügung, ein guter Kompromiss zwischen privater Erinnerung und Bewahren für eine breite Öffentlichkeit. Sehr viele Einsendungen stammen von Kindern und Enkeln der Überlebenden von Flucht und Vertreibung, aber es schreiben auch noch zahlreiche Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, meist mit sehr persönlichen Erzählungen.

Für eine abschließende Bilanz ist es noch zu früh, denn oft wird auch nach Rückfragen durch die engagierten Mitarbeiter des Dokumentationszentrums zusätzliches Material nachgereicht, viele Konvolute sind daher noch nicht komplett. Man kann aber schon feststellen, dass die Mehrzahl der Einsendungen klassische Fluchtberichte sind, oft sehr bewegend. Historische Schriftstücke und Fotos sind meist nur einzuordnen, wenn es dazu einen Bericht gibt. In

etlichen Familien haben dazu nun Recherchen begonnen, damit den bewahrten Dokumenten eine Geschichte zugeordnet werden kann.

Das Ziel des Aufrufs wird in jedem Fall in beträchtlicher Zahl erreicht werden: Lebensgeschichten sichtbar zu machen und vor dem Vergessen zu bewahren und zugleich nachgeborenen Generationen über Berichte von Zeitzeugen eine Annäherung an das Schicksal von Eltern und Großeltern zu ermöglichen. Dies ist insbesondere dann wichtig, wenn es in der eigenen Familie niemanden mehr gibt, der befragt werden kann. Das Dokumentationszentrum schafft mit seinem Zeitzeugenarchiv auf diese Weise Raum für Familienforschung, Verständnis und Mitgefühl. Täglich nutzen insbesondere Nachfahren von Vertriebenen dieses Angebot im Lesesaal des Dokumentationszentrums.

Leonie Mechelhoff/PAZ

● **Einsendungen** per E-Mail an: geschichten@f-v-v.de, per Post an Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung, Zeitzeugenarchiv, Anhalter Straße 20, 10963 Berlin. Mehr Informationen im Internet unter www.f-v-v.de oder Telefon (030) 2062998-0.



Über die Internetseite, per E-Mail oder Post: Erinnerungen teilen geht auf vielen Wegen

Bild: SFVV

ANZEIGE

Kulturzentrum Ostpreußen

Sommerferien 2025, Museums-Atelier Kulturzentrum Ostpreußen, Schloßstraße 9, 91792 Ellingen, Anmeldungen unter Telefon (09141) 86440 oder per E-Mail: service@kulturzentrum-ostpreussen.de.

Dienstag, 12. und 19. August, 14.30 bis 16.30 Uhr, Kosten: 5,- Euro, ab 6 Jahren: **Was kreucht**

und flucht denn da? – Mission Vogelwarte Rositten. Naturentdecker auf den Spuren der Flora und Fauna Ostpreußens.

Dienstag, 26. August und, 9. September, 14.30 bis 16.30 Uhr, Kosten: 5,- Euro: **BernsteinLabor I & III.** Wir entdecken die Bernstein-Ausstellung und werden zu Bernsteinschleifern.

Donnerstag, 4. September, 10 bis 12.30 Uhr, Kosten: 4,- Euro: **Das BernsteinLabor II.** Wir werden zu Forschern und experimentieren an Bernsteinen.

Freitag, 5. September, 10 bis 12.30 Uhr, ab 6 Jahren, Kosten: 4,- Euro: **Die ZeitReise.** Wir tauchen ein in die Welt des Deutschordens.



Ewig
wird es Deinen Namen geben, denn Du fülltest ihn mit Leben,
alle Zeit, die Du gewesen, ist in unserem Herz zu lesen.
Und so lassen wir Dich gehen, denn im großen Buch wird stehen:
„Lieb und Glück vereint empfunden, überdauert ja die Stunden!“

Ewig

In Liebe und großer Dankbarkeit und überreich an Erinnerungen nehmen wir Abschied von meinem warmherzigen Ehemann, unserem liebevollen Vater, Großvater und Schwiegervater

Wolfgang Neumann

Ltd. Oberstaatsanwalt a.D.
geboren am 24. Februar 1935 in Königsberg in Ostpreußen
verstorben am 30. Juni 2025 in München

Tief verbunden mit seiner Familie und seiner Heimat,
den Menschen stets zugewandt und durch Gottes Liebe gestärkt,
ist sein bewegtes, arbeitsames und erfülltes Leben sanft zu Ende gegangen

Wir sind sehr traurig
und doch glücklich, dass unsere gemeinsame Lebensspanne so lange währen durfte.

Sabine Neumann, geb. Meschke
Welf und Telse Neumann mit Merle und Nick
Elfie und Christian Prinz mit Helene, Johannes und Philipp

München / Engensen im Juli 2025

HERMANN SUDERMANN'S

„Die Reise nach Tilsit“

Ein Vierteiler und Klassiker Ostpreußens, der bereits vier Mal verfilmt wurde – aber fast nie an den Originalschauplätzen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Der aus Matzicken im ostpreußischen Regierungsbezirk Gumbinnen stammende Bestsellerautor Hermann Sudermann veröffentlichte 1917 vier naturalistische Erzählungen unter dem Gesamttitel „Litauische Geschichten“, deren Handlungen allesamt im ländlichen Milieu der Peripherie von Ostpreußen spielen. Der erste Teil dieses Vierteilers trug den Titel „Die Reise nach Tilsit“ und erlangte bemerkenswerte Popularität.

Daher wurde der Stoff auch insgesamt vier Mal verfilmt, nämlich 1927 in Hollywood, 1939 im Dritten Reich, 1969 in der Bundesrepublik und 1981 in der Sowjetunion. Darüber hinaus entstanden in den Jahren 1950, 1957 und 1974 noch drei Hörspielfassungen des NWDR Hamburg, des Senders Freies Berlin sowie des ORF Wien. Allerdings fanden die Dreharbeiten für die Spielfilme zumeist leider nicht an den Schauplätzen der Romanhandlung statt – die einzige Ausnahme hiervon war die Majestic-Film-Produktion aus dem Jahre 1939.

Unter der Leitung des Star-Regisseurs Veit Harlan agierten bekannte Schauspieler wie der Niederländer Frits van Dongen und die spöttisch als „Reichswasserleiche“ bezeichnete Schwedin Kristina Söderbaum in den Fischerdörfern Karkeln am Kurischen Haff und Pillkopen auf der Kurischen Nehrung sowie an der Memelmündung und in Tilsit. Die Produktion des Filmes, welche am Ende etwas mehr als eine Million Reichsmark verschlang, dauerte vom 6. Februar bis zum 25. Oktober 1939 – dabei fanden Harlan und Söderbaum sogar noch die Zeit zu heiraten. Anschließend gab es am 2. November eine erste öffentliche Uraufführung in Tilsit, der sich 13 Tage später die große Premiere in Berlin anschloss.

Bei dieser war auch der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda



In der Verfilmung von 1939 spielt die schwedische Schauspielerin Kristina Soederbaum – hier in einer Szene mit Anna Dammann – die weibliche Hauptrolle neben dem Niederländer Frits van Dongen

Bild: ullstein bild; Wikimedia/Nicola Perscheid

sowie Präsident der Reichskulturkammer Joseph Goebbels zugegen, welcher den Streifen in seinem Tagebuch folgendermaßen bewertete: „Ein gutgemachter, künstlerischer Film. Aber eine zu quälende Ehetragödie.“

Eine Tragödie, die Goebbels an seine eigene erinnerte

Dieses eher emotionale Urteil resultierte daraus, dass Goebbels die Parallelen zu seiner eigenen persönlichen Situation natürlich sofort erkannt hatte. Denn er stand damals genau wie die männliche Hauptperson der Geschichte zwischen zwei Frauen, und wusste keinen rechten Ausweg für sich.

„Die Reise nach Tilsit“ war eine klassische Dreieckstragödie, die damit begann, dass der gut situierte, verheiratete Fischer Endrik Settegast aus Elchwerder von der ebenso schönen, verführerischen wie aufdringlichen Polin Madlyn Sapierska, verkörpert von der Hamburgerin Anna Dammann alias Edith Geese, umgarnt wurde. Das Gleiche geschah logischerweise sehr zum Leidwesen von Endriks „arisch“ anmutender Ehefrau Elske. Im Laufe der Zeit eskalierte die Situation sehend, was nicht zuletzt am Eingreifen von Elskes Vater Erwin Bohrmann lag, der die Verführerin sogar mit Peitschenhieben zu vertreiben versuchte. Damit erreichte er aber nur, dass Endrik den Ent-

schluss fasste, seine Frau zu beseitigen, um danach mit Madlyn einen Beziehungsneustart zu wagen.

Viel Drama und noch mehr Liebe

Der Mord an Elske sollte während einer Fahrt mit dem Fischerboot nach Tilsit stattfinden. Diese Reise diente nach außen hin dem Zweck, das Pferd Lise in der Stadt zu verkaufen. Auf See überließ Endrik dann der unerfahrenen Elske das Steuer, damit sie das Boot in einen gefährlichen Strudel hineinmanövriert. Elske durchschaute die Absicht ihres Mannes, einen Untergang zu provozieren, den wohl nur er überleben könnte, war aber zu deprimiert, um zu widersprechen. Aller-

dings bekam Endrik ein schlechtes Gewissen und verhinderte die Katastrophe im letzten Augenblick.

In Tilsit angekommen, kaufte der Fischer seiner Frau einen teuren Pelz, bevor die beiden halbwegs versöhnt die Rückreise antraten, wobei wiederum auch das Pferd an Bord war, weil sich kein Interessent dafür gefunden hatte. Während der Fahrt sank das Boot in einem schweren Sturm. Endrik konnte an Land schwimmen, wo er verzweifelt glaubte, Elske sei tot. Diese wurde allerdings von dem Pferd Lise gerettet, das seine Besitzerin ans Ufer zog. Dort wiederum stieß ausgerechnet Madlyn auf die ohnmächtige Elske. Anschließend beschloss die Polin aufgrund einer plötzlichen Eingebung, die Ehe von Endrik und Elske nun nicht mehr länger zu gefährden und den Rückzug anzutreten.

Antipolnische Tendenzen

Anders als in der Originalerzählung Sudermanns, in welcher der männliche Protagonist am Ende ertrinkt, nahm der Film also ein glückliches Ende, was die Kritiker fast durchweg bemängelten – zumal der Sinneswandel von Madlyn ohne jegliche Vorwarnung oder Erklärung erfolgte. Darüber hinaus erhielt der Streifen des erfolgsvorwöhnten Harlan auch keinerlei Auszeichnungen, obwohl er beim Publikum trotz allem recht gut angekommen war und bis Februar 1941 immerhin mehr als das Doppelte seiner Produktionskosten einspielte. Diese auffällige Nichtbeachtung von Seiten des NS-Kulturbetriebes führte dann wiederum dazu, dass „Die Reise nach Tilsit“ ab 1952 wieder in den Kinos im Westen Deutschlands gespielt werden durfte – allerdings in einer fünf Minuten kürzeren Fassung ohne Passagen mit angeblich antipolnischen oder rassistischen Tendenzen. Politisch-korrekte „Bereinigungen“ beziehungsweise Verstümmelungen von Kunstwerken waren also schon damals üblich.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Wie bedeutend sind Hunderte Jahre Deutschtum in Schlesien?

Die Breslauer Debatte zur Rückkehr alter Inschriften ruft Gegenvorschläge auf den Plan

Auf dem Breslauer ‚Ring‘ – so nennt man in Schlesien die Marktplätze – demonstrierten am Sonntag etwa 100 polnische Nationalisten gegen eine „Germanisierung“ der Stadt. „Wir sind empört über die jüngsten Ereignisse: Auf der Kaiser-Wilhelm-Brücke [Most Grunwaldzki] soll die deutsche Aufschrift ‚Kaiserbrücke‘ zurückkehren und aus der Aula Leopoldina der Universität Breslau ist der Weiße Adler verschwunden“, so Miłosz Tamulewicz, Vorsitzender der Nationalen Bewegung in Breslau, gegenüber der Zeitung „Gazeta Wroclawska“.

Die polnische Geschichte Breslaus reiche Jahrhunderte zurück. Die Böhmisches Herrschaft sei ähnlich lang und die deutsche Geschichte stünde erst an dritter Stelle, so Tamulewicz, der damit alte nationalkommunistische Narrative aufwärmt, nach der die Zeit der Piastenfürsten unter böhmischer Oberhoheit eine „tschechische“ Geschichte sein soll – die Zugehörigkeit Böhmens zum römisch-deutschen Reich wird dabei unterschlagen. „Niemand stellt infrage, dass es hier vor dem Krieg deutsche Benennungen gab. Aber unserer Meinung nach sollte vor allem die polnische Geschichte der Stadt gepflegt und weitergegeben werden.“

Für die Kundgebung hätten die Organisatoren gezielt den 27. Juli gewählt, so Tamulewicz, „da an diesem Tag vor 80 Jahren die Breslauer Adolf-Hitler-Straße in die ulica Adama Mickiewicza und die Bismarckstraße in ulica Bolesława Chrobrego umbenannt wurden“, sagt er.

Die Demo-Organisatoren traten auch mit einer eigenen Initiative auf. Sie fordern nämlich die Umbenennung der Jahrhunderthalle in Jahrtausendhalle. „Der derzeitige Name erinnert an den Sieg Deutschlands über Napoleon 1813, der 1913 mit dem Bau der Halle gewürdigt wurde. Wir wollen diesen Namen polonisieren – um an das tausendjährige Bestehen der polnischen Krone und dass Breslau seit 1000 Jahren mit Polen verbunden ist, zu erinnern“, so Bartłomiej Lech von der Allpolnischen Jugend gegenüber Radio Breslau. Schließlich hätten die Piasten vor etwa tausend Jahren auf der Dominsel eine Burg errichtet und ein Bistum gegründet, das der Erzdiözese Gnesen [Gniezno] unterstand, so Lech. Für ihn ist die Wiederherstellung deutscher Inschriften auf renovierten Bauten unzumutbar. Besonders im Falle der Kaiserbrücke sagt er: „Diese Inschrift entstand in der deutschen Zeit, verschwand nach dem Ersten



Löst bei manchen heftige Emotionen aus: Nach der Sanierung soll die deutsche Inschrift auf die Kaiser-Wilhelmbrücke in Breslau zurückkehren

Bild: Wagner

Weltkrieg und wurde nach 1945 nicht wiederhergestellt.

Die Entscheidung über die Wiederherstellung der ursprünglichen deutschen Beschriftung auf der Kaiser-Wilhelm-Brücke ist zwar noch nicht gefallen, doch der Denkmalschutzbeauftragte der Woiwodschaft Niederschlesien, Daniel Gibski, hat bereits grünes Licht gegeben.

Die Sanierung der Kaiserbrücke soll 2027 beginnen, erst danach wolle man sich im Magistrat mit den Brückeninschriften auseinandersetzen.

Das Argument, dass „nur, weil etwas einst hier war, dieses zurückkommen muss“, zieht bei den Vertretern der Allpolnischen Jugend nicht. „Schließlich will man an Stelle des heute am Ring stehen-

den Aleksander-Fredro-Denkmalen auch nicht wieder Kaiser Wilhelm zurück“, so Lech von der Allpolnischen. Ehemalige „ostpolnische“ Städte wie Wilna und Lemberg gehörten nun anderen Nationen, „und auch dort wird diese Diskussion geführt. Wir respektieren andere Nationen und ihr Recht, die Identität ihrer Städte zu gestalten. Wir verstehen beispielsweise die Ukrainer und Litauer, die wollen, dass ihre Städte einen zeitgemäßen nationalen Charakter haben. Wir lehnen jedoch eine Politik ab, die Minderheiten diskriminiert, wie in der Region Wilna, wo Polen für die Verwendung polnischer Ortsnamen bestraft werden, obwohl sie in einigen Orten 90 Prozent der Einwohner ausmachen. In Polen, zum Beispiel in der Region Oppeln, nutzt die deutsche Minderheit doppelte Namen und hat eigene Schulen – und niemand macht ihr deswegen Probleme. Breslau ist heute eine polnische Stadt, in der es keine deutsche Gemeinschaft mehr gibt“, bekräftigt Lech und blendet somit die etwa 1500 Mitglieder der deutschen Volksgruppe in Breslau ebenso aus wie den Umstand hoher Hürden für zweisprachige Schilder in Oberschlesien.

Chris W. Wagner

SEEBRÜCKEN IN POMMERN (TEIL 2)

Flaniermeilen und Landebahn

Jede für sich ganz speziell mit individueller Geschichte – aber alle dem Meer ganz nah

VON ERWIN ROSENTHAL

Mit der Inbetriebnahme der Misdroyer Brücke im Jahr 1906 war ein Schlusspunkt unter die schier unendliche Geschichte der mühseligen Anreise nach Misdroy (Międzyzdroje) gesetzt worden. Der komfortable Salondampfer „Prinz Heinrich“ brachte Misdroy nun an Sonntagen hunderte Ausflügler und Gäste aus Stettin, die früher nach Swinemünde, Heringsdorf oder Ahlbeck befördert wurden. Die Freude über die neue Brücke sollte jedoch nicht lange währen. Zu Silvester 1913 richtete ein Orkan schwere Schäden an der Brücke an. Ein halbes Jahr später konnte das Bauwerk wieder übergeben werden.

Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde befürchtet, der Landungssteg könnte von den Russen genutzt werden. Kurzerhand sprengten Swinemünder Pioniere dessen seeseitiges Drittel mit dem Café in die Luft. Erst 1921 wurde die Brücke erneuert. Sie maß nun nur noch 200 Meter. Im Jahre 1954 beschädigte ein Sturm im nunmehr polnischen Ostseebad Misdroy das Bauwerk. Sechs Jahre später brannte der Eingangsbereich durch die Unachtsamkeit eines Strandkorbwäglers nieder. Schließlich verfiel die Brücke mehr und mehr, sodass sie im Jahr 1985 aus Sicherheitsgründen gesperrt werden musste. Zehn Jahre später errichtete man eine neue, lediglich 120 Meter lange Seebrücke, die sich allerdings nur zum Promenieren eignete. Schließlich war im Frühjahr 2003 Baubeginn für deren Ver-



Misdroy: Mit „Erlebnisbereich“

längerung auf 395 Meter. Eine deutsche Reederei hatte Millionen investiert, um Misdroy mit ihren Ausflugsdampfern anlaufen zu dürfen. Wie ein Phönix aus der Asche stieg die Brücke nach fast einhundert Jahren wieder auf, nicht weniger attraktiv als im Jahre 1913.

Im Eingangsbereich des neuen Bauwerks kann man shoppen, einen Imbiss nehmen, in einem Café seinen Latte Macchiato genießen, von seinem Eisbecher naschen oder in einem Restaurant speisen. Am Anlegesteg auf dem Brückenkopf herrscht im Sommer durch das sogenannte „Seebrücken-Hopping“ reges Leben. An manchen Tagen kommen dort 200 Passagiere mit dem Ausflugsdampfer



Der Seesteg Zoppot: Er ist einzigartig und in ein Ensemble eingebettet, das seit den 1920er Jahren fast unverändert besteht

Bilder (4): Rosenthal

an. Die Schiffspassage von Heringsdorf nach Misdroy hatte bereits 1924 den deutsch-amerikanischen Künstler Lyonel Feininger zu seinem Bild „Dampfer nach Misdroy“ inspiriert.

Zu den „Schönen“ in der pommerischen Bucht gehört auch der Seesteg im Rügensch Ostseebad Sellin. Im Jahr 1906 war die erste, 508 Meter lange Brücke, eingeweiht worden. Ebenso wie ihre Nachfolgerin fiel sie dem Sturm und dem Eisgang zum Opfer.

Nach dem Muster der früheren Brücke entstand in den 1990er Jahren auf Initiative des früheren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, eine neue, attraktive Brücke. Mit einer Länge von 394 Metern ist sie der Primus auf der Insel. Das 1998 eröffnete Brückenhaus ist ein Wahrzeichen des Ostseebades und gilt als Grande Dame der Selliner Bäderarchitektur. Seit 2015 verbindet ein Schrägaufzug die Seebrücke mit dem höher gelegenen Ortszentrum. Von der Brücke aus sind Schiffsfahrten zum Königsstuhl und rund um Rügen möglich. Auf dem Brückenkopf befindet sich eine Tauchgondel.

Im Nachbarort Binz hatte es am 28. Juli 1912 bei schönstem Sommerwetter beim Anlegen eines Dampfers ein schweres Unglück gegeben. Unter der Last der Besucher stürzte ein Balkon der „Prinz-Heinrich-Brücke“ ein und riss 50 Menschen ins Wasser. 16 Menschen, darunter zwei Kinder, kamen dabei ums Leben. Ein Jahr später wurde daraufhin in Leipzig die Deutsche Lebens-Rettungs-

Gesellschaft (DLRG) gegründet. Eine 1002 Meter lange Seebrücke war im Jahr 1898 am Göhrener Südstrand (Insel Rügen) erbaut worden. Sie wurde während des Ersten Weltkrieges aus Sicherheitsgründen – offensichtlich aus Furcht vor der Marine des russischen Zaren – abgetragen. Die mit 720 Metern längste Seebrücke im Ostseeraum hat seit dem vergangenen Jahr das Ostseebad Prerow auf dem Darß. Am Brückenkopf, die Wassertiefe beträgt hier fünf Meter, befindet sich der hufeisenförmig angelegte „Inselhafen Prerow“. Er bietet Platz für Fischerkutter, Sportboote sowie den Seenotrettungskreuzer „Nis Randers“. Der Hafenneubau war erforderlich geworden, weil der Nothafen am Darßer Ort geschlossen werden musste.

Die Längsten

Damit ist die bis dahin längste Seebrücke in Zoppot [Sopot], früher zu Westpreußen, später zum Freistaat Danzig, und heute zum polnischen Westpommern gehörend, auf Rang zwei gerutscht und nennt sich jetzt „längste Holzbrücke an der Ostsee“. Die wunderschöne, weiß gestrichene Seebrücke ragt 511,5 Meter in die Danziger Bucht hinein. Während sie früher „Seesteg“ genannt wurde, nennt man sie heute schlicht und einfach Molo. Auf ihrem Brückenkopf befinden sich Gaststätten sowie Anlegemöglichkeiten für Boote und Ausflugschiffe. Der einstige Wellenbrecher wurde in einen neuen Jachthafen integriert.

Bereits 1823 gab es den ersten Seesteg, wie die Seebrücke hier stets genannt wurde. Er war ganze 31 Meter lang. Bereits 1841 wurde er „auf dringenden Wunsch der Badegäste“ erweitert. Die Verlängerung auf 63 Meter und die Verbreiterung auf 2,5 Meter kosteten 233 Taler. Außerdem wurden Bänke aufgestellt.

Kontinuierlich geschah eine Erweiterung. Aber immer war der Seesteg Bestandteil der Gesamtanlage des Kurgarten-Ensembles mit Kurhaus, Warmbad, dem Großkurgarten mit Wandelhallen, dem Seesteg und dem Spielkasino. Der Seesteg erreichte jetzt eine Länge von über 500 Metern und war Anlaufstelle der Schiffe des Seedienst Ostpreußen.

Zoppot, mit seinen vielfältigen Angeboten, nannte sich das „Weltbad an der Ostsee“ und hatte tatsächlich Besucher aus der ganzen Welt, speziell zu den Wagner-Aufführungen in der Waldoper. Das Aussehen der Gesamtensembles ist nach Rekonstruktionsarbeiten der Polen, denn das Kurhaus in Zoppot war fast die einzige Zerstörung im Zweiten Weltkrieg, seit den 1920er Jahren nahezu geblieben.

Spektakulär: 2019 landete ein Kunstflieger mit seinem Kleinflugzeug als Werbeaktion auf dem Seesteg. Es war „Maßarbeit“, denn die Maschine nahm fast die gesamte Breite des Seestegs von 10,5 Metern ein, der teils bis 26 Meter breit ist.

Im Ranking der schönsten Seebrücken Europas im Jahr 2020 belegten Sellin, Heringsdorf und Zoppot vordere Plätze.

Teil Zoppot: B. Stramm



Sellin auf Rügen: Sie gehört zu den „Schönen“ und ist Wahrzeichen des Seebades



Heringsdorf: Stimmungsvolle Sonnenaufgänge an der Ostsee genießt man gerne

● MELDUNGEN

Schwarzstorch, Tennis und Stettiner Hütte

Stettin – Der Stadtrat hat den Verkauf von Alkohol zeitlich auf 18 bis 23 Uhr beschränkt. Der Beschluss wird ab Freitag, den 8. August, umgesetzt. Er ist in Stettin umstritten. Die Gegner befürchten den Verlust von Arbeitsplätzen, die Befürworter erhoffen sich Ordnung und Sicherheit. TS

Swinemünde – Vor Swinemünde wurde in der vergangenen Woche ein toter Wal entdeckt, der im Hafenecken trieb. Derzeit wird davon ausgegangen, dass sich das Tier am Bug eines LNG-Tankers verfangen und so mitgeschleppt wurde. Nun wird über eine Bergung des Wals beraten. TS

Stralsund – Am vergangenen Wochenende fanden die Wallensteinstage statt. Höhepunkte waren buntes Markttreiben, Reiterspiele, Händlermeile und der traditionelle Festumzug. 2026 findet das Volksfest, eines der größten Feste Norddeutschlands, vom 23. bis 26. Juli statt. TS

Schlawe – Wie die Forstinspektion des Forstkreises Schlawe bestätigte, gibt es in den Wäldern bei Malchow Schwarzstörche. Sie sind mit ihrer durchschnittlichen Länge von einem Meter etwas kleiner als die Weißstörche und leben in Wäldern mit Sümpfen und Teichen. Es sind 200 bis 500 Meter Abstand zum Storch zu halten. TS

Binz – Anlässlich des 91. Geburtstages des Hyparschalen-Pioniers Ulrich Mütter (1934–2007) wurde am 21. Juli das Buch „mutig, mutiger, Mütter“ im Mütter-Turm vorgestellt. Das Buch über den pommerischen Betonschalenbau kommt demnächst auch in den Buchhandel. TS



Die Autoren Holger Vonberg (l.) und Lutz Grünke bei der Vorstellung von „mutig, mutiger, Mütter“

Demmin – Die Starkregenfälle in der Nacht zum 22. Juli versetzten Feuerwehr und THW in Alarmbereitschaft. Erneut kam es zu Überflutungen, da die Stadtentwässerung die Wassermengen immer noch nicht aufnehmen konnte. Die Einsätze gingen deshalb bis in die Morgenstunden. TS

Köslin – Vom 28. Juli bis 3. August findet das 19. Toyota Köslin Open statt. In dem internationalen Tennis-Turnier messen sich auch Rudolf Molleker (Deutschland), Alexey Vatutin (Russland), Federico Bondioli (Italien) und Zdeněk Kolář (Tschechien). Das Preisgeld beträgt 30.000 US-Dollar. TS

Moos in Passeier – Während der Vorbereitungen zum 26. Stettiner-Cup am 3. August, einem Berglauf zur Stettiner Hütte, ist ein Streit zur Ablegung Deutscher Bezeichnungen von Hütten in Südtirol entbrannt. Die Stettiner Sektion des Alpenvereins hatte 1895 die erste Stettiner Hütte errichtet. Sie befindet sich auf 2875 Meter Seehöhe im Naturpark Texelgruppe in den Ötztaler Alpen und liegt direkt am Meraner Höhenweg. TS

„Großartige Artikel zu zwei preußischen Jubiläen“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Herrlich durch den Kakao gezogen!“

Heiko Wieland, Berlin
zum Wochenrückblick:
Der Kulturkampf fängt gerade erst an
(Nr. 29)



Ausgabe Nr. 30

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

JA, ES WAR BARSCHEL
ZU: KLASSIKGENUSS IN SCHEUNEN UND GUTSHÄUSERN (NR. 29)

Ehre, wem Ehre gebührt! – Justus Frantz, Pianist und Dirigent, war an der Gründung des Schleswig-Holstein Musikfestivals 1985 maßgeblich beteiligt. Aber das entscheidende Verdienst kommt wohl dem damaligen Landesvater zu. Der hatte kurz zuvor zum Segen für Natur und Menschen schon die Einrichtung des Nationalparks Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer als Biosphärenreservat durchgesetzt. Nun auch das Musikfestival, das wieder gegen erhebliche Widerstände durchzusetzen war, bevor das einzigartige Konzept in wundersamem Wandel „Schläfrig-Holzbein“ zu einem blühenden Kulturland machen konnte.

Diesem Spiritus Rector verhehlten auch die bedeutendsten Köpfe der Musikwelt ihre Bewunderung nicht, was seinen sinnfälligen Ausdruck fand, als der alte Leonard Bernstein, Komponist und Dirigent, den jungen Ministerpräsidenten am Krankenbett besuchte und ihm aus Dankbarkeit die Hand küsste.

Ja, es war Uwe Barschel, der sich mit dem Festival auch nach 40 Jahren noch um sein Heimatland verdient macht.

Wolfram Baentsch, Köln

POLIZEI MUSS ZUGUCKEN
ZU: VERSAMMLUNGSFREIHEIT MIT NACHBESSERUNGSBEDARF (NR. 29)

Das Verwaltungsgericht hat Recht gesprochen und die betreffende (anti-israelische, d. Red.) Versammlung unter Auflagen genehmigt. Die Polizei hat dem Recht zur Durchsetzung zu verhelfen. Jedoch versteckt sich Berlins Polizeipräsidentin Barbara Slowik Meisel stattdessen hinter wohlfeiler Kritik am Gerichtsurteil. Denn ansonsten hätte man eine Versammlung, die anscheinend so offensichtlich gegen die Auflagen verstieß, ja aufgelöst.

Können Berliner Einsatzleiter der Polizei ihre Berichte nun zwar gendern, ihre

eigentliche Arbeit aber nicht mehr beherrschen? Wohl kaum, denn mit Gegnern der Corona-Maßnahmen ist man ja weit weniger zimperlich umgegangen.

Matthias Mann, Mörfelden-Walldorf

ARMES DEUTSCHLAND!
ZU: WIE DIE DROHUNG MIT DER APOKALYPSE ZUM MACHT-INSTRUMENT WIRD (NR. 29)

Tatsächlich ist der im PAZ-Artikel zu Recht beschriebene „Katastrophismus“ immer mehr zu einer Herrschaftsstrategie geworden. Und Menschen, die versuchen, Probleme rationell und objektiv zu betrachten und zu beurteilen beziehungsweise jene Szenarien zu kritisieren, werden politisch am liebsten in die „rechte Ecke“ gestellt.

Kein Wunder also, dass gerade in Deutschland immer mehr der grün-linke Irrsinn, der von der „Klimakatastrophe“ bis zum Corona-„Wahnsinn“ alles akzeptierte, was an staatlicher Gewalt den Bürgern unter der Androhung von Strafen abverlangt wurde, um sich greift.

Da CDU/CSU längst im grün-linken Netz gefangen sind beziehungsweise sich selbst gefangen haben, wird es auch keine Befreiung mehr geben, sondern diese Herrschaftsstrategie eher noch ausgebaut werden – nun vor allem auch damit, dass mit der Angst vor dem „Feind Russland“ die „Kriegstüchtigkeit“ (laut Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius) um jeden Preis propagiert wird – das heißt: konkret mit einer gigantischen Schuldenlast, die fatal an die Militarisierung Deutschlands in den 1930er Jahren des vorigen Jahrhunderts erinnert.

Das könnte allerdings doch noch zu einer Katastrophe, nämlich einem realen „Krieg“, führen. Aber das soll ja besser als ein „Rechtsruck“ der Bevölkerung sein, wie es in einer deutschen Tageszeitung als Antwort einer Schülerin unkommentiert zu lesen war.

Da fällt einem dann wahrlich nichts Besseres mehr ein als: Armes Deutschland!
Manfred Kristen, Freital

ES MACHT HOFFNUNG
ZU: 1525 UND WIR (NR. 28) UND: DIE SCHLACHT, DIE DEN GROSSEN KURFÜRSTEN GEBAR (NR. 27)

Ich danke für die beiden großartigen Artikel zu den beiden preußischen Jubiläen vor 350 und 500 Jahren. Es macht mir – neben meinem christlichen Glauben – Hoffnung, dass Preußen „meist an der Spitze der Entwicklung der jeweiligen Zeit stand“ und vor uns tatsächlich noch „das Beste der preußischen Geschichte“ liegen könnte.
Jost Lücke, Velbert

EINE BEWUSSTE PROVOKATION?
ZU: LOKALPOLITIKER AUF RUSSLANDS „PERSONA NON GRATA“-LISTE (NR. 27)

Die Vergangenheit lässt sich weder verdrängen noch auslöschen. Sie politisch zu missbrauchen oder umzudeuten, ist immer falsch. Vielmehr muss man sie annehmen als das, was sie ist, und die Gedenkstätten als Zeitzeugen und Mahnmale erhalten, sind die doch der Beweis dafür, wo es hinführt, wenn Fanatismus und Ideologie eine Einheit bilden und in völkermordender Raserei ausarten, dass selbst den Schlächtern irgendwann vor ihren eigenen Taten schlecht wird.

Niemand kommt auf den Gedanken, das Völkerschlachtdenkmal in Leipzig abzutragen und umzugestalten. Mit solchen Aktionen liefert man Moskau genau die Steilvorlagen, die erforderlich sind zur Feindbildpropaganda. War es einfach nur unüberlegt und dumm oder bewusste Provokation?
Gregor Scharf, Leipzig

KEIN GELD FÜR EIGENE BÜRGER
ZU: SCHULDEN: NEUERDINGS TRIFFT ES IMMER ÖFTER SENIOREN (NR. 26)

Deutschland, das Land der glücklichen Rentner? Wohl kaum. Denn dafür, dass das Geld immer weniger wird, sorgen schon die ständigen Erhöhungen der So-

zialversicherungsbeiträge, die den gemeinen Rentner der Deutschen Rentenversicherung immer härter trifft.

Dabei gab es mit Blick auf den 1. Juli zunächst einen Streifen Hoffnung am Horizont, sollten doch die Renten um 3,75 Prozent steigen, was sie auch taten. Allerdings, und das ist das Problem, wird die vermeintlich akzeptable Rentenerhöhung sogleich schon allein durch die Erhöhung der Pflegeversicherungsbeiträge um satte 46,5 Prozent wieder zunichte gemacht. Es verbleibt am Ende eine Erhöhung von knapp 2,1 Prozent, die Rente ist aber ja auch zu versteuern, und so wird es unter dem Strich bestenfalls und abhängig vom persönlichen Steuersatz ein Erhöhungsalmosen von etwas über ein Prozent geben. Das ist ein Schlag ins Gesicht aller Normalbürger, die ihr Leben lang gearbeitet haben.

Dazu kommt erschwerend, dass im Pflegefall die Leistungen der Pflegeversicherung bei Weitem nicht ausreichen. Hört man sich bei betroffenen Familien um, die einen Angehörigen ins Heim abgeben mussten, dann erfährt man, dass mit etwa 5500 Euro an monatlichen Kosten für das Essen, die Unterbringung und die Pflege, auch Heimkosten genannt, zu rechnen ist. Sind dann die Ersparnisse, sofern überhaupt vorhanden, aufgebraucht, geht es ans Eingemachte, so sind dann beispielsweise auch die Immobilien zu verkaufen. Omas und Opas Häuschen, für das sie ihr Leben lang gearbeitet haben, ist dann auch weg. Das ist, zurückhaltend formuliert, ein Skandal.

Fazit: Dieser Staat hat zu wenig Geld für die eigenen Bürger, finanziert aber Kriege und stellt auf der anderen Seite ständig die Finanzierung des Deutschlandtickets, das für Millionen Menschen den ÖPNV erst attraktiv macht, in Frage. Und daran wird sich, realistisch betrachtet, auch nichts ändern. Kalt lassen kann das Ganze nur die Beamten, die Berufsgruppe mit der kostenlosen Lebensvollkaskoversicherung auf Kosten der Steuerzahler, die ja bekannterweise bestens versorgt ist. Das hört diese Kaste aber nicht gern.
Claus Reis, Schwabach

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-03-B



Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

KÄRNTEN

Richtig abgebogen nach Malta

Statt Meer und Strand gibt es im österreichischen Maltatal frische Bergluft, tosende Wasserfälle – und einen gewaltigen Staudamm

VON HARALD TEWS

Das deutsche Paar, das ins spanische Granada fliegen wollte, wunderte sich nicht schlecht, dass der Flug kein Ende nehmen wollte. Als die beiden nur noch die Weiten des Atlantiks unter sich sahen, erfuhren sie, dass sie auf dem Weg zur Karibikinsel Grenada waren. Auch bei der Reisebuchung kann Irren menschlich sein.

Eine andere Familie hat sich hingegen nicht verfahren und ist richtig angekommen in Malta. Richtig: *in*, nicht *auf* Malta. Denn auch im österreichischen Bundesland Kärnten gibt es ein Malta. Statt Klippen, Buchten und Badestränden wie auf der Mittelmeerinsel gibt es hier hohe Berge, tosende Wasserfälle und viel Platz zum Toben für die Kinder. Und die Bewohner hier nennen sich auch nicht Malteser, sondern Malteiner, so wie Christian Gritzner einer ist, der in Malta sein Hotel Malteinerhof betreibt.

„Grüß Gott, habt's ihr auch gut hergefunden“, begrüßt er die Neuankömmlinge. Na klar, wozu gibt es denn GPS? Von Klagenfurt aus geht es auf der Autobahn am Wörthersee entlang Richtung Villach und von dort weiter bis Spittal an der Drau. Den Millstätter See lässt man rechts liegen, und ab da ist es nicht mehr weit bis ins Maltatal, das man via der Künstlerstadt Gmünd nach rund 50-minütiger Fahrt erreicht.

Anders als auf der trubeligen Insel Malta laufen sich in dieser relativ abgegrenzten Region die Touristen nicht gegenseitig über die Füße. Wer Ruhe zum Wandern, Radfahren oder einfach nur zum Entspannen unterhalb von Wasserfällen sucht, der findet sie hier. Denn es ist eine wasserreiche Gegend. Der für den Hauptort, einen Berg und das Tal namensgebende Gebirgsbach Malta dominiert die Landschaft mit ihren vielen saftigen grünen Wiesen.

Im Sommer zieht es viele zur Maltaquelle. Wobei es mit der „Quelle“ so eine Sache ist. Denn wer danach sucht, endet an einer gewaltigen Staumauer. Auf knapp 2000 Metern Seehöhe beschließt mit dem Kölnbreinspeicher die größte Talsperre Österreichs das Maltatal.

In diesen Tagen ist der Kölnbrein das Ziel von etlichen Bungeespringern. In den ersten beiden Augustwochenenden stürzen sie sich von einem Podest aus todesmutig, nur mit einem Gummiseil an den Beinen verbunden, die 200 Meter hohe Staumauer herab. Knapp 190 Euro kostet sie der Spaß für den weltweit höchstgelegenen Bungee-Absprung.

Hinzu kommen noch Mautgebühren für den Weg dorthin auf der Malta-Hochalmstraße. Doch die Kolonnen an Auto-



Beeindruckendes Bauwerk: Die 200 Meter hohe Staumauer des Kölnbreinspeichers ist samt Hotel nur im Sommer über eine Hochalmstraße zu erreichen Bild: Gert Steinhilber

fahrem, motorisierten und nichtmotorisierten Bikern schreckt das ebenso wenig wie eine bis zu 20-minütige Wartezeit vor zwei Ampeln, wenn sie rot zeigen. Die einspurige, 14 Kilometer lange Panoramastraße mit ihren Haarnadelkurven und engen Tunneln ist je nach Ampelschaltung nur in eine Richtung befahrbar. Radfahrer müssen sich sputen, ehe der Gegenverkehr wieder Vorfahrt hat. Aber die meisten sind sportlich mit dem Rennrad beziehungsweise mit dem E-Bike unterwegs. Die schaffen das.

Eremiten am Kölnbrein

Oben angekommen wird man mit dem imposanten Anblick des Kölnbreinspeichers belohnt. Ein nur im Sommer bewirtschaftetes Hotel und ein Restaurant vervollkommen das Ensemble, denn in der kalten Jahreszeit ist die Hochalmstraße wegen Schnee und Eis geschlossen.

Wer will, kann an einer Führung über die 600 Meter lange Staumauer teilnehmen, die auf dem Rückweg auch durch diese hindurch über einen schmalen Gang zurückführt. Dabei erfährt man Einzelheiten über den abenteuerlichen Bau in den 1970er Jahren, bei dem viele Arbeiter bei

Unfällen ums Leben kamen; man bekommt zu hören, dass der Wasserdruck den Damm dermaßen zusetzte, dass er zwischen 1989 und 1992 durch aufwendige Arbeiten zusätzlich gestützt werden musste; man staunt über die 2500 Sensoren, die jede millimetergroße Veränderung am Staudamm melden, und über den Wasserdruck, der das feuchte Nass mit bis zu 500 Stundenkilometern durch im Berg verlegte Rohre zu Tal schießen lässt, wo es in den kilometerweit entfernten Kraftwerken die Turbinen antreibt; man lernt, dass es sich um einen Pumpspeicher handelt, wobei Wasser aus einem unterem Vorspeicher je nach Energiebedarf in den größeren Kölnbrein gepumpt wird – da die natürlichen Gletscher- und Schmelzauflüsse aus den zum Nationalpark Hohe Tauern zählenden Bergen nicht ausreichen, um den Stausee aufzufüllen, bezieht er auch Wasser aus benachbarten Gebirgsbächen des Maltatals; und man bewundert die zwei Mitarbeiter, die im Winter ein isoliertes Eremitendasein am eingeschnittenen Kölnbrein führen, um die vielen Messstellen zu überwachen, ehe sie nach einer Woche mit dem Hubschrauber ausgeflogen und durch anderes Personal ersetzt werden.

Wer nach der Tour über und durch die Staumauer noch genügend Energie besitzt, der gönnt sich eine Wanderung um den Stausee herum zur acht Kilometer entfernten Osnabrücker Hütte ganz am Ende des Tals, in der ein herzhaft gutes Essen auf einen wartet.

Frische Dusche am Wasserfall

Oder man fährt gleich wieder die spektakuläre Hochalmstraße herunter ins schmucke Maltatal, denn hier warten weitere Attraktionen auf den Urlauber. Kurz vor dem 1800-Seelen-Ort Malta stürzen zu beiden Seiten zwei Wasserfälle ins Tal. Den Fallbach-Wasserfall erkennt man schon von Weitem, stürzt er doch aus über 200 Metern in die Tiefe und schmückt sich daher mit dem Titel „höchster Wasserfall Kärntens“.

Von der Straße aus sind es nur wenige Schritte, bis man fast direkt unter diesen

tosenden Wassermassen steht. Kommt Wind auf, dann kriegt man eine frische Dusche ab. Die ganz Hartgesottene geben sich mit dem Anblick des Wasserfalls nicht zufrieden. Sie wollen ihn erklimmen! An der nahezu senkrechten Wand befindet sich für Abenteuerlustige ein Klettersteig, der bis dicht an den Wasserfall heranreicht. Wenn er im Winter gefriert, versuchen hier sogar Eiskletterer die 200 Meter nach oben zu steigen. Dann schaut man doch lieber den Kindern auf dem Abenteuerspielplatz zu, der unterhalb des Fallbachs aufgebaut ist.

Schräg gegenüber auf der anderen Talseite sorgen die Gössfälle für nicht minder eindrucksvolle Wasserspiele. Hier stürzt das Wasser in mehreren natürlichen Kaskaden zu Tal. Ein moderat ansteigender Naturlehrpfad führt zu den verschiedenen Stufen, auf denen sich das Wasser über glatt geschliffenes Felsgestein seinen Weg nach unten bahnt.

Nach unten gelangt auch der Wanderer, aber über einen sicheren Rundweg, der zugleich ein Bogenparcours ist. Wer mit Pfeil und Bogen umgehen kann, der kann sich hier wie Robin Hood fühlen und an verschiedenen Stationen seine Geschicklichkeit beim Bogenschießen unter Beweis stellen.

Wieder andere setzen auf das Fahrrad. Denn entlang des Flusses Malta befindet

sich ein asphaltierter Rad- und Wanderweg, der zu einer weiteren Besucherattraktion des Maltatals führt. Der Eselpark Maltatal lockt täglich Familien von nah und fern an, die hier den tierischen Bewohnern Gesellschaft leisten. Kinder, aber auch die Erwachsenen können mit Eseln, Maultieren, Ziegen, Lamas oder Alpakas im wahrsten Sinne kuscheln. Die etwa 100 Tiere sind dermaßen an die Besucher gewohnt, dass sie geradezu die Nähe zu den Menschen suchen und sich bereitwillig streicheln lassen. Wer mit Kindern unterwegs ist, sollte viel Zeit einplanen, denn der Nachwuchs will so schnell nicht mehr von hier weg.

Kutschtour im Wintersportparadies

Dabei gibt es im Maltatal und im angrenzenden Katschberg noch viel mehr zu unternehmen. Etwa eine Hüttenwanderung, von der man oberhalb des Tales vom Maltaberg aus bis zum Kölnbrein und zur Osnabrücker Hütte wandern und auf dem Weg dorthin an drei weiteren Hütten einkehren und übernachten kann.

Lohnend ist ein Ausflug über Gmünd durchs Liesatal hindurch zum Katschberg, der eigentlich ein Wintersportparadies ist. Im Sommer werden hier Kutschfahrten angeboten, die Kind und Kegel zur herrlich gelegenen Pritzhütte im Naturschutzgebiet Gontal bringen, wo sich das Jungvolk auch im Ponyreiten üben kann.

Genau genommen haben die Urlauber Kärnten hier schon verlassen und befinden sich im Bundesland Salzburg. Dort ist es auch schön, doch eine Abkühlung im heißen Sommer tut not, und nach einem erfrischenden Sprung in den Millstätter See geht es zurück ins wunderschön behagliche Maltatal und zu seinen Malteinern.

Nein, wer in diesem Malta urlaubt, kann nicht falsch abgebogen sein. Für einen so entspannenden Urlaub lässt man die Mittelmeerinsel gern mal links liegen.

● Mit der Kärnten-Card, ab 60 Euro, gibt es freien Eintritt zu vielen Ausflugszielen.

www.kaernten.at
www.katschberg.at
www.maltatal.com



Könnte eine perfekte Wasserrutsche sein: Bei den Gössfällen

Bilder (2): tws



Wartet darauf gekraut zu werden: Streicheltier im Eselpark Maltatal

● FÜR SIE GELESEN

Schwierige Ermittlungen

Das Containerschiff „Global Endeavour“ ist in schwere See geraten. Ein heftiger Orkan tobt in der Nordsee. Der Zielhafen Hamburg ist nicht mehr weit entfernt. Zwei blinde Passagiere haben sich in Afrika an Bord geschlichen. Sie hangeln sich bei hohem Wellengang aus dem Ankerkasten, wo sie tagelang ohne Wasser und Essen ausgeharrt hatten, an Deck. Durchnässt gelangen sie unbemerkt ins Innere des Schiffes. Dort entledigen sie sich ihrer nassen Kleidung und ziehen Overall der Besatzung an.

Sie werden Zeugen, wie eine Frau die Treppe heruntergestoßen wird. Da sie den Täter sehen, fürchten sie, erkannt zu werden. Ebo springt in die Elbe, um ans Ufer zu schwimmen. Am nächsten Morgen finden Wasser- und Kriminalpolizei in Övelgönne einen jungen Afrikaner, der tot angeschwemmt wurde. Durch die Kleidung ist er dem Schiff „Global Endeavour“ leicht zuzuordnen.

Die Ermittlung ist schwierig, da Hochwasser den Hafen in großen Bereichen überschwemmt hat. Währenddessen läuft der zweite blinde Passagier durch das Hafengelände auf der Suche nach einer Mitfahrgelegenheit, denn er will der Polizei den Mord melden. Er hat Angst, dass der Täter ihn ebenfalls töten wird. Dass sein Freund nicht mehr lebt, ahnt er aber nicht.

Der Roman „Tod im Schatten der Elbflut“ schildert nicht nur die Situation der illegalen Einwanderer, sondern auch, was alles in die Wege geleitet werden muss, wenn ein Sturm auf Hamburg zurollt. Autor Andreas Kästner hat von 1992 bis 2023 als Hauptkommissar der Wasserschutzpolizei im Hamburger Hafen gearbeitet und gibt mit sachlichen Kenntnissen diesem Roman eine fundierte Basis. Co-Autorin Angélique Kästner ist Psychotherapeutin und engagiert sich im Kriseninterventionsteam des Deutschen Roten Kreuzes. A. Selke



Angélique und Andreas Kästner: „Tod im Schatten der Elbflut“, Knauer, München 2024, Taschenbuch, 383 Seiten, 12,99 Euro

Eine Meisterin des Geizes

Der Roman „Das Fräulein“ des jugoslawischen Literaturnobelpreisträgers Ivo Andrić ist 1945 erschienen und wurde nun neu aufgelegt. Die Erzählung spielt vor, während und nach dem Ersten Weltkrieg und endet 1935.

Die Kaufmannstochter Rajka erlebt den Bankrott ihres Vaters. Auf dem Sterbebett schärft er seiner Tochter ein, eisern zu sparen. Das nimmt Rajka sich so zu Herzen, dass sie schnell und skrupellos ein Vermögen anhäuft und eine Meisterin des Geizes wird, dem sie am Ende selbst zum Opfer fällt. Andrić ist eine zeitlose Charakterstudie gelungen. MRK



Ivo Andrić: „Das Fräulein“, dtv Verlag, München 2025, Taschenbuch, 268 Seiten, 13 Euro

Kant kurz porträtiert

Der Mediziner, Philosoph und Sozialpsychologe Johannes Thome erklärt in kompakter und verständlicher Form die Gedankenwelt des großen deutschen Philosophen

BILD: IMAGOCHEERAGE IMAGES



Fang an, Kant zu lesen! Du wirst es nicht bereuen, so laut der Appell am Schluss von Johannes Thomes kleinem Band aus der Reihe „Philosophie für unterwegs“. Der Professor erklärt nach einer Einführung in Kürze Kants Philosophie, seine Unterscheidung in Außen- und Innenwelt, seine drei Prinzipien und die

vier Fragen, die er nach Erkenntnistheorie, Ethik, Spiritualität und Religionsphilosophie sowie Anthropologie stellt. Auch wenn Kants Sprache heutzutage antiquiert anmutet, sei es umso lohnenswerter, sich mit dessen Gedanken auseinanderzusetzen.

Manuela Rosenthal-Kappi

Johannes Thome: „Immanuel Kant. Philosoph der Vernunft“, Mitteldeutscher Verlag, Halle/Saale 2025, broschüriert, 48 Seiten, 8 Euro

GESCHICHTE

Erinnerung an die Flucht aus Ostpreußen

Julian Patzer interviewte Zeitzeugen, die 1945 noch Kinder oder Jugendliche gewesen sind

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Schätzungsweise 2,3 Millionen Menschen mussten seit 1944 aus ihrer ostpreußischen Heimat in den Westen flüchten oder wurden nach dem Kriegsende von den Polen und Sowjets vertrieben. Ungezählt sind die grausam ermordeten, vergewaltigten und verhungerten Frauen, Männer und Kinder. In der wissenschaftlichen Literatur wurden jedoch Zeitzeugenberichte bei der Aufarbeitung der Flucht und Vertreibung aus den deutschen Ostgebieten und aus Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa jahrzehntelang kaum in größerem Umfang berücksichtigt.

Das änderte sich in den 90er Jahren. Zeithistoriker erkannten, dass die Themen Flucht und Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten vorbehaltlos und unter Einbeziehung der Erfahrungsberichte, mündlich und schriftlich, aufgearbeitet werden müssen. Die seither erschienene wissenschaftliche Literatur, die dies berücksichtigt, ist umfangreich. Traumatherapeuten wiesen nach, dass die Erfahrung von Heimatverlust und plötzlich hereinbrechender Gewalt in den Familien über Generationen hinweg nachwirken und noch Einfluss auf die Biographien der Enkelgeneration haben kann, ohne dass dieser Einfluss bewusst wahrgenommen wird. Sogar die epigenetische Regulation im menschlichen Organismus kann davon betroffen sein.

Erwähnt man jedoch Ostpreußen und Königsberg im Gespräch mit Heranwachsenden, wird deutlich, dass dazu kaum noch Kenntnisse im Schulunterricht vermittelt werden. Wenn junge Menschen ein besonderes Interesse an Ostpreußen, seiner Kultur und an den Schicksalen der einstigen Einwohner entwickeln, ist das eine seltene Ausnahme. Der im Jahr 2000

in Höxter geborene Geschichtsstudent Julian Patzer interessierte sich schon in seiner Kindheit für die Geschichte seiner Familie, deren Wurzeln überwiegend in den ehemaligen deutschen Ostgebieten liegen. Viel war es jedoch nicht, was er von seinen Eltern dazu noch in Erfahrung bringen konnte. Die Angehörigen der Großelterngeneration haben offenbar so gut wie nie über ihr Leben in den vormaligen deutschen Ostgebieten und über ihre Fluchterlebnisse gesprochen, sind wohl auch von ihren Kindern kaum danach gefragt worden. Vielleicht als eine Art von Ersatz für den Mangel an Kenntnissen zur eigenen Herkunft entschloss sich der angehende Historiker Patzer, seine Bachelorarbeit an der Universität Göttingen über Flucht und Vertreibung aus Ostpreußen aus dem Blickwinkel der Erlebnisgeneration zu schreiben.

Die Enkelgeneration stellte Fragen

Dazu wurden sorgfältig Fragestellungen für Interviews mit Zeitzeugen vorbereitet, die ihre Kindheit und ersten Jugendjahre in Ostpreußen verbrachten und den plötzlichen Aufbruch, Hunger, Kälte, Gewalt und Todesangst auf ihrer Flucht in den Westen bewusst erlebt haben. Er fand fünf hochbetagte Zeitzeugen, die bereit waren, über diesen prägenden Abschnitt ihres Lebens Auskunft zu geben. 2024 reichte Patzer seine Bachelorarbeit ein, die jetzt auch als Buch vorliegt. Der Titel lautet „Flucht und Vertreibung aus Ostpreußen. Erlebnisse und Nachwirkungen junger Menschen auf dem Weg in den Westen“.

Der Kontakt zu seinen Gesprächspartnern wurde über die Landsmannschaft Ostpreußen der Ortsgruppe Holzminden, Kreisstadt im niedersächsischen Landkreis Holzminden, hergestellt. Mit vier Interviewpartnerinnen und dem pensionierten Pastor Günter Grigoleit führte

Patzer Interviews mit denselben vorbereiteten Fragen. Sie alle wuchsen im nordöstlichen Ostpreußen auf, in Königsberg und im Memelland in den Städten Tilsit und Heydekrug und der Ortschaft Tusseinen im Landkreis Tilsit-Ragnit.

Insgesamt haben diese Zeitzeugen viel Glück auf ihrer Flucht gehabt. Ilse Kuhrau geb. 1932 in Ragnit und aufgewachsen in Tusseinen im Kreis Tilsit-Ragnit, schilderte das grausigste aller hier geschilderten Fluchterlebnisse. Im Flüchtlingsstreck zogen die Familien im Januar 1945 aus der Gegend von Braunsberg weiter. Notgedrungen nahmen sie den Weg über das zugefrorene Frische Haff zur Nehrung, um in den Danziger Werder zu gelangen. Die verzweifelten Menschen wurden von russischen Tieffliegern beschossen. Durch den Beschuss wurden Löcher in das Eis gerissen. Kuhrau sah, wie Menschen im Todeskampf und angespannte Pferde im eisigen Wasser des Haffs versanken. Wie die damals 13-Jährige diese schrecklichen Bilder, die sie nur andeutungsweise schildert, im späteren Leben verarbeitet hat, kommt hier nicht zur Sprache. Nach der Ankunft des Flüchtlingssschiffes in Kopenhagen verbrachte sie mit ihrer Familie drei Jahre in dänischen Lagern. Heute lebt sie in Uslar im niedersächsischen Landkreis Northeim.

Die Flucht von Ingeborg Eggers und Gisela Ehrenberg aus Königsberg endete im Landkreis Holzminden. Anfang März flüchteten sie auf einem Schiff von Gotenhafen nach Swinemünde, wo sie einen Tag vor dem verheerenden Fliegerangriff auf die Stadt am 12. März ankamen. Wie es auf dem mit 600 Personen überfüllten Schiff zugeht, wird nicht geschildert.

Die ausführlichsten Auskünfte auf seine Fragen erhielt Patzer von Günter Grigoleit, der 1930 in Heydekrug zur Welt kam und in einer pietistisch-gläubigen

Familie aufwuchs. Grigoleit verfügt noch über einen ungewöhnlich umfangreichen Schatz von Erinnerungen. Mit seiner Familie lebte er nach seiner Flucht in Elmsborn im Süden Schleswig-Holsteins. Es gelang ihm, auf dem zweiten Bildungsweg per Fernstudium Theologie zu studieren. 1970 ging sein Herzenswunsch in Erfüllung: Er wurde Pastor in Holzminden.

Inge Teiwes, eine Tante des Autors, wurde 1935 in Tilsit geboren. Dafür, dass sie im Alter von zehn Jahren auf die Flucht ging, hat sie recht konkrete Erinnerungen an die Orte entlang ihrer Fluchtlinie bewahrt. Erstaunlicherweise glaubten sie und ihr Cousin damals, dass sie verreisen würden, weil man es ihnen „eingebläut“ hatte. Über Mecklenburg gelangte die Familie nach Merxhausen in Nordhessen. Im Jahr 2024 ist sie dort verstorben.

Fragen stellte Patzer seinen Interviewpartnern auch bezüglich der im Titel seines Buches erwähnten Nachwirkungen. Den Antworten nach zu urteilen, scheinen seine Gesprächspartner ihre traumatischen Flucht- und Nachkriegserfahrungen insgesamt gut verarbeitet zu haben. Den Abschluss des sowohl im Fließtext als auch in den Interviews übersichtlich gestalteten Buches bildet jeweils eine Doppelseite mit Fotos zu jedem der Zeitzeugen.



Julian Patzer: „Flucht und Vertreibung aus Ostpreußen. Erlebnisse und Nachwirkungen junger Menschen auf dem Weg in den Westen“, Fabuloso Verlag, Bilshausen 2025, broschüriert, 310 Seiten,

17 Euro. Bezug über: patzerjulian@web.de, Telefon (05532) 2167

EINE BEGEGNUNG MIT EINEM WAHREN PIONIER

Der Herr der Busse

Gerhard Scheer bewegte mit seinem Unternehmen über drei Jahrzehnte die Ostpreußen zurück in ihre Heimat

VON BERNHARD KNAPSTEIN

Die Sonne steht hoch über dem Klinikum Herford. Warmes Licht fällt in das Zimmer der Palliativstation auf das Gesicht von Gerhard Scheer. Der 75-Jährige, einst Busunternehmer, Pionier im Fernbusverkehr nach Ostpreußen und leidenschaftlicher Brückenbauer zwischen Menschen, liegt im Bett – geschwächt, aber hellwach. Seine Hände ruhen auf der Decke. Nur wenn die Erinnerung in ihm sprüht und er ins Erzählen kommt, erzählen Scheers Hände mit. „Er ist noch voller Stärke“, sagt seine Lebensgefährtin aus Guttstadt Maria Leonowski.

Scheers Stimme ist leise, stockt immer wieder – auch wenn es ihm schwerfällt, er will berichten und im Guten zurückblicken. „Ich bin erfüllt von Dankbarkeit“, sagt er, „für mein Leben, für all die Begegnungen in und mit Ostpreußen.“ Es ist ein Satz, der sich durch das ganze Gespräch zieht – wie ein Refrain aus einem alten, sehnsuchtsvollen Lied.

Mit Hilfspaketen fing es an

Gerhard Scheers Geschichte beginnt erst nach Flucht und Vertreibung. Geboren 1950 in Cloppenburg, als drittes Kind einer aus Wolhynien stammenden Mutter und eines ostpreußischen Vaters aus dem Kreis Ebenrode/Stallupönen – einer Region, die bald nach dem Krieg vom Kartenwerk Europas verschwand. Jahrzehnte später sollte genau diese Heimat zum Mittelpunkt von Gerhard Scheers Lebenswerk werden – als Busfahrer, als geschickter Unternehmer, als derjenige, der im großen Stil die Ostpreußen in ihre Heimat brachte.

„Es begann mit Hilfspaketen“, erzählt er. In den 1980er Jahren transportierte Scheer Lebensmittel und Kleidung in einem alten Magirus-Lkw durch die DDR nach Polen. Die Not dort war groß – und



Gerhard Scheer am Memelstrand (l.); PAZ-Reporter Bernhard Knapstein zu Besuch im Hospital beim legendären Unternehmer (r.)

die Dankbarkeit noch größer. Doch bald wurde ihm klar: Die Menschen wollten nicht nur Dinge befördert wissen. Sie wollten zurück in die Heimat. Der Verkehr zwischen Westdeutschland und dem südlichen Teil Ostpreußens und Oberschlesien war eine Nische. Diese Nische wollte Scheer füllen und absolvierte bis 1987 alle erforderlichen Prüfungen und beantragte die erforderlichen Konzessionen, kaufte sich einen gebrauchten, aber modernen Reisebus und gründete in Wuppertal das Reisebusunternehmen Scheer Reisen als Einzelkaufmann. Er stellte Aussiedler meist mit Kfz-Ausbildung ein, die des Polnischen mächtig waren, und entwickelte schnell einen regelrechten Linienverkehr, wie man ihn heute

etwa von den grünen Flix-Bussen kennt. Um seine Konzession auf Polen auszuweiten, gründete er in Allenstein eine weitere Firma nach polnischem Recht und war der einzige Anbieter nach Nordpolen, Königsberg, Litauen und sogar zeitweise bis nach Moskau – eine echte Pionierleistung.

Ein Mann der Taten

Der Linienverkehr wurde später durch die Blockade polnischer Behörden und von konzessionslosen Busunternehmen unterminiert. Korruption und Konkurrenzdruck zwangen Scheer zum Umdenken, er fokussierte sich auf den Reisetourismus jenseits des Linienverkehrs. Zwar obsiegte er 2004 final in entsprechenden Gerichtsverfahren, doch Entschädigungen

erhielt Scheer nicht. Es blieb daher beim Tourismusbetrieb.

Doch mehr als die Querschläger im Geschäftsleben bewegte Scheer die Begegnungen mit und in Ostpreußen. Der Mai 1991 wurde für ihn zu einem emotionalen Höhepunkt. „Als mich Dora Kalkhorst über die Öffnung des Königsberger Gebiets für den Tourismus informierte, war das mein glücklichster Moment“, berichtet Scheer mit leuchtenden Augen über ein Gespräch mit der damaligen Wuppertaler Ostpreußen-Chefin. „Sie sagte mir dann: ‚Und jetzt Sorge dafür, dass wir auch in die Heimat zurückkommen!‘“ Und Scheer sorgte.

Scheers Busreisen waren mehr als Mobilität. Sie waren emotionale Heimkehr,

politische Geste, humanitäre Mission. In seinen Fahrzeugen saßen Veteranen, Heimkehrer, Enkelgenerationen auf Spurensuche. Sie alle lauschten seinen Geschichten, seinen Erklärungen, seiner feinen Mischung aus Reiseleitung und Zeitzeugenbericht.

Er erinnerte sich an den alten Gasthof in Birkenmühle, den ihm jemand zum Kauf anbot. An die überbordende Freude beim Stadtfest in Pillkallen, an glückliche Passagiere, die in der Pissa badeten, oder die Ostpreußen, die im heimischen Latensee die Füße ins Wytiter Wasser tauchte, den hochbetagten Ostpreußen aus Australien, der mit ihm nach Königsberg-Ponarth reiste – und an die Stille auf dem Soldatenfriedhof bei Pillau sowie am Massengrab ertrunkener Opfer der „Wilhelm Gustloff“. Scheers Busse waren rollende Archive lebendiger Erinnerung.

Erfüllte Wünsche in Königsberg

Doch nicht alle Erinnerungen sind hell. In einem Moment der Stille erzählt er von einer Entscheidung, die ihn bis heute verfolgt. „Meine Mutter wollte nicht, dass wir in Ebenrode halten – sie sagte, mein Vater würde das nicht verkraften“, berichtet Scheer unter Tränen über eine Reise mit den Eltern ins Königsberger Gebiet. Er habe den Wunsch der Mutter erfüllt und den Bus nicht am väterlichen Dorf halten lassen. „Aber mein Vater hat es mir nie verziehen. Und ich mir auch nicht.“ Der Schmerz ist greifbar. Ein stilles Drama, das irgendwo zwischen Pflicht und Pietät, zwischen Schuld und Liebe verläuft.

Gerhard Scheer, hat weit über drei Dekaden hinaus für Tausende Ostpreußen und Oberschlesier die Heimat zugänglich gemacht. Er weiß, dass sein Ende nahe ist, er spricht es aus und schaut mit Liebe auf seine Maria. Scheer hadert nicht, sondern blickt mit tiefer Dankbarkeit auf sein Leben zurück.

ERINNERUNG

„Die Nachfrage nach Fahrt in den Osten war enorm!“

Auszüge aus einem Interview von Thomas Heberer mit dem Busreisen-Unternehmer Gerhard Scheer im Mai 2024

Wie kamst Du auf die Idee, Busreisen nach Ostpreußen anzubieten?

Im Jahre 1981 herrschte in Polen ein großer Mangel an Konsumgütern. Da entschloss ich mich, einen Paket-Transportdienst einzurichten, der durch die DDR Hilfspakete nach Polen brachte. Damals stellte ich fest, dass die Fahrten, die auch ins südliche, polnische Ostpreußen führten, mich emotional berührten. Schließlich war Ostpreußen die Heimat meines Vaters.

1987 legte ich in Wuppertal die Busunternehmer-Sachkundeprüfung ab, gründete anschließend das Busunternehmen Scheer Reisen mit der festen Absicht, einen Bus-Linien-Verkehr nach Ostpreußen zu betreiben, und erhielt nach und nach alle notwendigen Konzessionen.

Die Idee, mit Bussen nach Ostpreußen und Schlesien zu fahren, stammte letztlich von meinen Kunden. Die Firma entwickelte sich so gut, dass ein regelmäßiger Linienverkehr durch die DDR nach Ostpreußen und Oberschlesien entstand. Aufgrund der großen Nachfrage gründete ich das polnische Partnerunternehmen „AST“ in Allenstein und erwarb weitere Busse. 1992 gründete ich das Busunternehmen Scherek in Palanga/Litauen und

befuhr die Linie zwischen Palanga, Klaipeda (Memel), Köln und Freiburg fast täglich. Später erweiterten wir das Fern-Bus-Liniennetz nach Litauen und Königsberg und bis nach Moskau und Saratow.

Wann hast Du das erste Mal eine Reisegruppe in das nördliche Ostpreußen gefahren?

Das war 1991. Unmittelbar nach der Öffnung des Königsberger Gebietes fuhr ich mit einer Reisegruppe der Landsmannschaft Ostpreußen Wuppertal (LMO) durch Masuren/Polen und erstmals über Brest, Minsk, Vilnius und den Grenzort Kybetei in Litauen über das frühere Eydkau nach Ebenrode. Auch meine Eltern waren mit von der Partie, und mein Vater betrat 46 Jahre nach dem Krieg erstmals wieder seinen Heimatort Petrikatschen.

In den folgenden Jahren nahmen Fahrten nach Ostpreußen aufgrund steigender Nachfrage ehemaliger Bewohner beziehungsweise deren Nachkommen deutlich zu, sodass meine Busse fast wöchentlich ins Königsberger Gebiet und in das Memelgebiet unterwegs waren.

Häufig erlebte ich, wie gespannt meine Reisegäste sich in der veränderten Umgebung umschaute und alles in sich aufnahm.



Bei Eis und Schnee, Wind und Wetter fuhren die Scheer-Busse in die deutschen Ostgebiete, nach Ostpreußen, Litauen, Memel oder Königsberg Foto: G. Scheer

men. Das größte war die ungewohnte Grenz- und Pass-Kontrolle durch russischen Beamten und das Ausfüllen von Einreiseformularen auf Russisch in doppelter Ausführung. Als Hilfe diente lediglich ein Blatt in englischer Sprache, und natürlich mein russischsprachiger litauischer Busfahrer.

Was waren Deine bemerkenswertesten Erlebnisse?

Der Zeitraum bis 2014 war die angenehmste Zeit, zumal sich die Region Königsberg immer offener und kooperativer zeigte. Nach der Besetzung der Halbinsel Krim durch Russland 2014 und die Haltung der EU gegenüber Moskau änderte

sich das teilweise. Die russische Bevölkerung verhielt sich allerdings weiterhin sehr freundlich uns gegenüber.

Besonders im Gedächtnis geblieben ist mir allerdings das gemeinsame Stadtfest anlässlich des 500. Gründungstages von Pillkallen/Schloßberg. Die Feier wurde von der dortigen Stadtverwaltung organisiert, gemeinsam mit der Kreisgemeinschaft Schlossberg.

Auf dem Marktplatz gab es einen richtigen Jahrmakel mit lokalen Spezialitäten, auf einer speziell aufgebauten Bühne traten Gesangsensembles auf, russische Marschmusik wurde gespielt, die Stadt hatte sich herausgeputzt und einheimische Bevölkerung und die Reisegruppe der Schlossberger KG feierten gemeinsam.

Im ehemaligen Ebenrode gab es nichts Vergleichbares. Pfarrer Kurt Mielke hat aber in der Schloßbacher Kirche mit Fahrgästen eine Goldene Konfirmation gefeiert. Allerdings war uns der damalige Gebietsleiter Swinarenko von Nesterow/Ebenrode durchaus gewogen und hat dies überhaupt erst möglich gemacht. Mit dem Ehepaar Heinacher hat er eine richtige Freundschaft gepflegt und so auch Hilfsleistungen für das örtliche Krankenhaus ermöglicht.

● AUFGESCHNAPPT

Jette Nietzard hat genug: Im Herbst will sie nicht erneut für den Posten einer Co-Chefin der Grünen Jugend kandidieren. Die Begründung lässt tief blicken. Zuletzt hatte die 26-Jährige für Aufsehen gesorgt, als sie für den Fall einer Regierungsübernahme durch die AfD „Widerstand“ auch mit Waffen propagierte. Zuvor bereits hatte sie auch in den eigenen Reihen mehrfach Kritik geerntet, etwa wegen eines T-Shirts mit der Aufschrift „All Cops are Bastards“. Nun beklagt sich Nietzard in einem Video, dass sie auch in ihrer eigenen Partei immer wieder unter Beschuss geraten sei. Deshalb ziehe sie sich aus der Spitze zurück. Diese Mischung aus Aggressivität und selbstgerechter Weinerlichkeit wegen der entsprechenden Reaktionen springt ins Auge. Allerdings gibt sich hier wohl ein Grundübel des linksgrünen Politmilieus – nur in besonders unverstellter, weil jugendlicher Erscheinungsweise – zu erkennen. Selbstmitleid, austeilen, ohne einstecken zu können und das Messen mit zweierlei Maß sind geradezu stilbildend für dieses Milieu. H.H.



DER WOCHENRÜCKBLICK

Ach, Europa!

Wieso Trump so leicht siegen konnte, und was Brüssel den Amis zu bieten hätte

VON HANS HECKEL

Wie konnte das bloß passieren? Die große Mehrheit der deutschen Wirtschaftsexperten und Journalisten ist sich einig: Ursula von der Leyen hat sich von Donald Trump bei den Zollverhandlungen in Schottland komplett über den Tisch ziehen lassen. Normalerweise wird bei solchen Treffen nur unter Blitzlichtgewitter abgenickt, was die Unterhändler vor dem Gipfel längst festgezurrten haben. Aber hier hatte der US-Präsident noch mal ordentlich draufgesetzt, locker mit dem Filzstift. Und die überrollte EU-Chefin hat sich das artig gefallen lassen.

Trump betrat die öffentliche Bühne in den 80er Jahren mit seinem Buch „The Art of the Deal“, einem Werk über die Kunst erfolgreicher Verhandlungsführung. Von der Leyen könnte jetzt auch ein Buch schreiben, nennen wir es „The Art of Failure“, also „Die Kunst des Scheiterns“.

Aber ist sie überhaupt gescheitert? Die Kommissionspräsidentin sieht das mit Sicherheit anders, denn sie hatte vermutlich auch ganz etwas anderes vor als der US-Präsident. Trump wollte Geld rausschlagen, so viel wie möglich, und dafür der EU-Vertreterin das Fell so weit über die Ohren ziehen, wie es irgend ging. Vielleicht war er sogar selbst überrascht, wie hoch er dabei pokern konnte und wie leicht das lief. Wie gesagt: Seine eigenen Chefunterhändler hatten sich zuvor längst nicht so weit vorgewagt.

Von der Leyen hingegen wollte um jeden Preis eine Einigung, wofür sie keine Kosten und Mühen (für die europäische Wirtschaft) scheuen mochte. Geld spielte da nur eine untergeordnete Rolle. Hauptsache sie selbst kann glänzen als diejenige, die „den tollen Deal eingetütet“ hat. Das ist alles.

In dieser recht einseitigen Schwerpunktsetzung hat sich die Dame nicht verändert. Als Bundesverteidigungsministerin absolvierte sie beispielsweise im März 2018 einen Truppenbesuch in Afghanistan. Laut uniformierten Augenzeugen interessierte sich die Ministerin allerdings herzlich wenig für die Truppe. Erstaunt registrierten die Beobachter, dass von der Leyen stattdessen mit einer geradezu Hollywood-tauglichen Filmcrew anreiste, die über die gesamte Visite hinweg damit beschäftigt war, die Ministerin im denkbar strahlendsten Licht erscheinen zu

lassen. Freunden der Fotokunst sei empfohlen, die Aufnahmen der Visite im Netz anzugucken. Es sind wirklich höchst professionelle Ergebnisse von modernem Marketing und wirkungsvoller Imagepflege. Drei Jahre später brach die gesamte Afghanistan-Operation zwar holterdiepolter zusammen. Aber die schönen Bilder waren im Kasten, und von der Leyen wurde schon ein Jahr nach dem Afghanistan-Trip mit dem Aufstieg zur Brüsseler Kommissionspräsidentin belohnt. Gute PR zahlt sich in der Politik eben aus!

Die CDU-Frau ist so tief im Denken einer Karrierepolitikerin verhaftet, dass es ihr gleichgültig ist, ob ihren Worten auch Taten folgen. Der schöne Schein bringt die positive Aufmerksamkeit, das reicht.

Sich selbst kastriert

Der Dreh könnte diesmal jedoch schiefgehen. Die EU hat sich verpflichtet, US-Energierohstoffe im Wert von 750 Milliarden US-Dollar zu importieren und für 600 Milliarden in den USA zu investieren. Stolze Summen. Doch noch am Abend desselben Tages, an dem sich Trump und von der Leyen die Hände schüttelten, tröpfelte aus Brüssel das zerknirschte Bekenntnis durch, dass man gar nicht wisse, wie „die EU“, also Brüssel, das eigentlich bewerkstelligen solle. Man habe lediglich ein paar Zusagen europäischer Konzerne und Verbandsvertreter in der Tasche und bislang noch nicht einmal Anreize geplant, um die EU-Wirtschaft zu solch gigantischen Anstrengungen zugunsten der USA zu bewegen.

Da fliegt den Politikern und deren Beamten plötzlich um die Ohren, was sie sonst immer schadlos veranstalten können: Nämlich Geld versprechen und verteilen, das ihnen gar nicht gehört, und Zusagen machen, die dann andere einhalten müssen – finanziell jedenfalls. Damit hatten sie offenkundig nicht gerechnet.

Nun ist guter Rat gefragt. Was kann Brüssel den USA denn selbst an Investitionen bieten, wenn die europäischen Unternehmen nicht so wollen, wie es von der Leyen versprochen hat? Na ja, beispielsweise könnten EU-Fachleute die US-Bürokratie, welche der gefürchtete Elon Musk abgespeckt hat, nach Brüsseler Vorbild wieder aufspecken. Wir sind zuversichtlich, dass die Eurokraten mit diesem Unterfangen weltweit Maßstäbe setzen würden. Der Verwaltungsapparat der Vereinigten Staaten dürfte ein Ausmaß erreichen, das den gesamten Rest der Welt in

Staunen versetzt, wenn die Experten der Europäischen Union das in die Hand nehmen. Gewünschter Nebeneffekt: Sobald sie ihr Werk vollbracht haben, wird sich auch die Verhandlungsposition der EU gegenüber den USA wieder deutlich verbessern.

Denn so schwach ist unsere Position ja auch deshalb, weil die Politik in Brüssel, Berlin und Co. unsere Wirtschaft in den vergangenen Jahren mit bürokratischen Fesseln, mit strengen Vorgaben und staatlicher Planung (Lieferkettengesetz oder Verbrenner-Aus sind nur einige Beispiele) derart an die Wand gespielt haben, dass uns die USA oder China nicht mehr als ernsthafte Herausforderer anerkennen. Sondern als schwer Angeschlagene, denen man diktieren kann. Aus diesem Grunde dürfte das Angebot eines kostenlosen Bürokratie-Exports bei Trump eher nicht so verfangen, selbst wenn es das Einzige ist, was Brüssel zu bieten hat.

Zur Kastration der eigenen Wirtschaft durch Bürokratie und Ideologie tritt nun noch die fortschreitende Staatspleite hinzu. Trotz monströser zusätzlicher Schuldenaufnahme wird das Geld wieder nicht reichen, hören wir aus Berlin. Bis 2029 fehlen 177 Milliarden. Aussagen, die – wie immer – umgehend Stimmen auf den Plan rufen, die vor einem „schädlichen Spardiktat“ warnen.

Entwicklungshilfeministerin Alabali Radovan etwa beschwert sich bitterlich, dass ihr Ressort schon jetzt eine Milliarde Euro einsparen soll. Für die SPD-Frau ist dagegen klar, dass wir sogar „mehr Geld für Entwicklungszusammenarbeit brauchen“ statt weniger.

Dabei geht es nicht nur um die schon berühmten Radwege in Peru, sondern auch um so zentrale Projekte wie die „Förderung der Genderngerechtigkeit“ in Bolivien oder „Gender-Training für zivilgesellschaftliche Basis-Organisationen“ im bettelarmen China und etliche ähnliche Vorhaben überall in der Welt.

Wenn das Steuersäckel das Geld nicht mehr hergibt, weiß Genossin Radovan einen Ausweg: Eine neue Reichensteuer solle „Vermögen stärker in Verantwortung nehmen“. Das klingt logisch: Wenn die Besteuerung von Arbeit nicht mehr reicht, müssen wir den Leuten eben die Ersparnisse wegnehmen, damit wir weiter Geld ausgeben können für „Projekte“ rund um den Globus. Woran mag es nur liegen, dass Europa und Deutschland kein Vorbild mehr sind für den Rest der Welt, wie sie es einst waren?



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

● STIMMEN ZUR ZEIT

Fürstin Gloria von Thurn und Taxis beklagt gegenüber dpa (22. Juli) die Verhältnisse im Land, nachdem Schlagersängerin Vicky Leandros bei den Regensburger Schlossfestspielen nicht auftreten wollte, weil Alice Weidel als Gast eingeladen war, die dann aber freiwillig der Veranstaltung fernblieb:

„Der Wirbel zeigt sehr schön, wie es um die Meinungsfreiheit in unserem Land bestellt ist, dass noch nicht einmal ein Privatbesuch einer demokratisch gewählten, erfolgreichen Politikerin mehr möglich ist.“

Harald Martenstein benennt in der „Welt“ (27. Juli) bedrückende Parallelen der heutigen Bundesrepublik zur damaligen DDR:

„Drei Parallelen zwischen DDR und deutscher Gegenwart sind offensichtlich. Als Erstes die weitverbreitete Markierung politischer Gegner als ‚Faschisten‘, das Wort ‚Rechte‘ wird beinahe synonym verwendet. Hinzu kommen der wirtschaftliche Niedergang in Kombination mit einem Sozialetat, der sich nur noch durch immer höhere Schulden finanzieren lässt. Das Dritte ist der Aufbau von Meldestellen, die Abweichler aufspüren.“

Felix Rupperecht kritisiert in der „Bild“-Zeitung (28. Juli), dass selbst Kanzler Merz und Unionsfraktionschef Spahn die CDU-Wirtschaftsministerin Katherina Reiche in der Rentendeckungsdebatte im Regen stehen ließen:

„Die mangelnde Unterstützung für Reiches Vorschlag legt offen, was vielen an der Politik nicht mehr gefällt: Bloß nicht die Hände schmutzig machen, lieber unkonkretes Blabla und Nebelkerzen. Was Deutschland braucht, sind echte Lösungen zur Renten-Zukunft. Dafür sind Reiches klare Worte goldrichtig.“

Für Moritz Eichhorn ist die Zoll-Einigung zwischen EU und USA eine krachende Niederlage für die Europäer. Dabei habe der Niedergang der EU eine lange Vorgeschichte. Politiker wie Ursula von der Leyen, Angela Merkel und viele andere hätten Europa schon seit Jahren zum „Versager-Kontinent“ gemacht, meint der Kommentator der „Berliner Zeitung“ (28. Juli):

„Nun ist das Zetern groß unter den rechtsschaffenen Kommentatoren, die fordern, Europa müsse jetzt aber wirklich stärker werden, während jede Maßnahme, die Europa hätte stärken können, seit Jahren von ihnen verteuftelt wurde: von TTIP über Produktivitätssteigerung zu Atomkraft oder Ertüchtigung der Bundeswehr. Aber die EU dürfte auch aus dieser Katastrophe nicht schlau werden. Nein, erst wenn die letzte Firma dichtmacht, der letzte Arbeitsplatz verloren, die letzte App reguliert ist, werden sie in Brüssel merken, dass man Lieferkettengesetze nicht essen kann.“

● WORT DER WOCHE

„Manchmal habe ich den Eindruck, der kreativste Bereich in Deutschland ist die Bürokratie.“

Der Schweizer Schriftsteller Martin Suter im „Spiegel“ (18. Juli) über deutschen Fleiß